



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Januar 2018



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss

15. Dezember 2017

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Susie Knoll (S. 2),
J23 – istock (S. 5), Tero Vesalainen – istock (S. 6), Petmal –
istock (S. 7), JaruekChairak – istock (S. 8), BMWi (S. 9), bagota –
fotolia (S. 13), lukbar – istock (S. 16), SasinParaksa – istock
(S. 17), Bim – istock (S. 18), martinwimmer – istock (S. 20),
YakobchukOlena – istock (S. 22)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage	14
Emissionshandel ist fit für 2030	16
Instant Payment – WhatsApp für Geld?	20
II. Wirtschaftliche Lage	25
Internationale Wirtschaftsentwicklung	26
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	28
III. Übersichten und Grafiken	39
1. Gesamtwirtschaft	40
2. Produzierendes Gewerbe	48
3. Privater Konsum	56
4. Außenwirtschaft	58
5. Arbeitsmarkt	60
6. Preise	62
7. Monetäre Entwicklung	66
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	68
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben	70

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Die Bundestagswahl liegt mittlerweile drei Monate zurück. Mit der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Bundestages endete die Amtszeit der bisherigen Regierung. Das Kabinett bleibt jedoch bis zur Bildung einer neuen Regierung geschäftsführend im Amt.

Es ist wichtig, dass Deutschland handlungsfähig bleibt. Denn die wirtschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit nehmen keine Rücksicht auf politische Zeitpläne. Angesichts der fortschreitenden Globalisierung sind wir beispielsweise zunehmend gefordert, uns für eine faire und gerechte Verteilung der Vorteile des freien Handels einzusetzen. Auch die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft immer stärker. Das verunsichert einige Menschen. Die Politik ist gefordert, den institutionellen Rahmen fortzuentwickeln – die Vorteile der neuen Technologien sollen allen zugutekommen.

Bedarf zum Handeln besteht etwa am Stahlmarkt. Er ist derzeit durch ungesunde Überkapazitäten geprägt. Deswegen haben wir am 30. November 2017 zum ersten Ministertreffen des „G20 Global Forum on Steel Excess Capacity“ nach Berlin geladen. Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, mit allen teilnehmenden Staaten einen gemeinsamen Bericht zu verabschieden. Er enthält konkrete Handlungsempfehlungen und Zusagen zum Abbau der weltweiten Überkapazitäten. Marktverzerrende Subventionen sollen künftig unterlassen werden. Das Global Forum ist damit ein gutes Beispiel dafür, wie multilaterale Zusammenarbeit für eine geordnete Globalisierung sorgen kann.

Im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft haben wir einen weltweiten Digitaldialog in Gang gesetzt. Bereits im April 2017 hat das Bundeswirtschaftsministerium das erste Treffen der Digitalminister in der Geschichte der G20 organisiert. Im Ergebnis ist die Roadmap „Policies for a Digital Future“ entstanden. Deutschland hat sich unter anderem verpflichtet, bis zum Jahr 2025 ein leistungsfähiges, im Wesentlichen glasfaserbasiertes Gigabit-Netz auszubauen. So sorgen wir dafür, dass die Vorteile der Digitalisierung in ganz Deutschland ankommen.

Sie sehen: Es gibt weiterhin viel zu tun! Auch in anderen Bereichen ist kein Stillstand zu befürchten. In der vorliegenden Ausgabe berichten wir unter anderem über die wichtige Reform der CO₂-Regulierung von Kraftfahrzeugen und die Zukunft des CO₂-Emissionshandels. Außerdem befassen wir uns mit den Chancen der Sharing Economy und dem Thema „Instant Payment“, also der elektronischen Abwicklung von Zahlungen in Echtzeit.

Wie immer wünsche ich Ihnen viel Freude bei der Lektüre dieser Ausgabe. Ende Januar wird die Bundesregierung ihren Jahreswirtschaftsbericht vorlegen. Das zeigt: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird sich auch im neuen Jahr keine Verschnaufpause erlauben!

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich frohe Weihnachtstage und einen guten Start in ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2018.



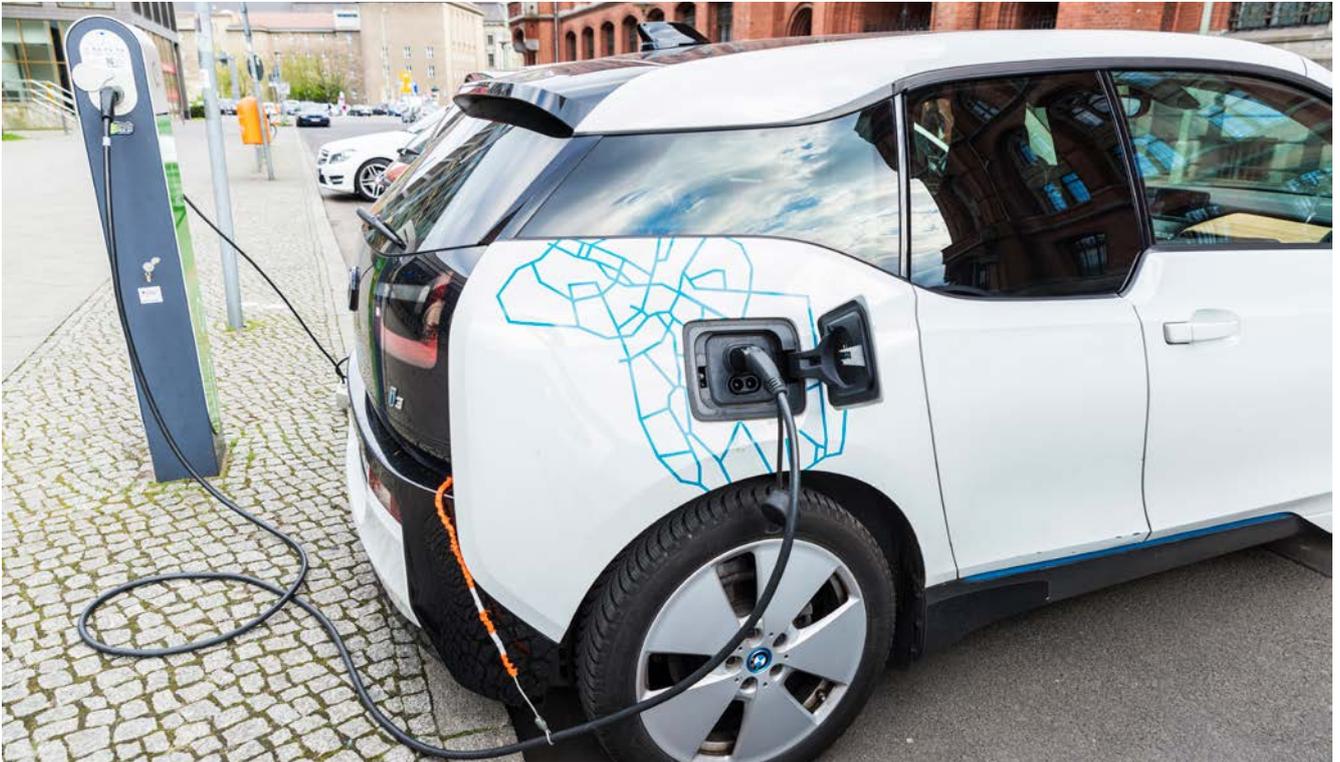
Brigitte Zypries

Bundesministerin für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Wissenschaftlicher Beirat: Sharing Economy als Chance begreifen



Der Wissenschaftliche Beirat beim BMWi hat ein Gutachten zur Sharing Economy vorgelegt. Der Beirat betont die Chancen der Sharing Economy. Er weist zugleich auf wirtschaftspolitische Herausforderungen hin, etwa mit Blick auf eine angemessene Regulierung digitaler Plattformen. Wichtig, so das Gutachten, sei ein funktionsfähiger und fairer Wettbewerb zwischen herkömmlichen und neuen Geschäftsmodellen.

Sharing Economy: wachsende Bedeutung

Ob im Taxi- oder im Hotelgewerbe, Geschäftsmodelle der Sharing Economy decken ein immer größeres Spektrum von Gütern und Dienstleistungen ab. Diese Entwicklung hat der Wissenschaftliche Beirat beim BMWi zum Anlass genommen, sich im Rahmen eines Gutachtens mit den wirtschaftspolitischen Fragen der Sharing Economy zu beschäftigen.

Die Sharing Economy zeichnet sich dadurch aus, dass nicht das Eigentum an Gütern, sondern die Nutzungsmöglichkeiten dieser Güter im Vordergrund stehen; als Anbieter treten auch Privatpersonen auf. Die Vermittlung zwischen Angebot

und Nachfrage erfolgt in der Sharing Economy typischerweise über Plattformen. Durch die Nutzung digitaler Technologien sinken dabei die Transaktionskosten. Diese Plattformen sind oftmals grenzüberschreitend tätig und geringem Wettbewerb durch konkurrierende Plattformen ausgesetzt. Um die Information der Nutzer über die Qualität von Angeboten bzw. die Vertrauenswürdigkeit von Anbietern zu verbessern, werden Bewertungs- und Reputationssysteme eingesetzt.

Der Beirat geht von einer Reihe von gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Sharing Economy aus, die aber bislang nicht umfassend quantifiziert sind. Zwar trägt die Sharing Economy dazu bei, dass Ressourcen effizienter genutzt werden und Konsumentengruppen Güter auf Märkten nachfragen können, auf denen sie zuvor aus Kostengründen nicht präsent waren (z. B. Car-Sharing anstatt Erwerb eines Kraftfahrzeugs). Ferner sind fortwährende Qualitätsverbesserungen von Dienstleistungen und schnellere Innovationszyklen möglich. Die Ertragslage etablierter, herkömmlicher Anbieter kann sich jedoch verschlechtern. Darüber hinaus gibt es Konsumenten, die nicht auf digitale Vermittlungsplattformen zugreifen können oder wollen und damit nicht an den Vorzügen der Sharing Economy teilhaben.

Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik

Zu den Herausforderungen der Sharing Economy zählt der Beirat, dass Anbieter durch den Übergang von Eigentums- zu Nutzungsrechten und die umfangreiche Datenbasis von Vermittlungsplattformen einen größeren Spielraum für Preisdifferenzierungen erhalten. Dadurch steigen die Kostenrisiken für Konsumenten. Ferner sind digitale Plattformen von Netzwerkeffekten und positiven Skalenerträgen geprägt. Deswegen besteht ein Anreiz für Plattformbetreiber, zu einem frühen Zeitpunkt der Marktentwicklung möglichst viele Kunden an sich zu binden. Im Ergebnis kann es dazu kommen, dass der erste Anbieter auf einem Markt diesen vollständig für sich beansprucht. An die Stelle eines „Wettbewerbs im Markt“ tritt hier ein vorgelagerter „Wettbewerb um den Markt“.

Der Beirat weist darauf hin, dass Konsumenten möglicherweise von einzelnen Plattformbetreibern abhängig werden, wenn die Kosten eines Wechsels zu alternativen Betreibern zu hoch ausfallen (z. B. Verlust spezialisierter Nutzerprofile). In anderen Bereichen des Wirtschaftsrechts gibt es bereits Vorschriften zur Portabilität, damit Marktteilnehmer ohne großen Aufwand finanzielle Investitionen und Daten zu konkurrierenden Anbietern transferieren können. Die Wettbewerbspolitik sollte deshalb, so der Beirat, Erfahrungen mit bestehenden Bestimmungen zur Portabilität im Bereich von Krankenversicherungen und der Telekommunikation sammeln, bevor erwogen wird, weitere, spezifische Vorschriften für die Sharing Economy zu schaffen. Insgesamt sollten die Wettbewerbsbehörden die Aktivitäten digitaler Plattformen genau begleiten. Derzeit sieht der Beirat jedoch keinen darüber hinausgehenden Handlungsbedarf zur Reform des kartellrechtlichen Ordnungsrahmens.

Weiterentwicklung des Kartellrechts im Rahmen der 9. GWB-Novelle

Bereits im Zuge der im Juni 2017 in Kraft getretenen 9. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist das Kartellrecht mit Blick auf die Herausforderungen digitaler Plattformen angepasst worden. So wurde klargestellt, dass digitale Plattformen wie Suchmaschinen oder Vergleichsportale, die auf einer Marktseite ihre Leistung unentgeltlich erbringen, dennoch den kartellrechtlichen Regelungen unterliegen. Ferner finden wichtige Merkmale der digitalen Ökonomie wie Netzwerkeffekte, Wechselkosten und Datenzugang nunmehr ausdrücklich Berücksichtigung bei der kartellrechtlichen Beurteilung von Unternehmen und Unternehmensfusionen.



Das Gutachten greift auch die in der Sharing Economy verschwimmenden Grenzen zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung sowie zwischen privater und gewerblicher Tätigkeit auf. Während sich dadurch grundsätzlich Handlungsbedarf etwa mit Blick auf die gesetzliche Rentenversicherung ergeben könnte, sieht der Beirat die kurzfristigen Auswirkungen als zu diffus an, um klare Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Politikempfehlungen

Detaillierte ordnungspolitische Handlungsempfehlungen zu geben, die für alle Bereiche der Sharing Economy gleichermaßen gelten, erachtet der Beirat als kaum für möglich. Er sieht dennoch Reformbedarf und zieht folgende grundsätzliche Schlussfolgerungen:

- ▶ Der Beirat fordert die Wirtschaftspolitik auf, die Sharing Economy als Chance zu begreifen und einen zeitgemäßen ordnungspolitischen Rahmen für digitale Vermittlungsplattformen zu schaffen.
- ▶ Angebote der Sharing Economy sollten dabei nicht besser oder schlechter behandelt werden als vergleichbare herkömmliche Angebote. Dies könne zu neuen gesetzlichen Pflichten digitaler Plattformen führen, etwa mit Blick auf Haftung, Versicherung und Produktsicherheit. Gleichzeitig sollten bestehende Regulierungen vor dem Hintergrund technischer Entwicklungen auf ihre Zeitgemäßheit hin überprüft werden (etwa im Taxigewerbe: Ortskundeprüfung trotz verfügbarer Navigationssysteme; Preisregulierung trotz Preistransparenz durch Taxi-Apps).

- Schließlich spricht sich der Beirat dafür aus, Reallabore zu schaffen, in denen Unternehmen unter erleichterten oder andersartigen Regulierungssystemen operieren können. Dabei sei es unabdingbar, dass die entsprechenden Unternehmen Daten zur Verfügung stellen, die es Behörden und Wissenschaft ermöglichen zu entscheiden, wie ein optimaler Regulierungsrahmen aussehen sollte.

Mit seinem Gutachten leistet der Wissenschaftliche Beirat beim BMWi einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftspolitischen Einordnung der Sharing Economy. Das BMWi setzt sich intensiv mit dieser Thematik auseinander: Das Weißbuch Digitale Plattformen etwa fordert faire Wettbewerbsbedingungen für Anbieter innerhalb und außerhalb der Sharing Economy. Gerade mit Blick auf innovative, dyna-

mische Geschäftsfelder sollte eine evidenzbasierte Wirtschaftspolitik Erfahrungen mit unterschiedlichen Regulierungsansätzen sammeln können. Mit der Einrichtung der Projektgruppe „Reallabore“ hat das BMWi in diesem Bereich bereits Fortschritte erzielt. Zur Identifizierung möglicher Reallabore sowie zu gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Sharing Economy hat das BMWi darüber hinaus ein Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Ergebnisse voraussichtlich im Frühjahr 2018 vorliegen werden.

Das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats ist auf der Homepage des BMWi abrufbar: <http://bit.ly/2jXGqgR>.

Kontakt: Dr. Kenan Šehović
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

CO₂-Regulierung von Pkw nach 2021



Am 8. November 2017 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Fortführung der CO₂-Regulierung für neu zugelassene Personenkraftwagen (Pkw) vorgelegt. Danach sollen die CO₂-Emissionen von Neufahrzeugen je Kilometer bis zum Jahr 2030 um 30 Prozent gegenüber dem Jahr 2021 reduziert werden. Die Markteinführung besonders emissionsarmer Pkw soll durch eine Bonusregelung gefördert werden.

Die Europäische Union verfolgt das Ziel, die Treibhausgasemissionen in der Gemeinschaft bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent unter den Stand des Jahres 1990 zu senken. Hierzu muss auch der Verkehrssektor, insbesondere der

Straßenverkehr, beitragen. Zwar hat sich die Verbrauchseffizienz der europäischen Pkw-Neuwagenflotte im Zeitraum von 2008 bis 2016 um 23,1 Prozent verbessert. Doch vor allem die wirtschaftliche Erholung in Europa und die in diesem Zusammenhang gestiegene Nachfrage nach Transportleistungen haben zuletzt wieder zu einem Anstieg der Emissionen des Straßenverkehrs geführt.

Was gilt aktuell?

Die Verordnung (EG) Nr. 443/2009 legt CO₂-Emissionszielwerte für in der EU erstmals neu zugelassene Pkw fest. Seit

dem Jahr 2015 gilt für die gesamte EU-Neuwagenflotte ein Zielwert von 130 Gramm CO₂ je Kilometer, der bis zum Jahr 2021 auf 95 Gramm CO₂ je Kilometer gesenkt wird. Dies entspricht einem Rückgang von 26,9 Prozent. Im Jahr 2016 lag der tatsächliche Emissionswert bei 118,1 Gramm CO₂ je Kilometer. Um den Zielwert des Jahres 2021 einzuhalten, bedarf es demnach einer weiteren Reduktion der Emissionswerte der Pkw-Neuwagenflotte um gut 23 Gramm CO₂ je Kilometer. Die einzelnen Hersteller müssen dabei spezifische Zielwerte einhalten, die vom durchschnittlichen Gewicht ihrer Neuwagenflotte abhängen. Fahrzeuge, die weniger als 50 Gramm CO₂ je Kilometer ausstoßen (insbesondere Elektrofahrzeuge), können mit einem Faktor größer als 1 auf die Flottenzielwerte angerechnet werden (sogenannte „Supercredits“). Der Anrechnungsfaktor ist degressiv ausgestaltet und beträgt im Zeitraum von 2020 bis 2022 zwischen 2 und 1,33.



Neue Zielwerte bis zum Jahr 2030

Am 8. November 2017 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag zur Fortführung der Pkw-CO₂-Regulierung für die Zeit nach 2021 vorgelegt. Die wichtigsten Elemente des Vorschlages sind:

- ▶ Die CO₂-Emissionen neu zugelassener Pkw müssen bis zum Jahr 2030 um weitere 30 Prozent im Vergleich zum Jahr 2021 reduziert werden. Bis zum Jahr 2025 müssen die CO₂-Emissionen um 15 Prozent gegenüber 2021 sinken. Dieses Zwischenziel ist genauso verbindlich wie das Langfristziel für das Jahr 2030. Im Jahr 2024 soll die Verordnung überprüft werden.
- ▶ Für besonders emissionsarme Fahrzeuge (Verbrauch von weniger als 50 Gramm CO₂ je Kilometer) sollen die Hersteller einen Bonus erhalten, sofern diese Fahrzeuge einen Anteil an der gesamten Neufahrzeugflotte von mindestens 15 Prozent im Jahr 2025 sowie 30 Prozent im Jahr 2030 erreichen.

Aus Sicht des BMWi sollte die künftige Pkw-CO₂-Regulierung möglichst langfristig angelegt und so ausgestaltet sein, dass Beschäftigung und Wertschöpfung der Fahrzeugindustrie in Europa erhalten bleiben. Künftige Einsparvorgaben müssen technisch und wirtschaftlich realisierbar sein und Anreize für eine beschleunigte Markteinführung besonders emissionsarmer Fahrzeuge beinhalten. Mit dem Beginn der Verhandlungen über den Vorschlag der Europäischen Kommission wird Anfang 2018 gerechnet.

Teil eines umfassenden Mobilitätspakets

Der Vorschlag zur Fortführung der Pkw-CO₂-Regulierung ist Teil eines umfassenden „Pakets für saubere Mobilität“. Darin enthalten sind ferner ein Vorschlag zur Novellierung der Richtlinie über die Förderung sauberer Fahrzeuge, ein Aktionsplan für die europaweite Einführung einer Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, ein Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über den kombinierten Verkehr sowie eine Batterieinitiative (Roadmap für eine europäische Batteriezellfertigung).

Ein solch breiter Ansatz ist notwendig, da die weitere Verbesserung der Verbrauchseffizienz von Neufahrzeugen allein nicht ausreichen wird, um die Klimaziele zu erreichen. Stattdessen müssen auch die Rahmenbedingungen für eine stärkere Verbreitung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben verbessert werden. Vordringlich sind Maßnahmen zum Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur für alternative Kraftstoffe (Strom, Gas, Wasserstoff). Aber auch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, eine intelligente Verkehrslenkung und die Bereitstellung von treibhausgasneutralen Kraftstoffen können einen wertvollen Beitrag für geringere CO₂-Emissionen im Verkehrssektor leisten und sollten deshalb in die weiteren Überlegungen einbezogen werden.

Kontakt: Thomas Frisch
Referat: Fahrzeugindustrie

Die Digital Hub Initiative auf dem WebSummit in Lissabon



Die Digital Hub Initiative des BMWi nutzte die internationale Technologiemesse WebSummit in Lissabon, um sich international zu präsentieren.

Anfang 2017 startete das BMWi die Digital Hub Initiative, die Start-ups mit etablierten Unternehmen zusammenbringen soll. Ziel ist es, Innovationen zu fördern und die digitale Transformation durch eine engere Zusammenarbeit zwischen alten und neuen Kräften voranzubringen. Mit der Initiative soll Deutschland als attraktiver, digitaler Standort für junge Gründer, Talente und Investoren besser wahrgenommen werden. Staatssekretär Wiese stellte die Initiative auf der Messe vor.

Internationaler Startschuss für die Digital Hub Initiative

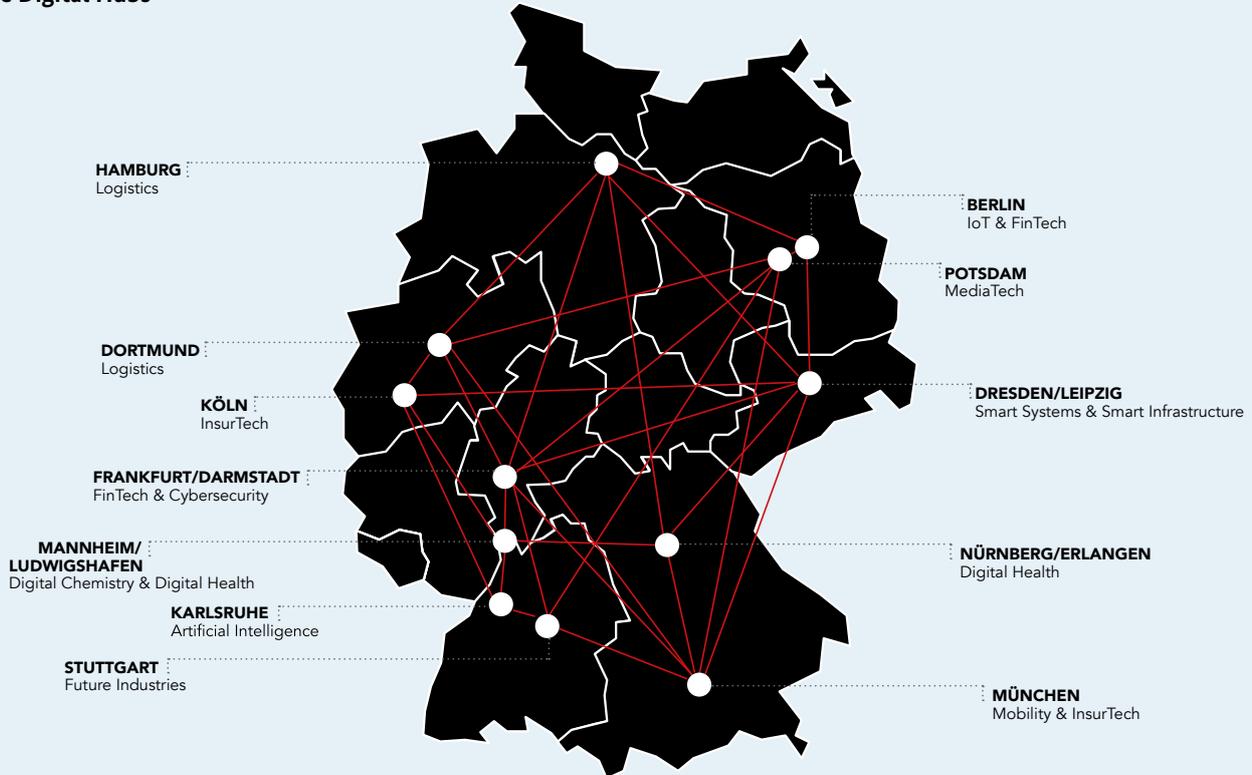
Zum ersten Mal präsentierte sich die Digital Hub Initiative des BMWi im Ausland – mit einem Stand auf dem diesjährigen WebSummit in Lissabon, einer seit 2009 jährlich stattfindenden internationalen Technologiemesse. Die Veranstaltung gehört zu den relevantesten Technologie-Events in Europa und zeichnet sich durch ein breit gefächertes und interdisziplinäres Teilnehmerfeld aus. In den vergangenen Jahren ist die Besucherzahl von zunächst 400 auf mehr als 60.000 angewachsen. Zu den Teilnehmern zählen Geschäftsführer namhafter Unternehmen, Start-ups, Investoren, Vertreter der umsatzstärksten internationalen Unternehmen mit Technologiebezug sowie Journalisten einschlägiger Leit- und Digitalmedien wie der New York

Times, TechCrunch oder WIRED. In diesem Jahr waren unter dem Slogan „Where the tech world meets“ rund 15.000 Unternehmen aus über 160 Ländern vertreten.

Der Stand des BMWi empfing Besucher unter dem Motto „The Open Door To Digital“. Interessierte wurden dort durch eine symbolische Tür von einem Concierge in Empfang genommen und hatten die Möglichkeit, an einer Deutschlandkarte die zwölf Digital Hubs und ihre Themenschwerpunkte durch eine eigens hierfür entwickelte Augmented-Reality-Anwendung kennenzulernen. Insgesamt soll die Initiative das Zusammenspiel innovativer Gründerideen mit dem Know-how etablierter Unternehmen sowie wissenschaftlicher Exzellenz fördern. Dadurch sollen die Innovationskultur insgesamt gestärkt werden und neue digitale Geschäftsmodelle entstehen.

Auch Dirk Wiese, Parlamentarischer Staatssekretär, warb auf dem WebSummit für die Hub Initiative des BMWi und unterstrich deren Relevanz für den Innovationsstandort Deutschland. Er nutzte zudem die Gelegenheit, um sich mit internationalen Gästen aus Politik und Wirtschaft über die Initiative auszutauschen, und wies darauf hin, dass zwar das Start-up-Eldorado Silicon Valley in vielerlei Hinsicht als Vorbild für die Hub Initiative diene. Doch Deutschlands Stärken und digitale Kompetenzen seien nicht nur an einem Ort, sondern dezentral anzutreffen. Dabei gelte es, Vorteile aus dieser dezentralen Struktur zu ziehen, beispielsweise über unterschiedliche Spezialisierungen und Schwerpunkte einzelner Standorte.

Die Digital Hubs



Die Digital Hub Initiative des BMWi

Mit der Digital Hub Initiative will das BMWi die Entstehung digitaler Hubs in Deutschland unterstützen. Mit ‚Hub‘ ist ein physischer Ort gemeint, an dem sich etablierte Unternehmen, Start-ups und Akteure der Wissenschaft austauschen und zusammenarbeiten können. Der „Hub“-Idee liegt zugrunde, dass die Zusammenarbeit von Unternehmen und Gründern auf engem Raum (wie im Silicon Valley) gerade auch im digitalen Zeitalter Innovation befördert. Die fünf großen Hubs Frankfurt, München, Dortmund, Berlin und Hamburg wurden als erste deutsche Digital Hubs auf dem IT-Gipfel 2016 vorgestellt. Im April 2017 wurden sieben weitere Standorte ausgewählt: Köln, Dresden/Leipzig, Karlsruhe, Stuttgart, Mannheim/Ludwigshafen, Potsdam und Nürnberg/Erlangen. Zudem verstärkt Darmstadt den Hub in Frankfurt. Jeder Hub hat sich einen branchenspezifischen Schwerpunkt, wie bspw. Mobility, FinTech oder Digital Health, gesetzt. Die Hubs sind regional finanziert und stützen sich auf ein aus der Region kommendes Netzwerk. Was allerdings fehlt, ist eine überregionale

Vernetzung der Hubs sowie die internationale Bekanntheit. Um dies zu erreichen, hat das BMWi eine Hub-Agency beauftragt sowie gemeinsam mit der GTAI eine Auslandswerbekampagne entwickelt. Unter www.de-hub.de kann man sich umfassend über die Initiative informieren.

Das Ziel der Initiative liegt darin, dafür zu sorgen, dass internationale Start-ups sich im Industrieland Deutschland ansiedeln. Es soll deutlich werden, dass sie gerade hier die besten Voraussetzungen für industrie- und ingenieurorientiertes Denken und Arbeiten vorfinden, das dann mit neuesten digitalen Technologien und Produkten verknüpft werden muss.

Die Vernetzung der Hubs untereinander beschleunigt Innovationsprozesse einzelner Branchen. Gerade in den stärker industriegeprägten Städten fehlt oftmals die Vernetzung mit der innovativen Start-up-Szene. Und dabei profitieren beide: die etablierte Wirtschaft von den frischen Ideen der Start-ups und die jungen Gründer von den Erfahrungen und Kontakten der Alteingesessenen.

Was macht ein Hub genau?

Digital Hub – der Begriff hört sich schon einmal sehr hip an. Was steckt aber genau dahinter? Idealtypisch kann man das am Münchner Mobility Hub begutachten: Im Gründungszentrum der TU München, **UnternehmerTUM**, arbeiten regelmäßig Corporates, Start-ups, Mittelständler und natürlich Experten aus dem Umfeld der Universität an den Herausforderungen der digitalen Transformation der Mobilitätsbranche. Partner des Hubs sind Audi, BMW Group, Daimler, IBM, Nokia, SAP, Stadtwerke München, ADAC, adidas, Infineon, MAN, TÜV Süd und Facebook.

Als konkretes Innovationsprogramm hat der Mobility Hub in München die **Digital Product School** ins Leben gerufen. Sie hat zum Ziel, innerhalb von drei Monaten in interdisziplinären Teams modernste digitale Produkte zu entwickeln, die konkreten Herausforderungen der Mobilitätsbranche begegnen.

Dabei gibt es Unterstützung durch Coaches und externe Experten aus den Bereichen Produktmanagement, Interaktionsdesign, Softwareentwicklung und Künstlicher Intelligenz (KI). In den Highlight Towers in München-Schwabing stehen dafür neben 1.000 Quadratmetern Bürofläche auch die neuesten KI-Technologien zur Verfügung.

Wie es nach dem WebSummit weitergeht

Der Auftritt des BMWi auf dem WebSummit hat erfolgreich die zahlreichen Möglichkeiten aufgezeigt, die die zwölf Digital Hubs für Start-ups, etablierte Unternehmen und Investoren aus dem In- und Ausland bieten. Die digitale Transformation in Deutschland ist in vollem Gange.

Viele der Besucher wollten mehr über die Initiative und die Möglichkeiten zur Ansiedlung in Deutschland erfahren. Dies führte zu zahlreichen neuen Kontakten, die nun das Hub-Netzwerk erweitern. Auch bei den Medienvertretern vor Ort stieß die Initiative auf großes Interesse.

2018 wird es zahlreiche weitere nationale und internationale Auftritte der Initiative geben.

Kontakt: Marieke Ehlers

Referat: Ökonomische Fragen der Digitalen Agenda und gesellschaftliche Entwicklungen, Digitale Souveränität

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Januar 2018

08.01.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (November)
09.01.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (November)
12.01.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
22./23.01.	Eurogruppe/ECOFIN
31.01. – 02.02.	Informeller WBF-Rat (Bulgarien)
Ende Januar 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

Februar 2018

06.02.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Dezember)
07.02.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Dezember)
14.02.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
19./20.02.	Eurogruppe/ECOFIN
26.02.	Energieministerrat (TTE Energie; evtl.)
26./27.02	Informeller Rat für Auswärtige Beziehungen/Handel
Ende Februar 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

März 2018

08.03.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Januar)
09.03.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Januar)
12./13.03.	WBF-Rat
12./13.03.	Eurogruppe/ECOFIN
14.03.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
22./23.03.	Europäischer Rat
Ende März 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/schlaglichter

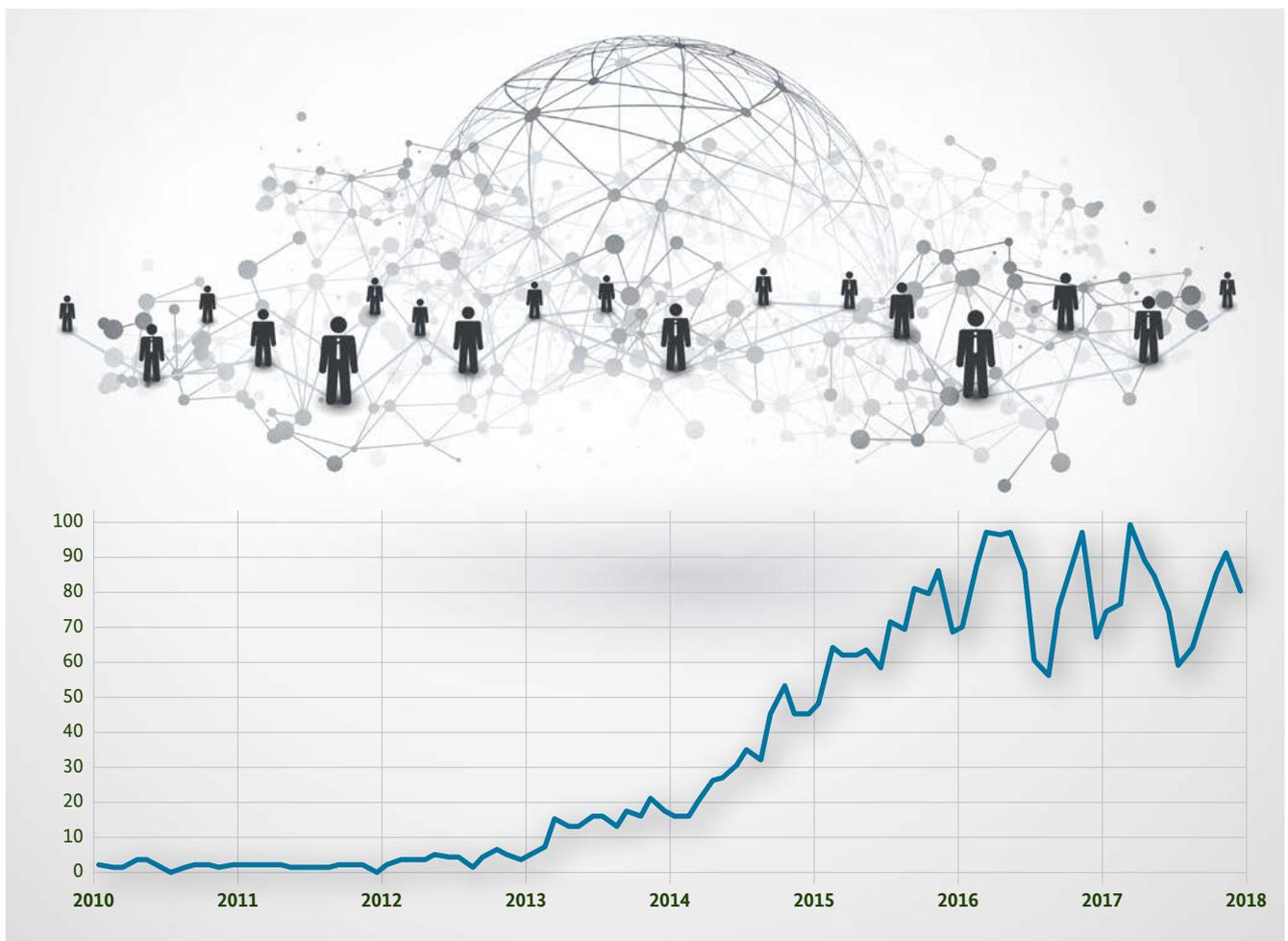


Grafik des Monats

Teilen statt kaufen: Sharing Economy ...

... bezeichnet Geschäftsmodelle, die eine geteilte Nutzung von Ressourcen ermöglichen, sei es die Wohnung oder das Auto. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung der Sharing Economy ist rasant gestiegen – das spiegelt sich auch in der Häufigkeit von Web-Suchen nach diesem Begriff wider: Bis Mitte 2012 spielte der Begriff „Sharing Economy“ unter allen Google-Anfragen noch kaum eine Rolle, seitdem ist das Interesse kontinuierlich gewachsen. Besonders in den asiatischen Ländern suchen Internetnutzer nach dem Begriff, in Deutschland ist er bisher deutlich weniger gefragt. Aber auch hierzulande wird die Sharing Economy, begünstigt durch digitale Technologien, zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen.

Suchinteresse an dem Begriff „Sharing Economy“ im Zeitverlauf



Die Werte geben das Suchinteresse relativ zum höchsten Punkt im Diagramm an. Der Wert 100 steht für die höchste Beliebtheit dieses Suchbegriffs. Der Wert 50 bedeutet, dass der Begriff halb so beliebt war und der Wert 0 entspricht einer Beliebtheit von weniger als 1% im Vergleich zum Höchstwert.

Quelle: Google Trends.

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Die Konjunktur bleibt zum Jahresende aufwärtsgerichtet. Für das Jahr 2017 zeichnet sich insgesamt ein starkes Ergebnis für das Bruttoinlandsprodukt ab.
- ▶ Auftragseingänge und Stimmungsindikatoren senden positive Signale für die Industrie. Nach schwächeren Ergebnissen im September und Oktober dürfte sich die Industrieproduktion lebhaft fortsetzen.
- ▶ Die Anschaffungsneigung der Konsumenten und die Stimmung im Handel sind positiv.
- ▶ Die Nachfrage nach Arbeitskräften in weiten Teilen der Wirtschaft ist weiterhin sehr hoch. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung verringern sich in der Tendenz. Strukturelle Herausforderungen bleiben am Arbeitsmarkt dennoch bestehen.

Die deutsche Konjunktur befindet sich in einem dynamischen Aufschwung. Im dritten Quartal war die Wirtschaftsleistung (BIP) stark um 0,8% gestiegen.¹ Die Konjunktur war bereits im ersten Halbjahr kräftiger als bisher statistisch ausgewiesen. Angesichts der Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf zeichnet sich ein starkes Jahresergebnis ab.² Im dritten Quartal lieferte insbesondere der positive Außenbeitrag in Höhe von 0,4 Prozentpunkten Impulse, weil die Exporte stärker expandierten als die Importe. Angesichts ausgelasteter Produktionskapazitäten und günstiger Finanzierungsbedingungen zogen die privaten Investitionen in Ausrüstungen an; sie stiegen im dritten Quartal um 2,8%. Zudem kam es zu einem Vorratsaufbau. Der private Konsum, wesentlicher Wachstumstreiber der letzten Jahre, stagnierte vorübergehend (-0,1%). Der Beschäftigungsaufwuchs setzte sich nahezu ungebremst fort und auch die Einkommen nahmen im abgelaufenen Quartal weiter zu. Insgesamt dürfte sich die gute wirtschaftliche Entwicklung zum Jahresende 2017 fortsetzen. Der Anstieg der Industrieproduktion könnte allerdings im vierten Quartal geringer ausfallen. Die konjunkturelle Grundtendenz bleibt aber kräftig. Hierauf weisen auch die rekordverdächtigen Stimmungsindikatoren hin.

Die Weltwirtschaft gewinnt auf Jahressicht weiter an Fahrt. Die weltweite Industrieproduktion nahm im September erneut zu und setzte damit ihre aufwärtsgerichtete Entwicklung fort. Im September lag sie um 3,9% über dem Niveau vor einem Jahr. Die globalen Stimmungsindikatoren spiegeln einen zunehmenden Optimismus wider. In den Industriestaaten setzte sich der konjunkturelle Aufschwung im dritten Quartal fort. Im Euroraum nahm das BIP im dritten Vierteljahr um 0,6%, in den Vereinigten Staaten um 0,8% und in Japan um 0,6% zu. Von den Schwellenländern verzeichnete China wieder eine gleichmäßigere wirtschaftliche Entwicklung und Russland und Brasilien haben ihre Rezession überwunden. Insgesamt wird daher das Wachstum der Weltwirtschaft höher ausfallen als im Vorjahr. Die OECD rechnet in ihrem Ausblick vom November nun mit einem globalen Wachstum von 3,6%.

Nach der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank erhöhten sich die Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen im Oktober 2017 in jeweiligen Preisen leicht um 0,2% gegenüber dem Vormonat. Im weniger schwankungsanfälligen Dreimonatsvergleich bleibt der Trend angesichts des globalen Aufschwungs aufwärtsgerichtet (+0,9%). Die Einfuhren erhöhten sich im Oktober um 1,9%. Im Dreimonatsvergleich nahmen sie etwas weniger stark als die Ausfuhren um 0,7% zu. Der kumulierte Leistungsbilanzüberschuss liegt im laufenden Jahr weiterhin unter dem des Vorjahreszeitraums. Die positiven Signale der nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft sowie die weltwirtschaftliche Belebung deuten trotz zweier schwacher Monate auf eine weitere Expansion der deutschen Exporte hin.

Die dynamische Industriekonjunktur zeigt sich nahezu in allen Industriezweigen. Die Auftragseingänge, die bereits im dritten Quartal mit einer Rate von 3,7% sehr kräftig zunahmen, erhöhten sich im Oktober nochmals (+0,5%). Entsprechend hoch sind die Auftragsbestände. Das ausgezeichnete Geschäftsklima signalisiert eine Fortsetzung der positiven Entwicklung. Nicht zuletzt wegen der Lage der Sommerferien und aufgrund von Brückentagen war die Industrieproduktion im September und Oktober rückläufig. Damit deutet sich ein nicht ganz so wachstumsstarkes Jahresendquartal an. Die Bauproduktion verläuft seit dem dritten Quartal trotz günstiger Rahmenbedingungen und einer starken Nachfrage allenfalls seitwärts. Sie war aber dennoch auch im Oktober 2017 – arbeitstäglich bereinigt –

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Dezember 2017 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

2 Erste Ergebnisse für das Jahr 2017 veröffentlicht das Statistische Bundesamt am 11. Januar 2018.

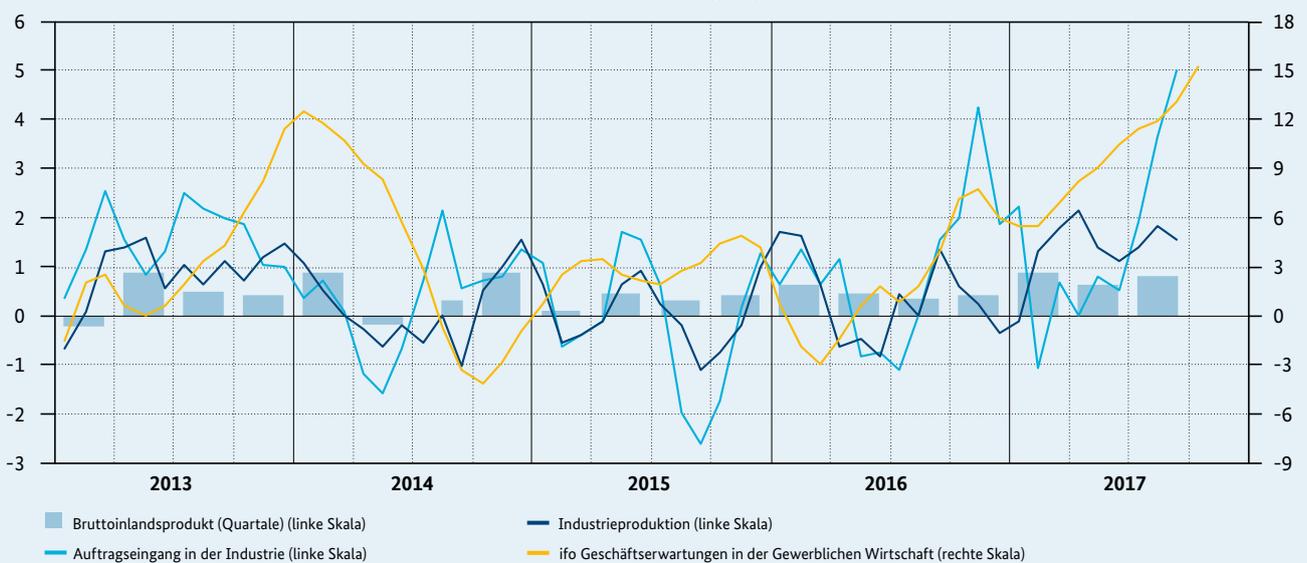
um reichlich vier Prozent höher als vor einem Jahr. Ein entscheidender Grund für die schwächere Entwicklung dürfte sein, dass sich die Bauwirtschaft nahe ihrer Kapazitätsgrenzen bewegt und Arbeitskräfte rar werden.

Der private Konsum war, gestützt auf eine gute Entwicklung von Einkommen und Beschäftigung, während des langen Aufschwungs der verlässliche Träger der binnenwirtschaftlichen Entwicklung. Im dritten Quartal ging er saisonbereinigt erstmals seit dem vierten Quartal 2013 leicht um 0,1% zurück. Dies zeigte sich auch in dem nahezu stagnierenden Umsatz im Einzelhandel (+0,2%), dessen Start in das Jahreschlussquartal ebenfalls holprig war (-1,2%). Die Umsätze im Kfz-Handel, die bis September vorliegen, blieben demgegenüber im dritten Quartal aufwärtsgerichtet. Die Inflationsrate lag im November bei 1,8%. Da Einkommen und Beschäftigung weiter zunehmen, die Konsumlaune positiv ist und sich das ifo Geschäftsklima für den Einzelhandel unverändert auf hohem Niveau bewegt, dürften die privaten Konsumausgaben weiter zunehmen.

Die Lage und der Ausblick am Arbeitsmarkt bleiben positiv. Die Erwerbstätigkeit wächst seit dem zweiten Quartal etwas moderater als im letzten Winterhalbjahr, im Oktober saisonbereinigt um 41.000 Personen. Damit waren zuletzt 650.000 Personen mehr erwerbstätig als ein Jahr zuvor. Im September stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, bereinigt um die Saisoneinflüsse, um 35.000 Personen. Die einschlägigen Frühindikatoren von BA, ifo und IAB signalisieren eine anhaltend hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in weiten Teilen der Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung gingen im November saisonbereinigt um 18.000 bzw. 21.000 Personen zurück. Nach Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit auf 2,37 Mio. Personen, den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte sich fortsetzen; er könnte jedoch etwas schleppender verlaufen, weil Personen mit Migrationshintergrund nach dem Abschluss von Integrations- und Sprachkursen nicht sofort auf dem Arbeitsmarkt Erfolg haben. Zudem bleiben weitere Herausforderungen, wie die Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit und die höhere Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Gebieten, bestehen.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: STBA, BBk, ifo Institut.

Emissionshandel ist fit für 2030

Die Reform des Europäischen Emissionshandels (ETS) für das nächste Jahrzehnt steht: Der Emissionshandel wird als Marktinstrument gestärkt; die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie wird dabei geschützt.

Nach mehr als zwei Jahren Verhandlung haben sich Europäische Kommission, Rat und Europäisches Parlament im November auf eine Reform der ETS-Richtlinie geeinigt. Die Bundesregierung konnte ihre zentralen Ziele bei der Reform durchsetzen: Die Preissignale sollen gestärkt werden, um Investitionsanreize für klimaneutrale Technologien zu setzen. Zudem sollen die energie- und emissionsintensiven Industrien weiterhin vor der Konkurrenz aus dem nicht vom Emissionshandel regulierten Ausland geschützt werden.



Der Emissionshandel ist das zentrale Instrument der EU-Klimapolitik. Fast die Hälfte aller europäischen Treibhausgasemissionen wird dabei erfasst. Teilnehmende Unternehmen müssen für die von ihnen verursachten Emissionen entsprechende Zertifikate einreichen. Im Industriebereich werden diese Zertifikate teilweise kostenlos zugeteilt, im Strombereich werden sie bis auf wenige Ausnahmen seit 2013 staatlich versteigert. Entsprechend den internationalen Klimaschutzverpflichtungen der EU nimmt die Gesamtzahl der neu zur Verfügung gestellten Zertifikate (sogenannter „Cap“) Jahr für Jahr ab. Damit werden langfristig Anreize für Investitionen in emissionsarme

Technologien gesetzt. Die Zertifikate können unter den Marktteilnehmern gehandelt werden. So sollen die europäischen Klimaziele für 2030 erreicht werden, indem die Emissionsreduktionen ökonomisch effizient dort durchgeführt werden, wo es am kostengünstigsten ist.

Zertifikatsüberschüsse werden abgebaut

Zuletzt war der Emissionshandel aufgrund der hohen Überschüsse an Zertifikaten¹ und der daraus resultierenden niedrigen Preise am Zertifikatemarkt in die Kritik geraten.

¹ Mit Überschüssen ist hier die Gesamtzahl der im Umlauf befindlichen Zertifikate gemeint, die von den Erwerbern gehalten und noch nicht zum Ausgleich von Emissionen eingereicht wurden.

Der Zertifikatspreis ist ein für die Wirtschaft wichtiger Indikator, da er langfristige europäische Emissionsminderungsziele in ein für Unternehmen relevantes Preissignal übersetzt. Auf diese Weise werden Emissionen bei Unternehmensentscheidungen berücksichtigt. Der Preisanreiz für die Unternehmen soll nun verstärkt werden, indem überschüssige Zertifikate am Markt schneller abgebaut und ab 2019 in einer sogenannten Marktstabilitätsreserve „geparkt“ werden. Voraussichtlich über zwei Milliarden nicht benötigte Zertifikate sollen dann im Jahr 2023 gelöscht werden. Vor einer Löschung wird die Europäische Kommission die Auswirkung auf den Zertifikatemarkt jedoch überprüfen. Auch nach 2023 sind Löschungen aus der Marktstabilitätsreserve möglich, wenn die Reserve über einen Schwellenwert anwächst. Zudem wird die Absenkrungsrate der jährlich neu zur Verfügung gestellten Zertifikatmenge von 1,74 Prozentpunkten auf 2,2 Prozentpunkte erhöht. Damit dürften sich die Zertifikatspreise von derzeit rund 7 Euro je Tonne CO₂ im Laufe der Zeit deutlich erhöhen und Investitionsanreize für klimaneutrale Technologien setzen.

Preisdruck auf Kohlekraftwerke und emissionsintensive Industrien steigt

Besondere Bedeutung hat die Reform für den Kraftwerkssektor. Hier werden steigende Zertifikatspreise den wirtschaftlichen Druck auf Kohlekraftwerke erhöhen, deren Strom damit gegenüber CO₂-ärmerer Stromerzeugung wie aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen oder Kraftwerken auf Erdgasbasis mittelfristig teurer wird.

Die Richtlinie ermöglicht es den Mitgliedstaaten aber auch, bei zusätzlichen nationalen Maßnahmen zur Stilllegung von Stromkapazitäten freiwillig Zertifikate aus ihren Versteigerungsmengen zu löschen. Damit soll verhindert werden, dass die in einem Mitgliedstaat nicht mehr benötigten Zertifikate in anderen Mitgliedstaaten zu höheren Emissionen führen. Man spricht auch vom sogenannten „Wasserbetteffekt“.

Mit der Reform wurde auch entschieden, dass kohlebasierte Projekte von einer Förderung über den europäischen „Modernisierungsfonds“ weitestgehend ausgeschlossen werden. Der Modernisierungsfonds soll insbesondere ost-europäische Mitgliedstaaten bei der Modernisierung ihrer Energiesysteme unterstützen.



Steigende Zertifikatspreise führen außerdem zu höheren Strompreisen an der Börse und damit auch zu indirekten Kostenbelastungen vor allem für die großen Stromverbraucher. Daher haben die Mitgliedstaaten weiterhin die Möglichkeit, in den betroffenen Sektoren jene Stromkostenbestandteile zu ersetzen, die auf die Zertifikatspreise zurückgehen. Die Einzelheiten hierzu werden jedoch erst in den künftigen Beihilfeleitlinien der Europäischen Kommission geregelt werden.

Auch für emissionsintensive Industrieanlagen, die am Emissionshandel teilnehmen, steigt der Anreiz zur Emissionsminderung. Sie bekommen zwar einen Großteil der benötigten Zertifikate kostenlos zugeteilt, müssen aber dennoch einen Teil zukaufen (siehe Abschnitt zu „Benchmarks“).

Schutz vor Carbon Leakage weiterhin erforderlich

Mit dem Klimaschutzübereinkommen von Paris wurde zwar ein wichtiger Schritt zur weltweiten Koordinierung der Klimaschutzanstrengungen gemacht, es wurden aber global noch keine gleichen Wettbewerbsbedingungen für die Industrieproduktion geschaffen. Auf europäischer Ebene bleiben damit Regelungen erforderlich, um eine Abwanderung von Industrieproduktion oder vorgelagerten Anlageinvestitionen in das nicht vom Emissionshandel regulierte Ausland (sogenanntes Carbon Leakage) zu verhindern.



Als von Carbon Leakage bedroht gelten solche Sektoren, die einem starken internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind und emissionsintensive Produkte herstellen. Die effizientesten Anlagen in diesen Sektoren erhalten grundsätzlich Zertifikate zu 100 Prozent gratis. Der Vorschlag des Europäischen Parlaments, die freie Zuteilung je nach der Carbon-Leakage-Gefährdung zu stufen (Stufenansatz), wurde durch den Rat verhindert. Die Festlegung hätte in bestimmten Sektoren zu einer massiven Unterausstattung mit Zertifikaten geführt.

Für Sektoren, die den Schwellenwert knapp verfehlen, sieht die Einigung zudem die Möglichkeit einer qualitativen Prüfung vor, die konkrete Minderungsmöglichkeiten, Marktcharakteristika oder Gewinnspannen berücksichtigt. Das ist vor allem für Branchen wie die Industriegasproduktion wichtig, die zwar formal eine geringe Handelsintensität aufweisen, aber Teil von Wertschöpfungsketten sind, die im internationalen Wettbewerb stehen.

Benchmarks als Effizienztreiber

Ein zentrales Anliegen der Bundesregierung war es, dass die kostenlose Zuteilung für die Industrie in der kommenden Handelsperiode 2021 – 2030 nicht länger durch einen sektorübergreifenden Korrekturfaktor gekürzt wird. Dieser

Korrekturfaktor kam bislang dann zur Anwendung, wenn nicht genügend Zertifikate zur freien Zuteilung zur Verfügung standen, um allen berechtigten Anträgen aus der Industrie zu entsprechen. Als Alternative konnte in Brüssel durchgesetzt werden, dass der von der Kommission vorgesehene Versteigerungsanteil von 57 Prozent der Gesamtzertifikatsmenge im Bedarfsfall um einen bestimmten Anteil abgesenkt wird, sodass ein größerer Teil der Zertifikate frei zugeteilt werden kann. Letztendlich wird dieser „Sicherheitspuffer“ zur Vermeidung eines Korrekturfaktors nun effektiv 3,5 Prozentpunkte betragen, was nach Einschätzung von Analysten ausreichen wird.

Die kostenlose Zuteilung an die von Carbon Leakage bedrohten Sektoren erfolgt über sogenannte produktbezogene Bezugsnormen (Benchmarks), die durch die zehn Prozent emissionseffizientesten Anlagen des jeweiligen Sektors gesetzt werden. Auch bei der zukünftigen Ausgestaltung der Produkt-Benchmarks haben Rat und Parlament eine Verbesserung gegenüber den Vorschlägen der Kommission und der Ratspräsidentschaft erreichen können, indem die Benchmarks anhand realer Daten festgelegt und abgesenkt werden (statt einer pauschalen Absenkung). Zudem wird die Untergrenze für die jährliche Reduzierung dieser Benchmarks auf 0,2 Prozentpunkte abgesenkt. Die Europäische Kommission hatte hier noch eine Absenkung um jährlich 0,5 Prozentpunkte vorgeschlagen, was aber die rea-

len Minderungsmöglichkeiten vieler emissionsintensiver Sektoren überstiegen hätte. Für die Stahlindustrie wurde dieser Wert für den Zeitraum 2021 – 2025 unabhängig von der tatsächlichen Entwicklung auf jährlich 0,2 Prozentpunkte festgeschrieben. Damit soll dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Kuppelgase als Restgase der Stahlproduktion zur Energiegewinnung genutzt werden, anstatt sie in die Atmosphäre zu entlassen.

Innovationsfonds soll technologischen Wandel fördern

400 Millionen Zertifikate werden für den sogenannten Innovationsfonds bereitgestellt, den die Europäische Kommission verwaltet. Durch diesen werden im nächsten Jahrzehnt mehrere Milliarden Euro für die Förderung von innovativen Technologien zur Verfügung gestellt. Gefördert werden können ab 2021 nun auch innovative Industrieprojekte wie Verfahren zur Abscheidung und Nutzung von CO₂ (Carbon Capture and Usage – CCU), Verfahren zur Abscheidung und geologischen Speicherung von CO₂ (Carbon Capture and Storage – CCS), Projekte zu Erneuerbaren Energien sowie Stromspeichertechnologien. Die Projektförderungen sind vor allem für langfristige Minderungsstrategien im Industriesektor essentiell, um verstärkt Strom aus erneuerbaren Energien einsetzen zu können und prozessbedingte Emissionen etwa in der Stahl- oder Zementindustrie zu senken, also Emissionen, die zwar während der Produktion, aber nicht durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern entstehen.

Streit um Mindestpreis vertagt

Frankreich hatte in den Verhandlungen wiederholt die Einführung eines Mindestpreises für Zertifikate des Emissionshandels gefordert, konnte sich aber in den Ratsverhandlungen nicht durchsetzen. Zuletzt hatte auch der französische Staatspräsident Macron diese Forderung wiederholt, um schneller stärkere Preisanreize für einen Wechsel weg von fossilen Brennstoffen hin zu den Erneuerbaren Energien zu setzen. Die Debatte hierzu ist weiter offen. Sowohl in der Politik als auch in der wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur gehen die Meinungen zu einem Mindestpreis weiter auseinander. Die Befürworter mahnen stärkere Investitionsanreize an. Sie argumentieren, dass viele am Markt teilnehmende Unternehmen aufgrund ihres kurzen Planungshorizontes zukünftige Knappheit im Markt nicht ausreichend berücksichtigen. Dieses „Marktversagen“ führe aktuell zu einem ineffizient niedrigen Zertifikatspreis.

Sie verweisen darauf, dass es später zu raschen Preissteigerungen und damit verbunden zu einem abrupten Strukturwandel kommen könnte, wenn die technologische Anpassung den sukzessive restriktiveren Klimazielen hinterherhinke. Die Kritiker befürchten durch einen Mindestpreis weitere Wettbewerbsnachteile für die energieintensiven Industrien und verweisen auf den Überschussabbau durch die Marktstabilitätsreserve. Ein Mindestpreis würde eine teilweise Abkehr vom Emissionshandel als mengenbasiertem Instrument bedeuten und somit auch von dessen Effizienz. Dabei besteht die Schwierigkeit darin, den Mindestpreis so zu setzen, dass Anreize zur Emissionsminderung verstärkt werden, ohne gleichzeitig die Gefahr von Carbon Leakage zu verschärfen. Nach aktuellen Schätzungen müsste der Preis bei weit über 30 Euro je Tonne CO₂ liegen, um Einfluss auf die Rentabilitätsschwelle von Großemittenten wie z. B. den deutschen Braunkohle-gefeuerten Kraftwerken zu haben. Bei solchen Preisen wären große Teile der Industrie stark abwanderungsgefährdet.

Ausblick

Die Richtlinie muss nun bis zum Start der Handelsperiode am 1. Januar 2021 umgesetzt werden. Wichtig sind die noch ausstehenden Umsetzungsakte der Kommission, etwa die Zusammenstellung der Liste der von Carbon Leakage bedrohten Industriesektoren sowie die Festsetzung der Benchmarks für die kostenlose Zuteilung an die Industrie. Im Jahr 2023 steht zudem die erste „Globale Bestandsaufnahme“ unter dem Pariser Klimaschutzabkommen an. Die ETS-Richtlinie sieht vor, dass die Kommission spätestens zu diesem Zeitpunkt berichten soll, ob die Klimaschutzbemühungen im Emissionshandel im Hinblick auf neue internationale Entwicklungen ausreichend sind. Dabei kann insbesondere auch das System zum Schutz der im internationalen Wettbewerb stehenden emissionsintensiven Industrien neu gedacht werden. Hierzu soll auf den Vorschlag des Europäischen Parlaments hin auch ein Abgabesystem beim Import von CO₂-intensiven Produkten geprüft werden. Auch im Europäischen Emissionshandel gilt daher: Nach der Reform ist vor der Reform.

Verfasser: Julian Frohnecke und Dr. Christian Zankiewicz
Referat: Emissionshandel, Klimaschutz, Internationale Umweltschutzpolitik

Instant Payment – WhatsApp für Geld?

Der neue europäische Standard des European Payments Council (EPC) modernisiert den SEPA-Zahlungsverkehr. Seit dem 21. November 2017 sind nun nationale und länderübergreifende elektronische Zahlungen in Sekundenschnelle möglich. Damit schreitet die Digitalisierung auch bei Bankdienstleistungen voran. Elektronische Echtzeitzahlungen dürften zahlreiche Vorteile für Privatpersonen und Unternehmen in Europa bringen.



Instant Payment: Elektronisch in Echtzeit zahlen

Mit Instant Payment können auf elektronischem Wege Zahlungen idealerweise in Echtzeit, zumindest aber in Sekundenschnelle, und rund um die Uhr (24/7/365) ausgeführt werden.¹ Der Begriff lehnt sich dabei an Instant-Messaging-Dienste wie WhatsApp an, die sekundenschnell digitale Nachrichten versenden und empfangen. Die große Beschleunigung des elektronischen Bezahlvorgangs durch Instant-Payment-Systeme bewirkt, dass das Konto des Käufers bzw. Überweisenden unmittelbar belastet wird und gleichermaßen das Konto des Verkäufers bzw. Empfängers unmittelbar über die Gutschrift verfügt – ohne dass Zwischenakteure wie PayPal oder Kreditkartenanbieter einbe-

zogen werden. Zugleich zeichnet sich Instant Payment dadurch aus, dass es multikanalfähig ist (d. h. verfügbar für Transaktionen an der Ladenkasse, zwischen Nutzern sowie online) und verschiedenen Zahlungsinstrumenten (Überweisung, Lastschrift oder Kartenzahlung) offensteht.

Aktuell wird weltweit an entsprechenden Lösungen gearbeitet, die sich in unterschiedlichen Entwicklungsstadien befinden. In Polen, Südkorea, dem Vereinigten Königreich und den USA sind Instant-Payment-Lösungen teilweise schon weit verbreitet, allerdings dort bislang nur auf nationaler Ebene. In Europa existiert nun erstmals ein länderübergreifendes Verfahren, das am 21. November 2017 „live“ geschaltet wurde.

¹ Instant Payments erfolgen in der Regel in Sekundenbruchteilen oder Sekunden, weshalb im Englischen auch die Begriffe „Immediate Payments“, „Real Time Payments“ oder „Near-Real Time Payments“ teilweise synonym genutzt werden.

Abbildung 1: Hauptcharakteristika von Instant-Payment-Systemen

- ▶ Ständige Verfügbarkeit 24/7/365.
- ▶ Unmittelbare Belastung des Kontos des Zahlenden.
- ▶ Unmittelbare Gutschrift auf dem Konto des Empfängers.
- ▶ Unmittelbare Bestätigung an Zahlenden und Empfänger.
- ▶ Unmittelbare Verfügbarkeit des Empfängers über gutgeschriebenen Betrag.

Europäische Instant-Payment-Ansätze

In Europa ist die Einrichtung eines länderübergreifenden Instant-Payment-Systems Teil der sogenannten Vision 2020, um die Marktinfrastruktur des Eurosystems weiterzuentwickeln. Bisher besteht mit dem SEPA-System zwar bereits ein länderübergreifendes einheitliches Verfahren für den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Dennoch haben europäische Banken aktuell einen Werktag Zeit, um elektronische Zahlungen auszuführen. So bearbeiten die Banken Überweisungen nur gesammelt zu bestimmten Zeitpunkten, auch wenn sie online in Auftrag gegeben worden sind. Daher ist eine Verzögerung zwischen der Abbuchung vom Konto des Zahlenden und der Gutschrift auf dem Konto des Empfängers der Normalfall.

Auch vor diesem Hintergrund hatte das von der EZB geleitete Euro Retail Payments Board (ERPB) bereits 2014 die Notwendigkeit eines europäischen Echtzeitzahlungssystems festgestellt. Daraufhin hat das ERPB das Gremium der europäischen Zahlungsdienstleister (European Payments Council – EPC) um einen Entwurf für ein geeignetes Infrastrukturdesign gebeten. Dieses System soll folgenden Kriterien genügen:

Abbildung 2: Anforderungen an Instant Payment laut ERPB

- ▶ Elektronisches Massenzahlungssystem.
- ▶ 24/7/365 – Verfügbarkeit.
- ▶ Sofortiges oder nahezu sofortiges Interbanken-Clearing.
- ▶ Unmittelbare oder nahezu unmittelbare Gutschrift auf Empfängerkonto.
- ▶ Sofortiges oder nachgelagertes Settlement mit Garantiemodell.
- ▶ Keine Einschränkungen bezüglich
 - Zahlungsinstrument: Überweisung, Lastschrift, Kartenzahlung,
 - Clearingmodalität: bilaterales Interbanken-Clearing, Clearing via Clearinghäuser oder Echtzeit-Bruttoabwicklungssysteme,
 - Abwicklungsmodalität: Geschäftsbanken- oder Zentralbankgeld, Höchstbeträge, Garantien.

Quelle: Bundesbank

Am 21. November 2017 wurde somit in Europa erstmals ein länderübergreifendes Instant-Payment-Verfahren gestartet. Mit dem sogenannten EPC-Schema („SEPA Instant Credit Transfer (SCT Inst) Scheme“) sind nun europaweite Überweisungen bis 15.000 Euro in maximal zehn Sekunden zu jedem Zeitpunkt möglich – vorausgesetzt, Geschäftsbanken sind in der Lage, Zahlungen in Echtzeit auch technisch abzuwickeln.² Als erste deutsche Bank startete die HypoVereinsbank ihr Instant-Payment-Angebot. Deren Muttergesellschaft Unicredit führte kurz darauf die erste Zahlung zwischen Deutschland und Italien in 2,5 Sekunden durch. Insgesamt beteiligten sich am Start 17 Banken aus acht Ländern. Geplant ist, dass auf freiwilliger Basis sukzessive der gesamte SEPA-Raum bedient wird (d.h. die EU-28 plus Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz, Monaco und San Marino).

Parallel dazu arbeitet das Eurosystem an einer eigenen Infrastruktur, dem TARGET Instant Payment Settlement (TIPS). Dieses soll im November 2018 in Betrieb gehen und ebenfalls Echtzeitzahlungen für Privatpersonen und Unternehmen ermöglichen und so die Integration des Euroraums weiter vorantreiben.

Welche der beiden Lösungen sich durchsetzen wird und inwiefern diese miteinander kompatibel sein werden, bleibt abzuwarten. Fest steht, dass Instant Payment grundlegende Änderungen für Privatpersonen und Unternehmen bringen wird.

Viele Vorteile für Verbraucher

Die Dauer von Überweisungen verkürzt sich für den Verbraucher durch Instant Payment erheblich. Elektronische Zahlungen nähern sich somit „realen“ Barzahlungen an und verändern auf diese Weise den Charakter elektronischer Zahlungen grundlegend: Während der Empfänger unmittelbar über die gutgeschriebenen Mittel verfügt und diese anderweitig einsetzen kann, wird auch das Konto des Zahlenden unmittelbar belastet. Ein positiver Nebeneffekt ist, dass Kontostände jederzeit aktuell sind. Kontoinhaber können so Einnahmen und Ausgaben besser im Blick halten (vergleichbar mit dem Blick in den Geldbeutel). Daneben verschwindet für Zahlenden und Empfänger die Bedeutung des Zeitpunkts der Transaktion: Ob es sich um einen regulären Werktag, Feier- oder Sonntag handelt, spielt in einem auf Instant Payment basierenden System keine Rolle mehr.

2 Die dazu nötige Infrastruktur wird von EBA Clearing, einem von 51 Banken getragenen europäischen Unternehmen, mit der Echtzeitzahlungplattform RT1 bereitgestellt.

Vor allem beim Onlinekauf können Privatpersonen von Instant-Payment-Lösungen profitieren, wenn Zahlungen direkt verbucht werden. Ein verzögerter Zahlungseingang trägt dann nicht mehr zu einer Verlängerung der Lieferzeiten bei. Zwar existieren auch heute schon zwischengeschaltete Systeme wie PayPal, die insbesondere im E-Commerce beschleunigend wirken und bei Verbrauchern beliebt sind. Allerdings bestätigen diese in der Regel nur eine getätigte Zahlung. Die tatsächliche Begleichung erfolgt auch hier verzögert in Form einer regulären Lastschrift. Auch könnte Instant Payment aus Konsumentensicht mit niedrigeren Transaktionskosten als andere Zahlungsmethoden einhergehen. So ist z. B. die Nutzung von Kreditkarten regelmäßig mit Kosten verbunden.

Für Verbraucher dürfte auch das Peer-to-Peer-Bezahlen, das heißt, das direkte Zahlen unter zwei Nutzern, in Echtzeit besonders interessant sein. Statt mühselig nach einem Restaurantbesuch die Rechnung unter Freunden bar aufzuteilen, könnte dies unkompliziert digital und in Echtzeit erfolgen. Insgesamt dürften Verbraucher von Lösungen, die Mobile Payment, also das Bezahlen mit Mobilgeräten, mit Instant Payment kombinieren, sehr profitieren. Bisherige Ansätze ermöglichen es zwar, über eine Smartphone-App Geld an einen Kontakt aus dem Adressbuch zu senden; technisch basieren diese aber immer noch auf im Hintergrund ablaufenden „langsamen“ SEPA-Überweisungen. Beispiele hierfür sind die Kwitt-App der Sparkassen, deren Umstellung auf Instant Payment mittlerweile angekündigt wurde, sowie die Paydirekt-App, an der sich neben den Sparkassen zahlreiche Privatbanken sowie Raiffeisen- und Genossenschaftsbanken beteiligen.

Chancen für Unternehmen und Banken

Neben den Verbrauchern dürften auch die Unternehmen einen zügigeren Zahlungsprozess begrüßen. Rechnungen werden schneller beglichen und verspätete Zahlungseingänge von Kunden seltener. Dies ermöglicht ein effizienteres und schlankeres Rechnungsmanagement, eine besser planbare Tagesdisposition sowie ein besseres Management des Umlaufvermögens. Im Idealfall bedeutet dies zudem einen geringeren Bedarf an externer Finanzierung und allgemein Effizienzgewinne durch eine weitere Digitalisierung des Bezahlprozesses – und in der Folge womöglich einen Rückgang von Bargeldzahlungen oder Scheckgebrauch (u. a. in Frankreich). Diese Vorzüge dürften sich in Transaktionen mit Kunden, aber auch mit anderen Unternehmen zeigen. Im Gegensatz zu existierenden Bezahlverfahren wie PayPal könnten Instant-Payment-Lösungen wie die von



EBA Clearing und dem Eurosystem zu erheblichen Effizienzgewinnen führen, weil sich diese einfach in die unternehmerische IT- und Prozesslandschaft integrieren lassen.

Für den europäischen Bankensektor ist Instant Payment eine wichtige Wettbewerbschance. Es kann ihm helfen, den Anschluss an die digitalen Entwicklungen im Zahlungsverkehr nicht zu verlieren und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Banken können sich ein modernes Image geben und ihre Kundenbindung stärken, indem sie ihren Kunden mit Instant Payment eine erwünschte Leistung anbieten.

Somit bietet Instant Payment gute Chancen, verlorenen Boden gegenüber außereuropäischen Banken und auch gegenüber Fintechs (digitale Finanzdienstleistungsanbieter) wieder gutzumachen. Eine große Stärke ist der bisher einzigartige länderübergreifende Charakter des europäischen Systems. Instant Payment dürfte tendenziell günstiger als Kreditkartensysteme sein und so das Girokartenmodell attraktiver machen. Hiervon könnten die europäischen Banken gegenüber den großen US-Kreditkartenanbietern profitieren.

Ein weiterer Gewinner eines derartigen Zahlungssystems dürfte der dynamisch wachsende Onlinehandel sein. Der Händler kann schnellere Geldeingänge erwarten, die Ware schneller zustellen und den Mittelzufluss zeitnah neu investieren. Auch kann er die wachsende Zahl an Retouren zügiger abwickeln, was ebenfalls im Interesse des Käufers liegt. Eine höhere Kundenzufriedenheit mit dem Kaufprozess kann zudem die Geschäftszahlen verbessern. Denkbar

ist auch, dass Reibungsverluste beim Bezahlvorgang, die im Onlinehandel bislang häufig mit Kaufabbrüchen verbunden sind, abnehmen.

Vorteilhaft für Händler sind neben dem schnelleren Geldzugang auch die geringeren Transaktionskosten gegenüber Bargeld bzw. Kreditkartenzahlungen. Das Forderungsmanagement wird deutlich einfacher, je mehr gekaufte Produkte per Instant Payment bezahlt werden.³

Mögliche Schwachstellen

Instant-Payment-Systeme sind nicht nur in Deutschland relativ neu. Derartige Zahlungsverfahren müssen sich noch bewähren und zeigen, dass sie mit eventuellen Schwachstellen adäquat umgehen können.

Ein kritischer Punkt ist, Geld zurückzuholen, das z. B. irrtümlich überwiesen wurde. Einige Banken argumentieren zwar, dass sich in diesem Fall grundsätzlich nichts gegenüber einer herkömmlichen SEPA-Überweisung ändere. Jedoch schafft die Echtzeit des Bezahlvorgangs gewissermaßen Fakten: Während eine irrtümlich getätigte reguläre SEPA-Überweisung wenige Minuten später – z. B. im Online-Banking – rückgängig gemacht werden kann, ist bei einer Instant-Payment-Zahlung das Geld dann längst dem anderen Konto gutgeschrieben. In vielen Fällen dürfte ein ehrlicher Empfänger kooperativ sein und die fälschlich geleistete Zahlung zurückerstatten. Dennoch sind hier Lösungen gefragt, wie grundsätzlich mit solchen Fällen nicht beabsichtigter Zahlungen umgegangen werden soll.

Neue Bezahlverfahren öffnen immer auch Betrugern neue Einfallstore. Gerade der Echtzeitcharakter des Bezahlvorgangs lässt sich womöglich ausnutzen. Allerdings zeigen bisherige Erfahrungen, dass Banken ein ureigenes Interesse daran haben, neue Systeme sicher zu machen. Hier werden die Banken voraussichtlich weiter an der Sicherheit von Instant Payment arbeiten müssen.

Darüber hinaus ist die Einführung von Instant Payment vor allem für die Banken mit Kosten verbunden. Wenngleich die Höhe der Umstellungskosten derzeit nur schwierig zu

beziiffern ist, ist es völlig offen, inwiefern es den Kreditinstituten gelingt, mit Instant Payment Geld zu verdienen. Angesichts der aktuellen Herausforderungen der Branche wie niedrigen Zinsen oder Regulierungsvorgaben scheuen sich derzeit noch viele Banken hierzulande vor entsprechenden Investitionen: Einer Umfrage zufolge schätzen 50% der befragten Kreditinstitute die Kosten einer Instant-Payment-Einführung derzeit höher ein als die Kosten der SEPA-Umstellung vor zweieinhalb Jahren.⁴ Daneben dürften auf die unternehmerischen Finanzabteilungen neue Herausforderungen zukommen, wenn Zahlungseingänge auch am Wochenende oder nachts erfolgen. Ein Resultat hieraus dürfte wohl eine weitere Automatisierung sein.

Auch stellt sich die Frage, wie hoch die Nachfrage nach Echtzeitzahlungen ist. Die Erfahrungen anderer Länder zeigen aber zumindest, dass Bankkunden Instant-Payment-Lösungen gut annehmen.

Zudem stehen in Europa aktuell zwei parallele Systeme (EPC- und EZB-Vorhaben) im Raum. Ob dies sinnvoll ist, lässt sich noch nicht eindeutig bewerten. Einerseits kann der Wettbewerb um das beste System Innovationen auslösen, andererseits könnten sich die Systeme auch gegenseitig schwächen. Kunden und Unternehmen könnten in Ungewissheit, welche Infrastruktur sich durchsetzt, eine abwartende Haltung einnehmen, was die Umstellung auf Instant Payment insgesamt verzögern könnte. Auch ist zumindest fragwürdig, warum das Angebot des Eurosystems zusätzlich zu einem privatwirtschaftlichen Angebot des EBA Clearing notwendig ist. Mindeststandard sollte in jedem Fall sein, dass beide Lösungen auf sinnvolle Weise kompatibel sein werden.

Schlussendlich könnte die Entwicklung von Instant Payment auch die Skepsis solcher Gruppen befördern, die eine weitere Zurückdrängung von Barzahlungen befürchten. Allerdings betrifft Instant Payment zunächst vor allem elektronische Bezahlverfahren (z. B. im Onlinehandel), so dass hierdurch nicht per se Barzahlungen verdrängt werden. Andererseits könnte Instant Payment langfristig durchaus das tägliche Bezahlverhalten in Deutschland verändern und Barzahlungen in der Praxis unpopulärer machen.

3 Ebenfalls offen ist, ob eine großflächige Verbreitung und Nutzung von Instant Payment Wohlstandsgewinne durch eine Beschleunigung der Geldumlaufgeschwindigkeit bringen könnte. Grundsätzlich stehen angesichts von Echtzeittransaktionen Mittel schneller wieder für neue Ausgaben zur Verfügung. Ob und ggf. inwiefern sich dadurch das Ausgabeverhalten hin zu höheren Konsumausgaben ändert, ist jedoch Spekulation, zumal die budgetären Zwänge des Haushaltseinkommens von Instant Payment unberührt bleiben.

4 Bearing Point 2017: „Zahlungsverkehr 4.0 – Welche Auswirkungen hat das Digitalisierungszeitalter auf den Zahlungsverkehr?“

Abbildung 3: Vor- und Nachteile von Instant Payment

	Privatnutzer	Unternehmen	Banken
Vorteile	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Schnellere und fortschrittliche Zahlungsabwicklung. ▶ Ständige Verfügbarkeit. ▶ Kontostand in Echtzeit, besseres Liquiditätsmanagement. ▶ Schnellerer Warenerhalt bei Internetkäufen. ▶ Attraktive Anwendungsmöglichkeiten in Verbindung mit Mobile Payment (z. B. P2P-Zahlungen). ▶ Angleichung an Barzahlung (z. B. bei Kauf eines Gebrauchtwagens). 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Schnellere und fortschrittliche Zahlungsabwicklung. ▶ Potenziell verringerter Zahlungsverzug von Kunden und schnellere Rechnungsbegleichung. ▶ Bereits in (unternehmerische) IT- und Prozesslandschaft integriertes System. ▶ Planungsvorteile für die Tagesdisposition. ▶ Höhere Effizienz von E-Voicing und E-Billing. ▶ Besseres Working-Capital-Management. ▶ Potenziell verringerte Transaktionskosten für Handel. ▶ Zurückdrängung von Betrugsfällen im Handel. 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ggü. außereuropäischen Banken und Fintechs. ▶ Modernes Image und Kundenzufriedenheit. ▶ Zusätzliche Erlöse. ▶ Stärkung des Girokartenmodells.
Nachteile	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Problematik fälschlicherweise geleisteter Zahlungen/Rückholung von Geld. ▶ Neue Betrugsmöglichkeiten. ▶ Evtl. gebührenpflichtig. ▶ Evtl. Zurückdrängung von Barzahlungen, die größere Anonymität bieten. 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Herausforderungen in Umstellungsphase. ▶ Neue Betrugsmöglichkeiten. ▶ Juristische Fragen. ▶ Evtl. weniger positiver Effekt eines schnellen Zahlungseingangs in Niedrigzinsphase. 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kosten der Umstellung auf neues System/Infrastruktur. ▶ Unklarheit über Interoperabilität der Systeme von EPC und EZB. ▶ Neue Betrugsmöglichkeiten.

Ausblick: Wachsende europäische Akzeptanz – wie entwickelt sich Instant Payment in Deutschland?

Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass Echtzeitzahlungen nachgefragt werden. So sind Blitzüberweisungen beispielsweise in Polen, dem Vereinigten Königreich und mehreren asiatischen Staaten längst üblich. Auch Österreich zeigt sich Instant Payment gegenüber sehr aufgeschlossen.

Wenngleich Instant Payment in Deutschland bislang erst bei einem großen Institut möglich ist, haben etliche Banken und Sparkassen angekündigt, ab Mitte 2018 nachzuziehen. In Deutschland vertretene Auslandsbanken, die auf anderen Märkten die Einführung von Echtzeitzahlungen forcieren, beobachten derzeit die hiesigen Marktentwicklungen und Kundenreaktionen noch.

Es erscheint jedoch kaum vorstellbar, dass die Digitalisierung in anderen Bereichen des Alltags voranschreitet, bei der Beschleunigung von Zahlungsvorgängen aber außen vor bleiben sollte. Letztlich entscheidend für den Erfolg von Instant Payment in Deutschland werden die Akzeptanz von Verbrauchern und Unternehmen sowie das Engagement von Handel und Finanzdienstleistern sein. Angesichts zahlreicher Vorteile ist aber zu erwarten, dass sich Instant Payment auch hierzulande zügig etabliert und so „WhatsApp für Geld“ Realität werden lässt.

Kontakt: Dr. Jan Weidner
Referat: Geld, Kredit, Finanzmärkte

II. Wirtschaftliche Lage

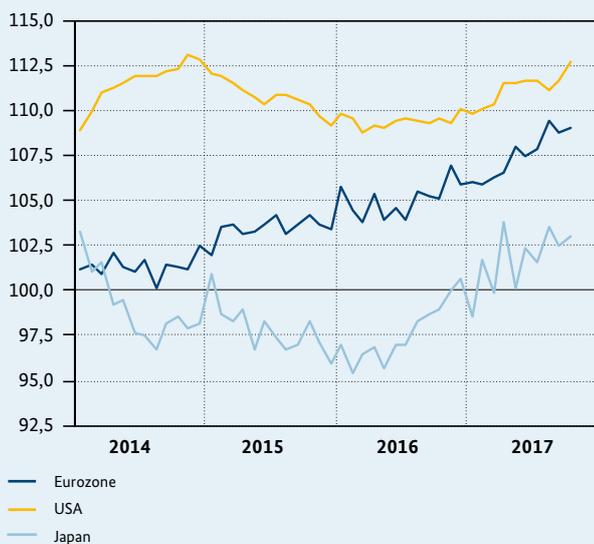
Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: weiter dynamisches Wachstum.

Das außenwirtschaftliche Umfeld hat sich in letzter Zeit deutlich aufgehellt. Die Weltwirtschaft nahm, verglichen mit dem Vorjahr, weiter Fahrt auf. In den Vereinigten Staaten und in Japan hält die konjunkturelle Dynamik an, jüngst wurden die Wachstumszahlen für das dritte Quartal in beiden Ländern aufwärtsrevidiert.¹ Auch für den Euroraum haben sich die Wachstumsaussichten zuletzt verbessert. In den Schwellenländern hat sich das Expansions-tempo ebenfalls belebt. Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft hat sich wieder gefestigt, bleibt aber hinter den Raten der Vorjahre zurück. Russland und Brasilien haben ihre Rezessionsphasen überwunden.

Die Indikatoren zur Weltwirtschaft deuten auf eine Fortsetzung des globalen Aufschwungs hin. Die weltweite Industrieproduktion nahm im September erneut zu und setzte damit ihre aufwärtsgerichtete Entwicklung fort; zuletzt lag sie um 3,9% über dem Niveau des Vorjahres. Der globale Einkaufsmanagerindex von Markit hielt im November sein hohes Niveau und der ifo Index zum Weltwirtschaftsklima weist für das vierte Quartal mit 17,1 Punkten ebenfalls einen hohen positiven Saldo auf.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung.

Die OECD rechnet in ihrem Ausblick vom November mit einem globalen Wachstum von 3,6% nach einem Wachstum von 3,1% im Jahr 2016. Die Chancen und Risiken für die globale Wirtschaft werden gegenwärtig als relativ ausgeglichen eingeschätzt.

USA: Dynamik auch im dritten Quartal.

Die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten wuchs im dritten Quartal saison- und kalenderbereinigt 0,8% und setzte damit ihren Aufschwung fort. Insbesondere die höheren Ausgaben für private Ausrüstungsinvestitionen trugen zu der Wachstumsbeschleunigung bei.

Die Indikatoren zeichnen am aktuellen Rand ein überwiegend positives Bild. Die Industrieproduktion ist im Oktober recht kräftig um 0,9% gestiegen, während die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe nahezu konstant blieben. Der zusammengesetzte Markt Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen und der nationale Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe gingen zuletzt von einem hohen Niveau aus etwas zurück. Der Arbeitsmarkt ist weiterhin in sehr guter Verfassung. Die Beschäftigung setzte im November ihren Aufwärtstrend fort, der Aufwuchs von 228.000 Personen liegt deutlich über dem 12-Monatsdurchschnitt. Die Arbeitslosenquote blieb unverändert bei 4,1%.

Die gute Lage am Arbeitsmarkt und die überwiegend optimistischen Stimmungsindikatoren sprechen ebenfalls für eine Fortsetzung des Wachstums. In seiner Projektion vom November geht die OECD von einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,2% im Jahr 2017 aus. Von einer Umsetzung der geplanten Steuerreform dürften in den kommenden Jahren zusätzliche expansive Impulse ausgehen.

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Dezember 2017 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2016		2017		2017
	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3
Euroraum	0,4	0,6	0,6	0,7	0,6
USA	0,7	0,4	0,3	0,8	0,8
Japan	0,2	0,3	0,4	0,7	0,6

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
	Euroraum	9,0	9,0	8,9	8,8
USA	4,3	4,4	4,2	4,1	4,1
Japan	2,8	2,8	2,8	2,8	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Jul.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
	Euroraum	1,3	1,5	1,5	1,4
USA	1,7	1,9	2,2	2,0	2,2
Japan	0,4	0,7	0,7	0,2	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond.

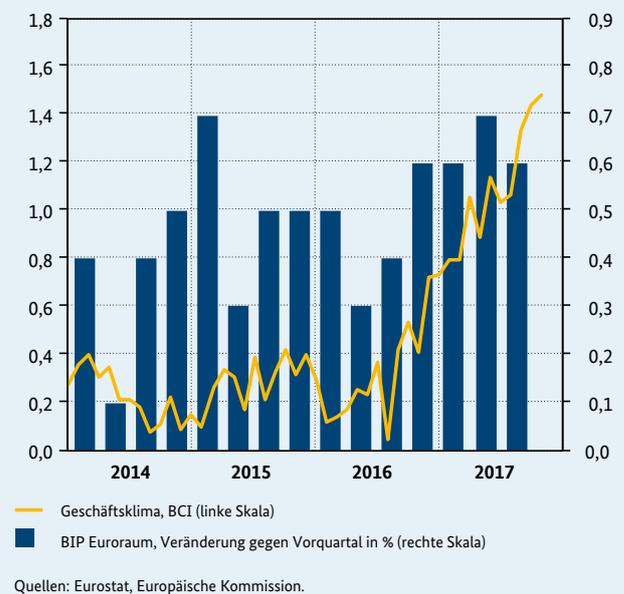
Japan: starkes drittes Quartal.

Im dritten Quartal 2017 ist das japanische BIP nach einem starken zweiten Quartal (+0,7%) erneut kräftig um 0,6% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Vor allem die Investitionen und der Außenhandel trugen zum Wachstum bei, während der private Konsum zurückging.

Aktuelle Indikatoren deuten auf eine weiterhin positive Entwicklung der japanischen Wirtschaft hin. Die Industrieproduktion legte im Oktober nach einem Rückgang im September zu und auch der Tankan-Index weist für das vierte Quartal eine weitere Verbesserung der Geschäftsbedingungen aus. Auch der Markit-Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe stieg aktuell weiter und notiert deutlich oberhalb der Wachstumsschwelle. Im Dezember erreichte er ein 46-Monats-Hoch.

Angesichts der positiven konjunkturellen Entwicklung hat die OECD ihre November-Prognose für das BIP-Wachstum im Jahr 2017 auf 1,5% nach oben korrigiert.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Euroraum und EU: gutes drittes Quartal.

Der Aufschwung im Euroraum setzt sich fort. Die wirtschaftliche Aktivität stieg im dritten Quartal 2017 preis- und saisonbereinigt deutlich um 0,6%.

Die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich nahm im dritten Quartal mit einer Rate von 0,4% zu. Die konjunkturelle Dynamik im Vereinigten Königreich hat sich damit wieder leicht beschleunigt. Spanien verzeichnete mit einer Rate von 0,8% ein starkes drittes Quartal.

Die Indikatoren deuten eine Fortsetzung des Aufschwungs im Eurowährungsgebiet an. Die Industrieproduktion im Euroraum (Verarbeitendes Gewerbe) ist im Oktober im Vergleich zum Vormonat um 0,2% gestiegen, während sie im September kräftig um 0,6% zurückgegangen war. Sowohl der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission als auch der Markit Einkaufsmanagerindex für Dienstleistungen und Industrie sind zuletzt weiter gestiegen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum verringerte sich im Oktober auf 8,8% und erreicht damit den niedrigsten Stand seit Anfang 2009.

Die OECD erwartet in ihrer aktuellen Prognose ein Wirtschaftswachstum im Eurogebiet von 2,4%. Sie hat damit ihre Erwartungen angehoben. Der Brexit-Prozess bleibt aber bis auf weiteres ein Risikofaktor für die Konjunktur.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung.

Die deutsche Konjunktur befindet sich in einem dynamischen Aufschwung. Im dritten Quartal war die Wirtschaftsleistung (BIP) stark um preis-, saison- und kalenderbereinigt 0,8% gestiegen.² Die Konjunktur war bereits im ersten Halbjahr kräftiger als bisher statistisch ausgewiesen. Angesichts der Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf zeichnet sich ein starkes Jahresergebnis ab.³ Im dritten Quartal lieferte insbesondere der positive Außenbeitrag in Höhe von 0,4 Prozentpunkten Impulse, weil die Exporte stärker expandierten als die Importe. Angesichts ausgelasteter Produktionskapazitäten und günstiger Finanzierungsbedingungen zogen die privaten Investitionen in Ausrüstungen an; sie stiegen im dritten Quartal um 2,8%. Zudem kam es zu einem Vorratsaufbau. Der private Konsum, wesentlicher Wachstumstreiber der letzten Jahre, stagnierte vorübergehend (-0,1%). Der Beschäftigungsaufwuchs setzte sich nahezu ungebremst fort und auch die Einkommen nahmen im abgelaufenen Quartal weiter zu. Insgesamt dürfte sich

die gute wirtschaftliche Entwicklung zum Jahresende 2017 fortsetzen. Der Anstieg der Industrieproduktion könnte allerdings im vierten Quartal geringer ausfallen. Die konjunkturelle Grundtendenz bleibt aber kräftig. Hierauf weisen auch die rekordverdächtigen Stimmungsindikatoren hin.

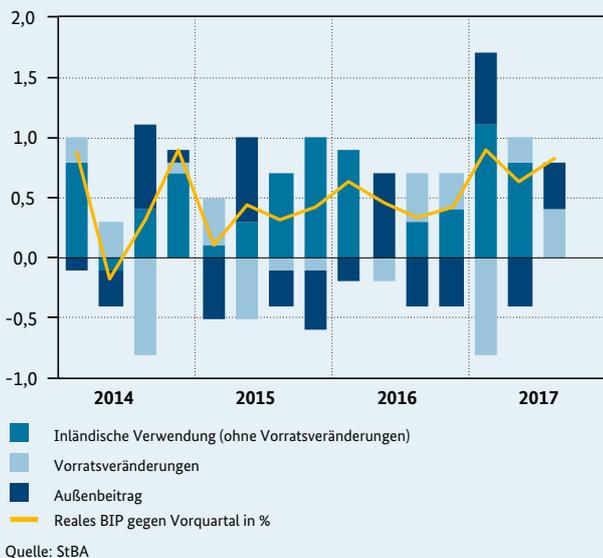
2. Produzierendes Gewerbe

Die Industrieproduktion ist nur vorübergehend ruhiger.

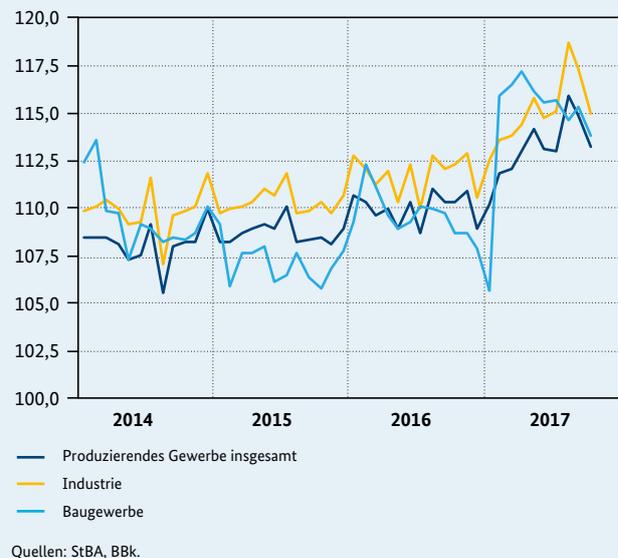
Die Bauwirtschaft kämpft mit Kapazitätsproblemen und Fachkräftemangel.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe hat im Herbst an Schwung verloren. Mit einem Rückgang von 1,4% fiel die Erzeugung im Oktober bereits den zweiten Monat in Folge geringer aus. Allerdings dürften Brückentage das Ergebnis spürbar gedämpft haben, da sowohl der Reformations- tag als auch der Tag der deutschen Einheit in diesem Jahr auf einen Dienstag gefallen sind. Sowohl die Auftragseingänge in der Industrie als die Stimmungsindikatoren sprechen dafür, dass die Industriekonjunktur weiter intakt ist.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts
(Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, preis-, kalender- und saisonbereinigt)



Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



2 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. Dezember 2017 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

3 Erste Ergebnisse für das Jahr 2017 veröffentlicht das Statistische Bundesamt am 11. Januar 2018.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
Produktion					
Insgesamt	1,4	1,8	3,1	-1,2	-2,0
Vorleistungsgüter	1,8	1,7	1,6	-0,5	-1,0
Investitionsgüter	1,5	2,0	4,8	-2,3	-2,7
Konsumgüter	0,8	1,8	1,8	0,1	-2,6
Umsätze					
Insgesamt	1,8	1,9	3,5	-1,3	-2,0
Inland	1,5	0,8	3,3	-1,1	-1,1
Ausland	2,0	3,0	3,6	-1,6	-2,7
Auftragseingänge					
Insgesamt	0,8	3,7	4,1	1,2	0,5
Inland	0,4	3,2	3,2	0,1	0,4
Ausland	1,1	4,0	4,7	1,9	0,5
Vorleistungsgüter	0,8	4,7	7,4	-3,7	-0,4
Investitionsgüter	0,6	3,5	1,7	5,0	0,9
Konsumgüter	2,5	0,2	6,0	-3,1	0,6

Quellen: StBA, BBk.

Die Industrieproduktion ist im Oktober um 2,0% zurückgegangen. Insbesondere die Produzenten von Investitions- und Vorleistungsgütern haben ihren Output verringert. So ist beispielsweise die Produktion in der Kfz-Branche um 5,8% geringer ausgefallen als im Monat zuvor. In diesen Bereichen dürften sich die genannten Brückentageeffekte am stärksten ausgewirkt haben. In der Tendenz bleibt die Industrieproduktion aber klar aufwärtsgerichtet.

Die zuletzt schwächeren Produktionsdaten spiegeln sich auch in der Umsatzentwicklung wider. Diese sind im Oktober ebenfalls um 2,0% zurückgegangen, steigen tendenziell aber weiter an. Im Dreimonatsvergleich legten die Umsätze um 1,9% zu. Dabei entwickelt sich das Auslandsgeschäft etwas dynamischer als die Inlandsumsätze.

Das deutlichste Signal für eine Fortsetzung der schwungvollen Industriekonjunktur kommt von den Auftragseingängen. Die Bestelltätigkeit wurde im dritten Quartal sehr kräftig um 3,7% ausgeweitet und ist im Oktober dank zahlreicher Großaufträge weiter gestiegen. Sowohl die Inlandsbestellungen als auch die Nachfrage aus dem Ausland zogen deutlich an. Die Entwicklung erinnert an das starke Auftragsplus zum Jahresende 2016, welches den starken Produktionsanstieg im ersten Halbjahr 2017 vorausging.

Auftragseingang in der Industrie

(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



— Monate
— gleitender 3-Monats-Durchschnitt

Quellen: StBA, BBk.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe

(saisonbereinigt, Salden)



— Geschäftsklima
— Geschäftserwartungen
— Geschäftslage

Quelle: ifo Institut.

Letztlich sprechen auch die Stimmungsindikatoren für eine Fortsetzung des Aufschwungs in der Industrie. Das Ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe ist weiter gestiegen und befindet sich auf einem neuen Allzeithoch. Auch der Markit-Einkaufsmanagerindex legte nochmals zu und bewegt sich mit mehr als 63 Punkten klar über der Wachstumsschwelle.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
Insgesamt	3,2	-0,9	-0,9	0,6	-1,3
Bauhauptgewerbe	5,1	-0,8	0,0	0,1	-1,9
Ausbaugewerbe	0,7	-1,1	-2,0	1,3	-0,4

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
Insgesamt	-3,1	-2,5	-0,5	-3,2	0,7
Hochbau	-3,4	-3,6	-2,3	-2,3	-1,6
Wohnungsbau*	-4,5	-4,5	-6,1	-1,0	-6,9
Gewerblicher*	-5,5	-2,8	6,2	-7,4	2,6
Öffentlicher*	9,9	-3,6	-17,7	14,3	0,5
Tiefbau	-2,5	-1,3	1,7	-4,2	3,3
Straßenbau*	-6,2	-7,2	-0,1	-11,1	3,7
Gewerblicher*	-5,5	5,7	7,9	-1,8	0,1
Öffentlicher*	6,8	-1,1	-2,9	2,2	6,9
Öffentlicher Bau insg.	0,8	-4,4	-4,5	-2,2	4,3

Quellen: StBA, BBk.

* Angaben in jeweiligen Preisen

Die schwächeren Ergebnisse im September und Oktober sollten daher nicht verunsichern. Auch wenn das Ergebnis für das vierte Quartal etwas vorbelastet ist, lassen die dynamische Entwicklung der Auftragseingänge und die gute Stimmung eine Fortsetzung des Aufschwungs im weiteren Verlauf erwarten.

Die Bauproduktion entwickelt sich dagegen eher schleppend. Im Oktober war ein Rückgang von 1,3% zu verzeichnen und auch im Trend geht die Bautätigkeit seit dem Frühjahr 2017 zurück. Die Auslastung der Produktionskapazitäten hat möglicherweise ein Niveau erreicht, das eine weitere Steigerung der Bauproduktion Grenzen setzt. Außerdem wird der Fachkräftemangel ein Problem. In einer Umfrage des ifo Instituts gaben im November knapp ein Fünftel der Bauunternehmen an, dass fehlende Arbeitskräfte die Ausweitung der Bautätigkeit behindern. Gegenüber dem Vorjahr hat sich dieser Wert verdoppelt und liegt deutlich über dem langfristigen Mittelwert von etwa 3%.

Aber auch die Nachfrage nach Bauleistungen scheint sich im Verlauf des Jahres 2017 abgeschwächt zu haben. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe konnten im September leicht zulegen, blieben in der Tendenz aber weiter abwärtsgerichtet. Im dritten Quartal gingen die Auftrags-

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

eingänge um 2,5% zurück, nach einem Rückgang von 3,1% im Vorquartal.

Auch die Zahl der erteilten Baugenehmigungen nahm im dritten Quartal um 4,5% ab, vor allem im Wohnungsbau. Die Bauzinsen sind zum Jahreswechsel 2016/2017 etwas angestiegen, blieben aber in den letzten Monaten weitestgehend stabil.

Die Stimmung im Bauhauptgewerbe ist angesichts der hohen Auslastung und der Durchsetzbarkeit von Preissteigerungen weiterhin hervorragend. Das ifo Geschäftsklima hatte im Oktober einen neuen Höchstwert erreicht. Ausgehend von diesem hohen Niveau haben sich die Erwartungen und die Lageeinschätzung im November etwas verschlechtert.

3. Privater Konsum

Privater Konsum legt im dritten Quartal eine Verschnaufpause ein.

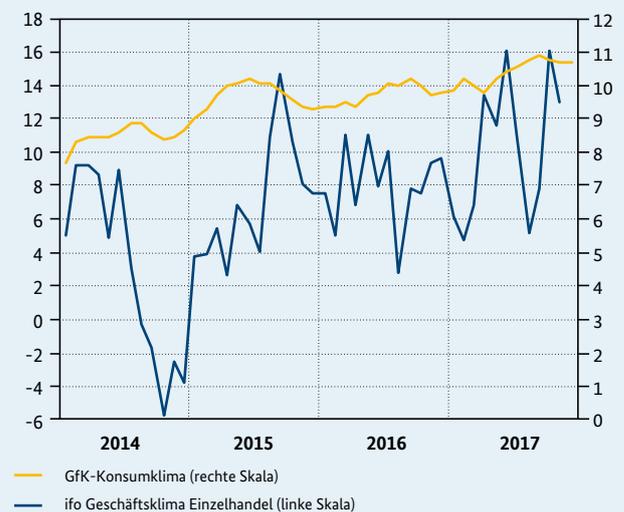
In den ersten beiden Quartalen waren die privaten Konsumausgaben sehr kräftig um 0,8% bzw. 0,9% ausgeweitet worden. Angesichts der guten Situation am Arbeitsmarkt

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK.

und steigender Einkommen bildet der private Konsum ein wichtiges Standbein im aktuellen Aufschwung.

Auch wenn die Indikatoren eine schwächere Entwicklung angezeigt hatten, ist es dennoch erstaunlich, dass die privaten Konsumausgaben im dritten Quartal saisonbereinigt mehr oder weniger stagnierten (-0,1%) – zumal Beschäftigung und Einkommen weiter expandierten. Auch andere Verfahren der Saisonbereinigung, wie das „Berliner Verfahren“, kommen nur auf ein leichtes Plus von 0,2%.

In der Tat entwickelte sich der Einzelhandel zuletzt etwas schwächer. Nachdem die Umsätze im Einzelhandel im dritten Quartal nur um 0,2% zulegten, geriet auch der Einstieg in das vierte Quartal holprig. Im Oktober gingen die Umsätze um 1,0% zurück. Die Umsätze im Kfz-Handel sind dagegen weiter gestiegen (September: +0,5%). In der Tendenz steigt auch die Zahl der privaten Neuzulassungen spürbar an; im November gab es einen Anstieg von 6,1%.

Die Stimmung im Einzelhandel blieb trotz der schwächeren Umsatzzahlen gut. Im Durchschnitt der Monate Oktober und November lag das entsprechende ifo Geschäftsklima über dem Niveau des dritten Quartals. Vor allem die Geschäftserwartungen haben sich zuletzt merklich aufgehellt. Auch das Konsumklima blieb auf seinem sehr hohen Niveau. Vor allem die hohe Anschaffungsneigung spricht für eine weiterhin intakte Konsumnachfrage. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt dürfte die Binnennachfrage weiter stützen.

4. Außenwirtschaft

Das aufgehellte außenwirtschaftliche Umfeld sorgt für gute Stimmung in der Exportwirtschaft.

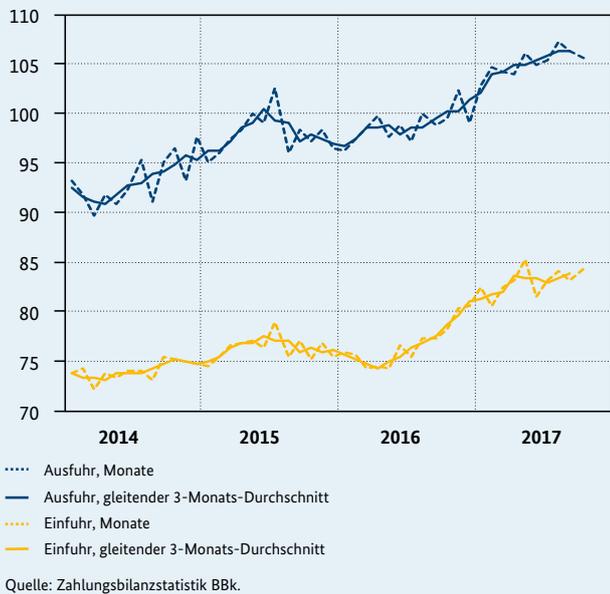
Die Aufwärtsdynamik der Exporte hat zuletzt allerdings etwas abgenommen.

Im Oktober 2017 wurden von Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 128,6 Mrd. Euro exportiert. Damit erhöhten sich die Ausfuhren um saisonbereinigt 0,2% nach einem leichten Rückgang im September. Der Dreimonatsvergleich belegt, dass die Ausfuhren in der Tendenz weiterhin aufwärtsgerichtet sind, wenn auch mit etwas abnehmender Dynamik. Die Ausfuhrpreise haben sich im gleichen Zeitraum kaum verändert, sodass der Anstieg der Warenausfuhren preisbereinigt ähnlich stark ausfallen dürfte.

Den Ausfuhren standen im Oktober Einfuhren in Höhe von 111,8 Mrd. Euro gegenüber. Bei einem Zuwachs von 1,9% im Oktober ergab sich im Dreimonatsvergleich eine Ausweitung der Einfuhren um insgesamt 0,7%. Die Einfuhrpreise haben sich im selben Zeitraum nur minimal erhöht, sodass die preisbereinigten Einfuhren ähnlich stark ausfallen dürften.

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Der Saldo beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag in den ersten zehn Monaten des Jahres 2017 bei kumuliert 200,8 Mrd. Euro und damit saisonbereinigt um 1,4% unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

Außenhandel*

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik)					
Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,3	1,3	1,9	-1,5	0,2
Einfuhr	1,9	0,4	0,6	-1,2	1,9
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik)					
Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	3,8	6,4	7,3	4,5	6,8
Eurozone	5,4	7,0	10,3	4,2	8,6
EU Nicht-Eurozone	3,1	4,4	5,7	1,6	9,1
Drittländer	2,9	7,1	5,9	6,5	4,1
Einfuhr	8,3	7,7	8,2	5,4	8,3
Eurozone	5,3	6,8	10,2	3,6	9,3
EU Nicht-Eurozone	8,0	9,9	11,4	6,6	11,9
Drittländer	12,7	7,5	4,2	7,0	4,8

Quellen: StBA, BbK.

* Angaben in jeweiligen Preisen

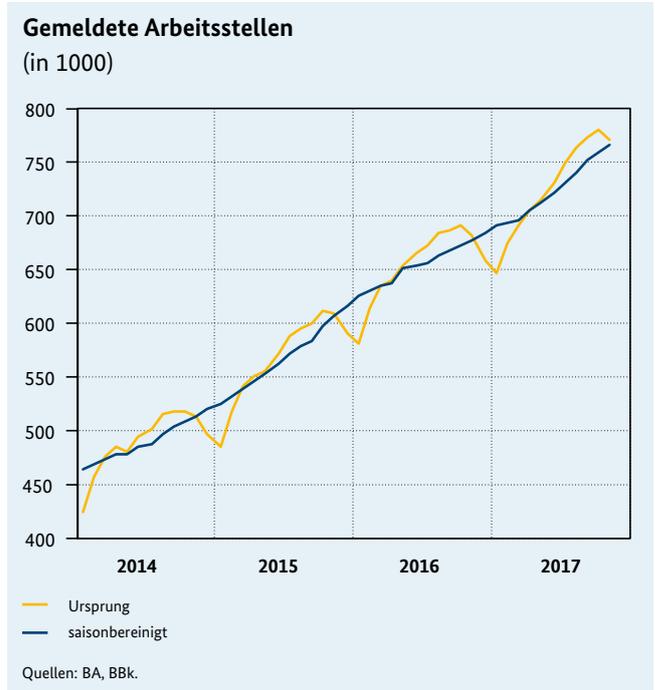
Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft deuten überwiegend auf eine positive Entwicklung der Exporte hin. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind im November erneut gestiegen und befinden sich nunmehr auf dem höchsten Stand seit Januar 2011. Die Auslandsorders in der Industrie haben sich im Oktober saisonbereinigt moderat um 0,5% erhöht. Allerdings sind die Auslandsumsätze wohl auch wegen Brückentagen zum zweiten Mal in Folge gesunken (-2,7%). Der nominale Wechselkurs des Euro hat gegenüber den wichtigsten deutschen Handelspartnern nach Berechnungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) im Oktober im Vergleich zum Vormonat um 0,1% abgewertet.

5. Arbeitsmarkt

Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im Oktober deutlich.

Die Frühindikatoren signalisieren gute Aussichten für den Arbeitsmarkt.

Die Grundtendenzen am Arbeitsmarkt sind unverändert positiv. Die Erwerbstätigkeit wächst um Saisoneinflüsse bereinigt seit dem zweiten Quartal etwas moderater als im letzten Winterhalbjahr. Der Anstieg der Beschäftigung wird vom Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. Im September stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung saisonbereinigt aber etwas weniger stark als die Erwerbstätigkeit insgesamt. Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung sind weiterhin auf dem Rückzug. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte mit 2,37 Mio. Personen ihren niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Zukünftig könnte sich der Abbau der Arbeitslosigkeit etwas verlangsamen, weil Personen mit Migrationshintergrund nach dem Abschluss ihrer unterstützenden Kurse bei der Arbeitsplatzsuche nicht sofort erfolgreich sind.

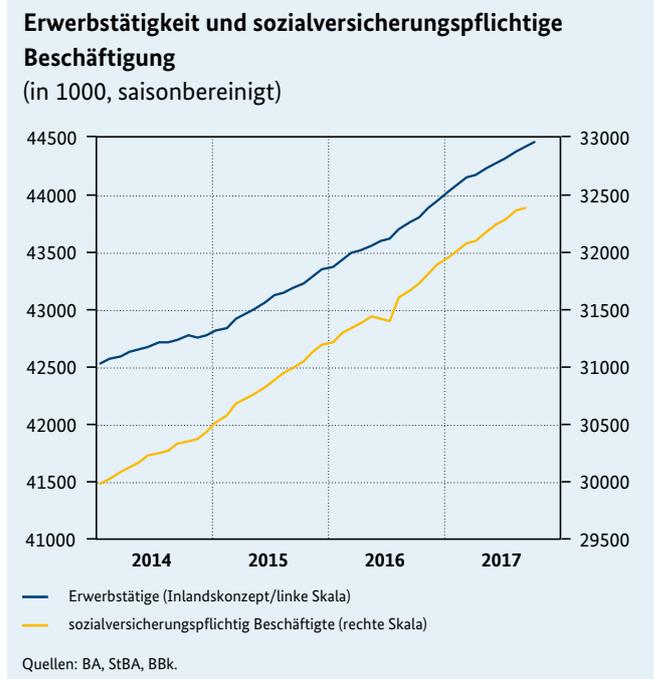


Die Frühindikatoren signalisieren im Oktober für den Arbeitsmarkt gute Perspektiven. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X), der die Nachfrage nach Arbeitskräften beschreibt, und das ifo Beschäftigungsbarometer erzielten neue Rekordwerte. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stieg auf den höchsten Wert seit Juli 2011 und zeigt eine sehr hohe Einstellungsbereitschaft in weiten Teilen der Wirtschaft an. Die Beschäftigung dürfte demnach weiter kräftig steigen.

Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland nahm im Oktober saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 41.000 Personen zu. Damit war der Zuwachs etwas geringer als in den beiden Vormonaten. In Ursprungszahlen wurden gut 44,7 Mio. Erwerbstätige ermittelt, 650.000 mehr als vor einem Jahr.

Bislang erfolgte der Anstieg der Erwerbstätigkeit vor allem bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Der saisonbereinigte Zuwachs im September war mit 35.000 Personen zwar immer noch beachtlich, aber erstmals seit fünf Monaten nicht mehr größer als der Anstieg der Erwerbstätigen.

In nahezu allen Branchen sind mehr Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt als vor einem Jahr. Den absolut stärksten Anstieg gab es Stand September bei den



Qualifizierten Unternehmensdienstleistungen (+101.000 Personen), im Bereich Pflege und Soziales (+83.000) und bei den Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (+66.000). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (-17.000 Personen) geht weiter zurück.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q2	Q3	Sept.	Okt.	Nov.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,513	2,504	2,449	2,389	2,368
gg. Vorjahr in 1.000	-161	-147	-159	-151	-164
gg. Vorperiode in 1.000*	-42	-22	-23	-12	-18
Arbeitslosenquote	5,6	5,6	5,5	5,4	5,3

Erwerbstätige (Inland)

	Q2	Q3	Aug.	Sept.	Okt.
in Mio. (Ursprungszahlen)	44,2	44,5	44,5	44,7	44,7
gg. Vorjahr in 1.000	667	668	667	655	650
gg. Vorperiode in 1.000*	138	134	58	43	41

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q2	Q3	Juli	Aug.	Sept.
in Mio. (Ursprungszahlen)	32,1	32,4	32,1	32,4	32,7
gg. Vorjahr in 1.000**	753	783	871	750	727
gg. Vorperiode in 1.000*	154	174	46	76	35

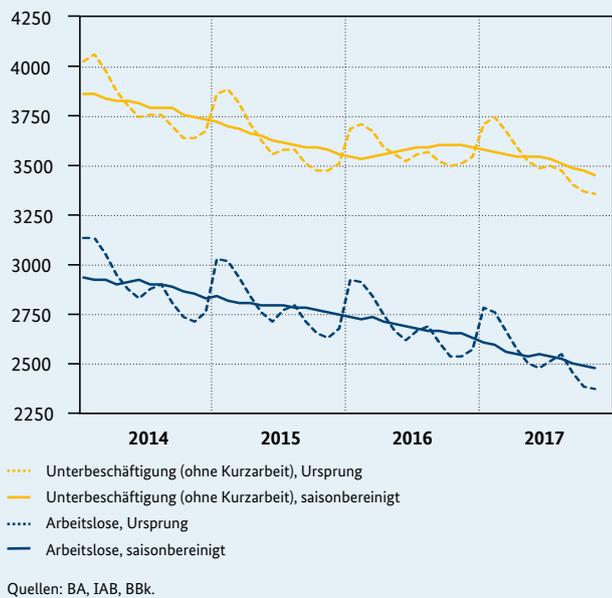
* kalender- und saisonbereinigte Angaben
 ** Vorjahresveränderungswerte sind im Juni und Juli überzeichnet.
 Quellen: BA, StBA, BBk.

Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im November saisonbereinigt um 18.000 Personen ab, nach einem Rückgang im Oktober um 12.000. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war weiter vom Umfang entlastender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beeinflusst. Die sogenannte Fremdförderung, die unter anderem Integrations- und Sprachkurse umfasst, geht tendenziell zurück. Dies übt einen Aufwärtssdruck auf die Arbeitslosigkeit aus. Nach Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit im November auf 2,37 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde damit um 164.000 Personen unterschritten⁴. Die Arbeitslosenquote sank auf 5,3%. Allerdings sind die Beschäftigungschancen regional weiterhin sehr heterogen. Dies zeigen zum Beispiel die Arbeitslosenquoten auf Kreisebene, die in einer Spanne zwischen weniger als 1 ½% und reichlich 13 ½% liegen. Auch die weiterhin hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen, im November waren dies 862.000 Personen, deutet auf strukturelle Herausforderungen am Arbeitsmarkt hin.

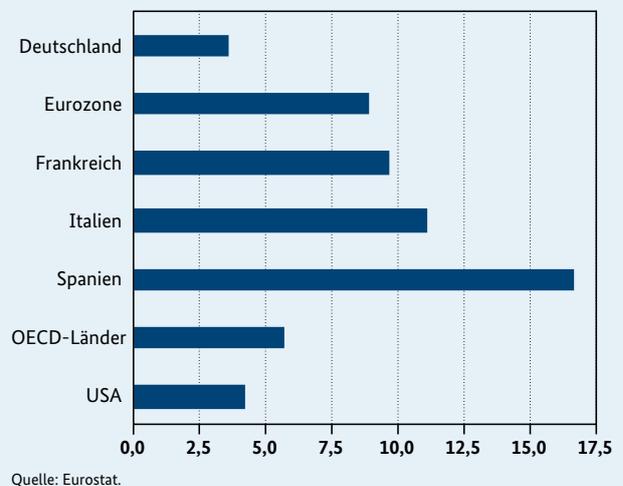
Die saisonbereinigte Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) lag im Oktober weiterhin bei 3,6%. Die Quote ist im internationalen Vergleich äußerst niedrig.

Die Unterbeschäftigung, die neben Arbeitslosen auch Personen umfasst, die ihren Wunsch nach Beschäftigung nicht realisieren können und daher zunächst an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen oder kurzfristig arbeitsunfähig sind, verringerte sich saisonbereinigt im November

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (in 1000)



Internationale Erwerbslosenquoten (ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: September 2017)



4 Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im Vorjahresvergleich um 155.000 Personen bzw. 8,2%. Sie verringerte sich erstmals auch bei ausländischen Staatsbürgern (-8.000 bzw. -1,3%), die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern stieg im November zum Vorjahr jedoch um 13.000 Personen (+8%) weiter an.

gegenüber dem Vormonat um 21.000 Personen und damit etwas stärker als die Arbeitslosigkeit. Nach den Ursprungszahlen (ohne Kurzarbeit) belief sie sich auf 3,36 Mio. Personen. Sie ist damit um rund eine Million Personen höher als die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Im Vergleich zum Vorjahr war der Rückgang mit 149.000 Personen kräftiger als in den vorangegangenen eineinhalb Jahren.

Die Arbeitslosigkeit sinkt weiterhin nicht in dem Maße, wie die Beschäftigung zunimmt. Der Beschäftigungsaufbau erfolgt überwiegend aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotentials durch Zuwanderung⁵ sowie eine steigende Erwerbsneigung insbesondere von Frauen und älteren Erwerbspersonen. Arbeitslose und andere Unterbeschäftigte profitieren weniger von der gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften, da oftmals die Profile der Arbeitslosen hinsichtlich Beruf und Qualifikation nicht den Anforderungen der Unternehmen entsprechen oder größere räumliche Distanzen der Vermittlung entgegenstehen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung erfolgt dadurch schleppender.

6. Preise

Der Rohölpreis setzt den Aufwärtstrend fort und erreicht im Dezember 2017 seinen Jahreshöchststand.

Die Verbraucherpreise lagen im November um 1,8 % über Vorjahresniveau.

Die Preisentwicklung in Deutschland hat sich im Jahr 2017 spürbar beschleunigt. Vor allem auf den vorgelagerten Absatzstufen der Einfuhr- und Erzeugerpreise zeigt sich ein steigender Trend. Ursächlich hierfür ist in erster Linie, dass nach vier rückläufigen Jahren die Energiepreise wieder gestiegen sind. Der Preisauftrieb bei den Verbraucherpreisen zog im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls an, bleibt aber insgesamt moderat. Die Bundesbank hat dementsprechend ihre Preisprognosen nach oben revidiert. Sie geht in ihrer aktuellen Prognose vom Dezember von einem durchschnittlichen Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in Höhe von 1,7 % im Jahr 2017 und 1,6 % im Jahr 2018 aus.

Der Rohölpreis der europäischen Leitsorte Brent erhöhte sich seit Mitte 2017 angesichts einer starken Weltkonjunktur und eines verknappten OPEC-Angebotes kontinuierlich. Im Dezember erreichte der Preis einen neuen Jahreshöchstwert. Zuletzt notierte er mit ca. 63 US-Dollar knapp 3 % über Vormonatsniveau. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Rohölpreis um ca. 18 %, in Euro gerechnet schwächer um ca. 6 %.

Die Einfuhrpreise legten im Oktober gegenüber September um 0,6 % zu. Der Anstieg wurde vor allem von den gestiegenen Preisen für Energieprodukte und Vorleistungsgüter beeinflusst. Die Preise von importierten Konsum- und Investitionsgütern veränderten sich dagegen kaum. Im Vergleich zum Vorjahr schwächte sich die Teuerung im Oktober begünstigt durch einen Basiseffekt auf 2,6 % ab. Preistreibend blieb auf Jahressicht in erster Linie die Energiekomponente, darüber hinaus war für Metalle und chemische Grundstoffe spürbar mehr zu zahlen. Dies bewirkte deutlich höhere Preise bei importierten Vorleistungsgütern.

Rohölpreis der Sorte Brent
(je Barrel)



5 Die Zuwanderung aus den aktuellen Zuwanderungsländern (Länder der EU-Osterweiterung; Griechenland, Italien, Portugal und Spanien; Asylzugangsländer) hat das Arbeitskräfteangebot erhöht und zu mehr Beschäftigung (im September Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um 295.000 Personen), aber auch zu mehr Arbeitslosen (im November +5.000 Personen gegenüber dem Vorjahr) aus diesen Ländern geführt. Die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern stieg im November zum Vorjahr um 13.000 Personen (+8 %), die Unterbeschäftigung um 66.000 Personen (+18 %).

Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Okt.	Nov.	Okt.	Nov.
Insgesamt	0,0	0,3	1,6	1,8
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	-0,2	0,3	1,2	1,5
Nahrungsmittel	0,8	0,3	4,3	3,2
Wohnung, Betriebskosten	0,2	0,3	1,5	1,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	-1,4	1,5	1,0	2,6
Pauschalreisen	-7,1	5,9	-1,0	4,9
Energie	-0,1	1,3	1,2	3,7
Haushaltsenergie	0,3	0,7	1,2	2,7
Strom	0,0	0,1	1,9	2,0
Heizöl	2,2	5,2	3,8	15,1
Kraftstoffe	-0,8	2,6	1,2	5,9
Insgesamt (saisonbereinigt)	-0,1	0,4	-	-

Quellen: StBA, BBk.

Die Preise für deutsche Exportwaren stiegen im Oktober gegenüber dem Vormonat leicht um 0,1% an. Vorleistungsgüter wurden teurer, während sich die Preise im Energie- und im Konsumbereich etwas verbilligten. Binnen Jahresfrist legten die Ausfuhrpreise mit einer Rate von +1,5% moderat zu. Die Terms of Trade haben sich aus deutscher Sicht im Oktober den dritten Monat in Folge ungünstig entwickelt. Die Preisrelation im Außenhandel verschlechterte sich um 0,6% im Vormonatsvergleich und um 1,1% im Vorjahresvergleich. Maßgebend hierfür ist der gestiegene Importpreisdruck im Zusammenhang mit den höheren Rohölnotierungen.

Die Erzeugerpreise nahmen von September auf Oktober um 0,3% zu, vor allem weil Energieprodukte auf der Produzentenstufe teurer wurden. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Preise, die Hersteller für ihre Waren erhalten, mit +2,7% etwas weniger stark als im Vormonat, wobei insbesondere Vorleistungsgüter überdurchschnittliche Preiserhöhungen verzeichneten. Konsumgüter verteuerten sich aufgrund des Preisschubs bei Nahrungsmitteln ebenfalls spürbar.

Die Verbraucherpreise stiegen im November gegenüber dem Vormonat um 0,3%. Dabei legten die Preise für Energie kräftiger zu, der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln blieb etwas schwächer. Die Inflationsrate – die Preissteigerung auf Jahressicht – erhöhte sich im November wieder leicht auf 1,8%. Kennzeichnend für die Preisentwicklung im Jahresvergleich waren höhere Kraftstoff- und Heizölpreise im

Zuge der Rohölpreisentwicklung. Zudem wurde die Inflationsrate durch Preisanhebungen bei Nahrungsmitteln, zum Beispiel für Butter, beeinflusst. Ohne diese volatilen Komponenten erhöhte sich die Kerninflation im November auf +1,5% und lag damit weiterhin deutlich oberhalb des langfristigen Durchschnitts.

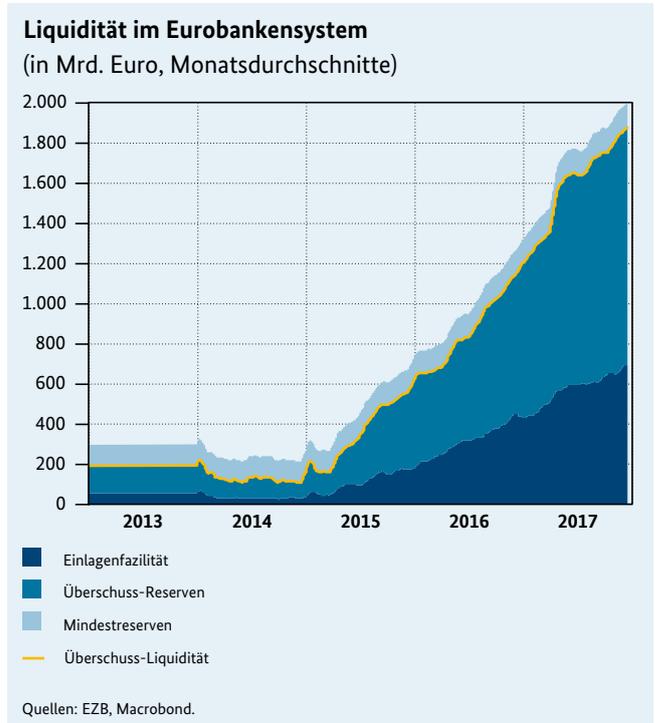
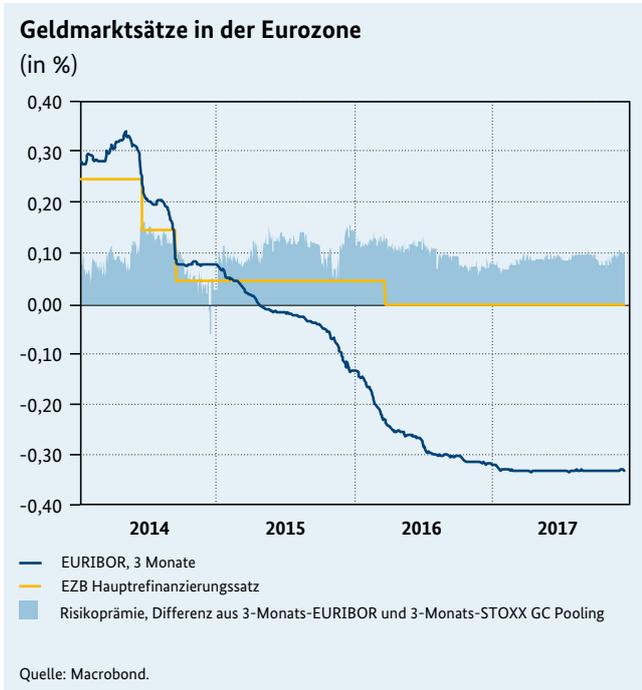
7. Monetäre Entwicklung

Die Europäische Zentralbank belässt ihren Leitzins unverändert bei 0,0%.

Amerikanische Notenbank hebt Leitzins zum dritten Mal in 2017 an.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist weiterhin expansiv ausgerichtet. Seit März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,0%. Für die Einlagefazilität fällt ein Zins in Höhe von -0,4% an, der Spitzenrefinanzierungssatz liegt bei 0,25%. Auf ihrer letzten Sitzung am 14. Dezember entschied die EZB, den Leitzins nicht zu verändern. Sie bekräftigte, im nächsten Jahr ab Januar und bis mindestens September monatliche Anleihenkäufe in Höhe von 30 Mrd. Euro zu tätigen.

Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,0 auf derzeit über 4,4 Billionen

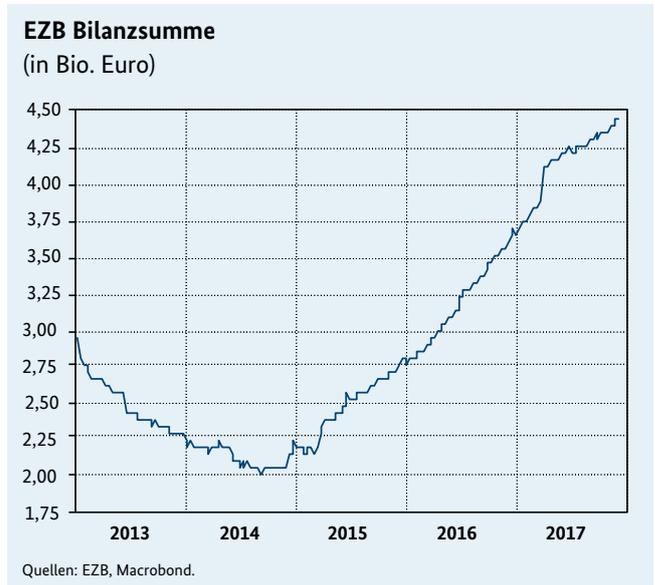


Euro mehr als verdoppelt. Jüngst betont die EZB zunehmend eine sich fortsetzende, solide Erholung der Konjunktur im Euroraum. Gleichzeitig gibt es nur verhaltene Anzeichen für eine sich beschleunigende Kerninflation. Die Änderungsrate des harmonisierten Konsumentenpreisindex blieb im September unverändert.

Die Überschussliquidität drückt den Interbankenzins in Richtung des Einlagezinssatzes. Der besicherte Interbankenzins (Eurepo) beläuft sich derzeit auf -0,4 %, der unbesicherte (EURIBOR) bei -0,3 %.

Die US-amerikanische Notenbank (Fed) setzt die geldpolitische Normalisierung weiter fort. Auf ihrer letzten Sitzung am 13.12. hob sie den US-Leitzins zum dritten Mal im Jahr 2017 um 25 Basispunkte an. Damit liegt der Zins nun in einer Bandbreite von 1,25 bis 1,50 %. Jerome Powell, der neue Vorsitzende und Nachfolger von Janet Yellen wird ab Februar die Geschäfte übernehmen. Die Zinsen für zehnjährige amerikanische Staatsanleihen liegen aktuell bei etwa 2,4 %. Damit liegen die Sätze deutlich über denen für Staatsanleihen aus Ländern der Eurozone.

Der Wert des Euro legte gegenüber dem US-Dollar im Vormonatsvergleich etwas zu; er notiert derzeit bei 1,18 Dollar. Gegenüber dem japanischen Yen schwankt der Euro seit Mitte September recht stabil zwischen ca. 132 und 134 Yen.



Im Jahresverlauf 2017 wertete der Euro gegenüber beiden Währungen deutlich auf. Nach einem Hoch im Spätsommer 2017 blieb der Euro gegenüber dem Pfund in den letzten Monaten recht stabil und liegt derzeit bei etwa 0,88 Pfund. Der reale effektive Wechselkurs Deutschlands (Konumentenpreise) gegenüber 56 Handelspartnern hat sich von Oktober auf November nicht verändert.

Die Umlaufrendite von Bundesanleihen mit 10-jähriger Laufzeit beträgt gegenwärtig etwa 0,32 %. Wenngleich Zinsniveauunterschiede existieren, rangieren die Renditen auf Staatsanleihen der Eurostaaten allgemein auf niedrigem Niveau; mit Ausnahme Griechenlands beträgt die Spanne etwa 0,32 bis 1,83 %. Auch die Renditen auf Unternehmensanleihen bleiben niedrig; Anleihen mit sehr guter Bonität (AA) und einer Laufzeit von 10 Jahren liegen bei 0,88 %.

Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland zieht weiter an. Im Oktober 2017 lagen die Buchkredite nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften rund 4,2 % über dem Vorjahresniveau. Nachfrageseitig zeigen die Oktober-Ergebnisse der Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey), dass die Anfragen von Unternehmen nach Krediten weiter zunehmen. Auf der Angebotsseite wurden Vergabestandards etwas gelockert.

Die Kreditvergabe an private Haushalte lag im Oktober um 3,2 % über Vorjahreswert. Der stärkste Treiber dieser Entwicklung blieb weiterhin der Zuwachs bei den Wohnungsbaukrediten (+4,2 %), die durch das niedrige Zinsniveau und eine starke Nachfrage begünstigt werden.

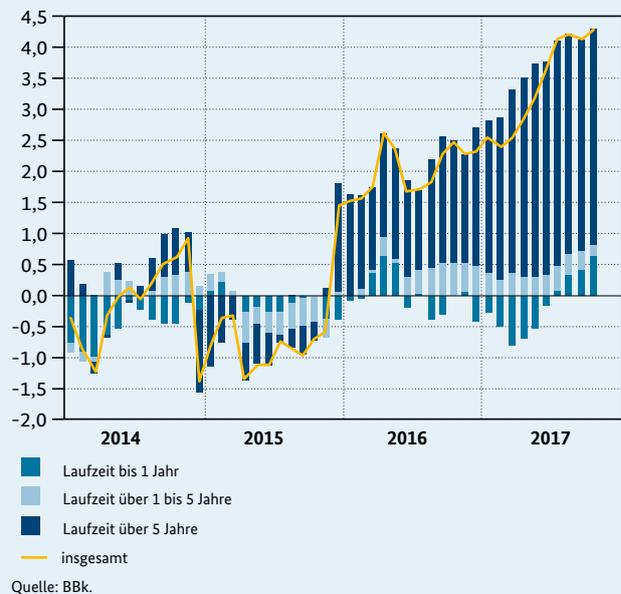
Die Kreditvergabe im Euroraum zieht ebenfalls deutlich an. Im Oktober stieg das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften um 2,9 % im Vergleich zum Vorjahr. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg um 2,7 %.

Der Zinsabstand für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums nahm im Oktober etwas zu. Eine längerfristige Betrachtung seit 2013 zeigt jedoch deutlich einen fallenden Trend. Nichtfinanzielle ausländische Kapitalgesellschaften im Euroraum mussten durchschnittlich 1,1 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen zahlen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag diese Differenz noch bei 2,4 Prozentpunkten.

Die Geldmenge M3 des Euroraums wächst weiter. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie im Oktober 2017 um 5,0 % zu. Dabei ist der Anstieg maßgeblich auf die Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurückzuführen, die im Vergleich zum Vorjahr – auch im Zuge des erweiterten Anleihekaufprogramms der EZB – um 9,4 % gestiegen ist. Das Geldmengenwachstum blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 betrug das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7 %.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)



III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2015			2016				2017			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,8
Inländische Verwendung	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,9	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,4
Private Konsumausgaben ³	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	- 0,1
Konsumausgaben des Staates	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,6	0,0	+ 0,8	+ 2,5	+ 1,2	- 1,2	+ 0,5	0,0	+ 2,9	+ 1,5	+ 0,4
Ausrüstungen	- 0,5	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,4	- 1,8	+ 0,7	- 1,3	+ 2,3	+ 3,3	+ 1,5
Bauten	- 1,3	- 1,1	+ 0,1	+ 2,4	+ 2,0	- 1,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 3,5	+ 0,5	- 0,4
Sonstige Anlagen	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,9	- 0,4	+ 2,0	+ 0,9	+ 0,6
Exporte	+ 0,7	+ 1,7	+ 0,3	- 0,5	+ 1,0	+ 1,3	- 0,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,7
Importe	+ 2,0	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,7	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,4	+ 0,9
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	+ 0,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	- 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,4
Private Konsumausgaben ³	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	- 0,1
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	0,0	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	0,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,1
Ausrüstungen	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Bauten	- 0,1	- 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	0,0
Sonstige Anlagen	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	+ 0,4	- 0,5	- 0,1	- 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,4	+ 0,3	- 0,8	+ 0,2	+ 0,4
Außenbeitrag	- 0,5	+ 0,7	- 0,3	- 0,5	- 0,2	+ 0,7	- 0,4	- 0,4	+ 0,6	- 0,4	+ 0,4

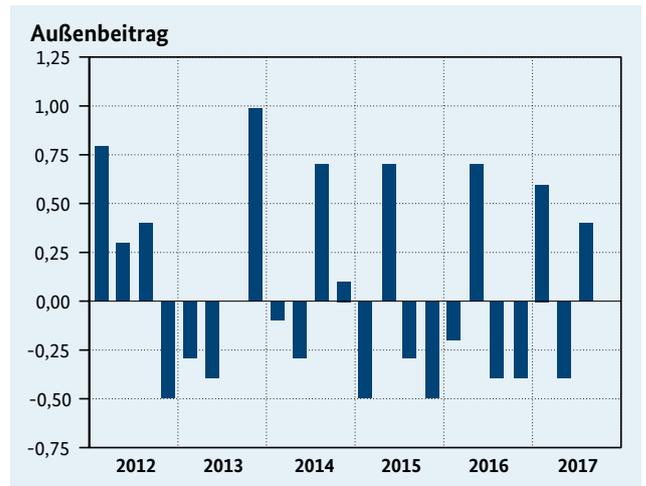
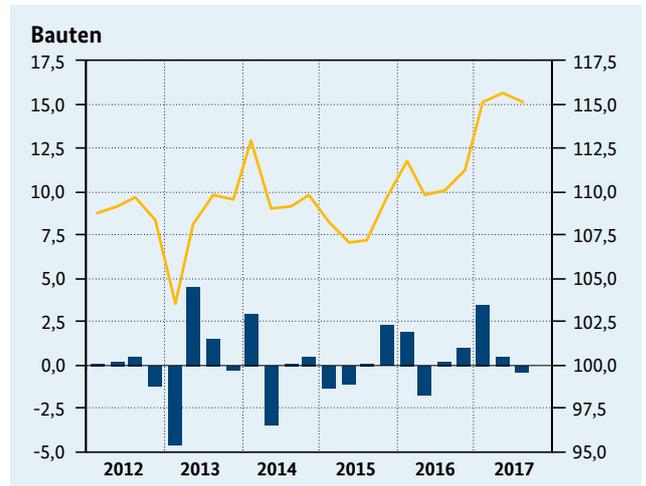
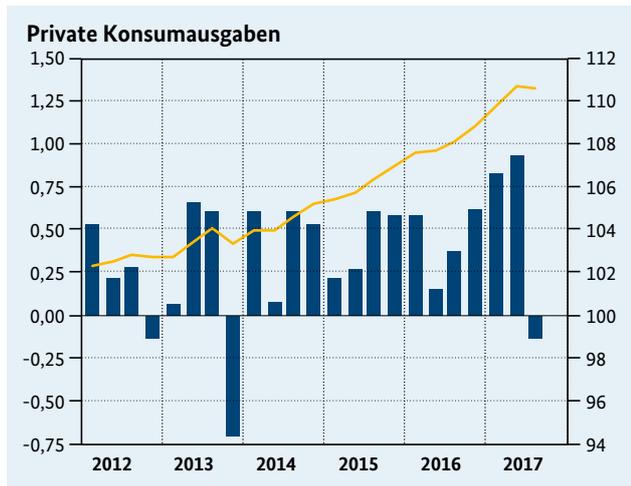
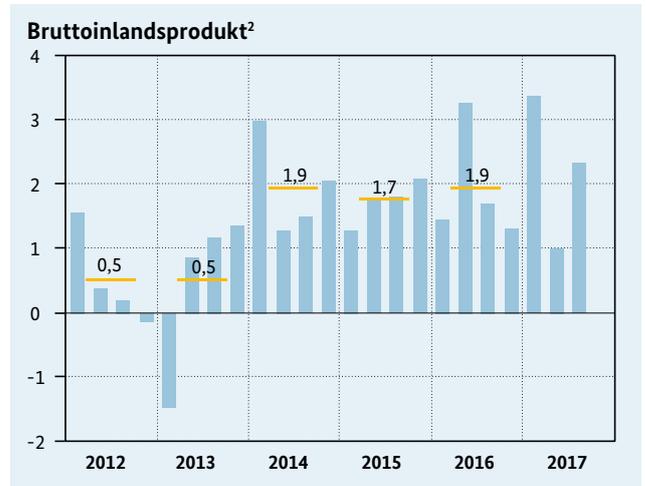
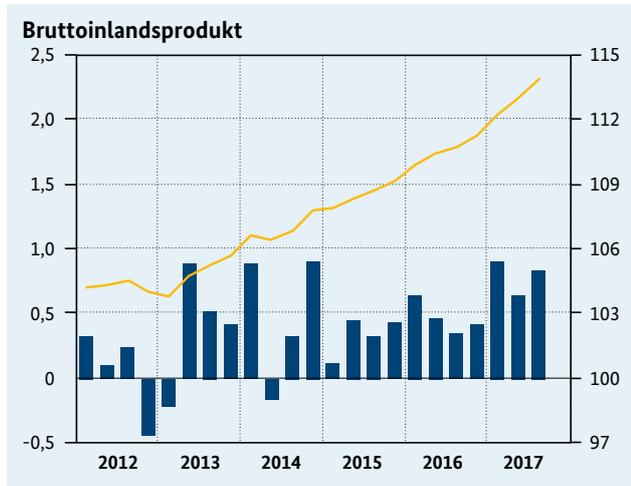
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
	2016						2017				
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 3,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,3	+ 3,4	+ 1,0	+ 2,3
Inländische Verwendung	+ 2,9	- 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,4
Private Konsumausgaben ³	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1
Konsumausgaben des Staates	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 3,4	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	+ 7,2	- 0,7	- 1,3	+ 3,7	+ 1,5	+ 3,1	+ 2,7	- 0,4	+ 4,9	+ 2,1	+ 3,6
Ausrüstungen	+ 6,8	- 3,2	- 2,3	+ 5,9	+ 3,9	+ 2,2	+ 1,4	- 2,6	+ 3,5	+ 1,5	+ 4,6
Bauten	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 2,3	- 1,4	+ 2,7	+ 2,1	+ 0,4	+ 6,4	+ 2,0	+ 3,2
Sonstige Anlagen	+ 5,3	+ 1,1	+ 0,5	+ 4,0	+ 5,5	+ 5,5	+ 6,1	+ 2,6	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,2
Exporte	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,7	+ 4,6	+ 5,2	+ 2,6	+ 1,3	+ 2,6	+ 7,0	+ 1,4	+ 4,8
Importe	+ 7,0	- 0,1	+ 3,0	+ 3,6	+ 5,6	+ 3,9	+ 2,8	+ 4,3	+ 5,4	+ 4,5	+ 5,5

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹

Bundesrepublik Deutschland



— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal in %, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)
■ Veränderung gegen Vorjahr in %, gelber Balken = Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2015				2016				2017		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,0
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,4	- 0,4	+ 1,6	- 0,4	+ 0,7	0,0	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,9
Baugewerbe	+ 0,7	- 0,9	0,0	+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 3,0	+ 0,7	+ 0,4
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,6	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,2	0,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	0,0	- 0,8	- 0,2	+ 1,0	+ 2,2	+ 0,1	+ 0,7	- 0,4	- 0,2	0,0	+ 0,2
Unternehmensdienstleister	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 2,2	- 0,4	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,2	+ 1,2
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,5

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁹										
	2016						2017				
	2011	2012	2013	2014	2015	2016	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,9
Inländische Verwendung	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
Arbeitsvolumen ⁴	+ 1,6	- 0,1	- 0,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	- 0,2	+ 3,3	- 0,4	+ 1,3
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 2,3	- 0,7	- 0,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,4	0,0	+ 1,8	- 0,5	+ 0,8
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,6
Lohnstückkosten ⁷	+ 0,7	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,3	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,8
verfügbares Einkommen ⁸	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,3	+ 3,1	+ 4,6	+ 3,8	+ 4,2
Terms of Trade	- 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 2,7	+ 1,5	+ 1,3	+ 0,2	- 2,3	- 1,2	0,0

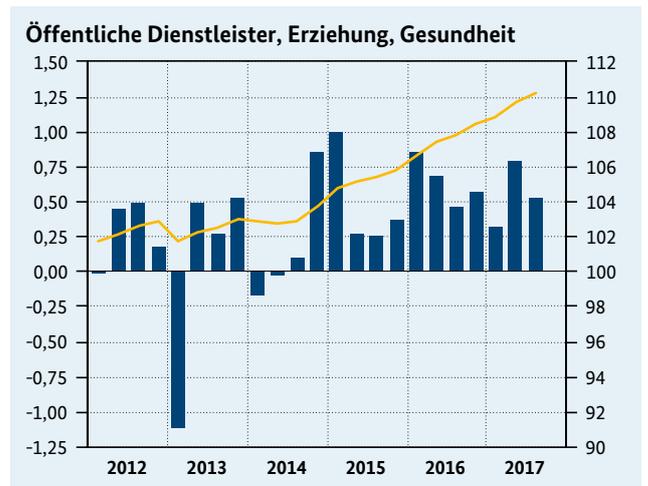
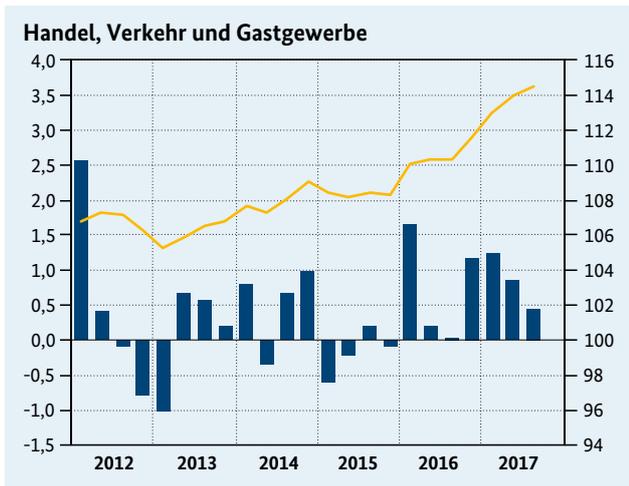
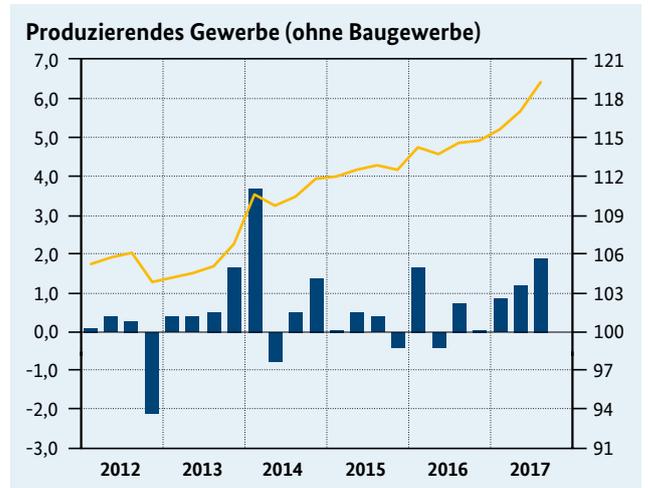
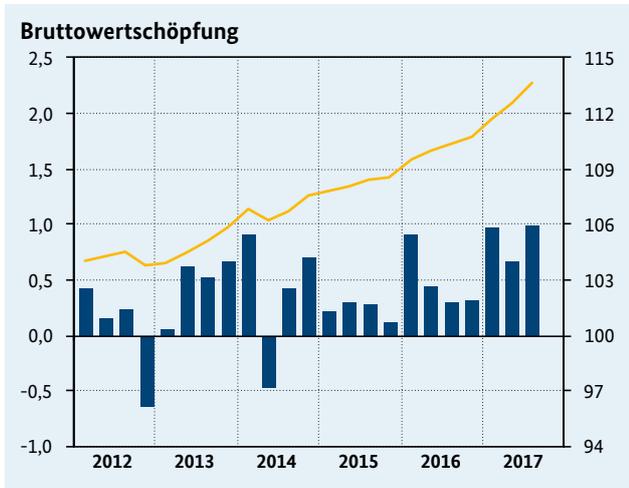
Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2017	2018
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2017	+ 2,2	+ 2,2
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	12/2017	+ 2,3	+ 2,6
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12/2017	+ 2,3	+ 2,2
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	12/2017	+ 2,2	+ 2,5
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12/2017	+ 2,3	+ 2,2
EU	Europäische Kommission	11/2017	+ 2,2	+ 2,1
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	11/2017	(+ 2,5) ^a	(+ 2,3) ^a
Bundesregierung	Herbstprojektion	10/2017	+ 2,0	+ 1,9
IWF	Internationaler Währungsfonds	10/2017	(+ 2,0) ^a	(+ 1,8) ^a
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	09/2017	+ 1,9	+ 2,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Bundesrepublik Deutschland



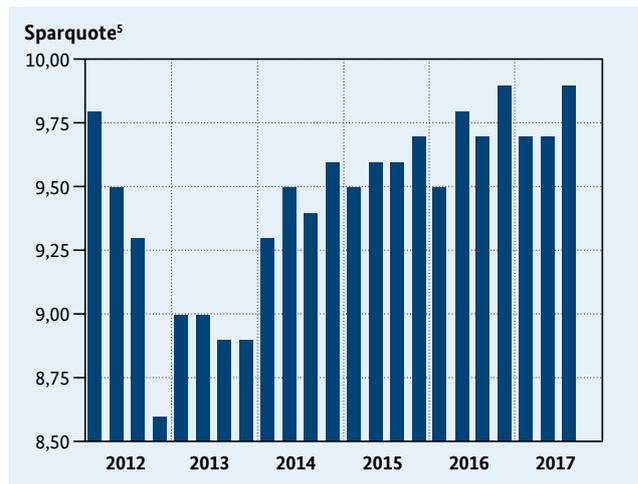
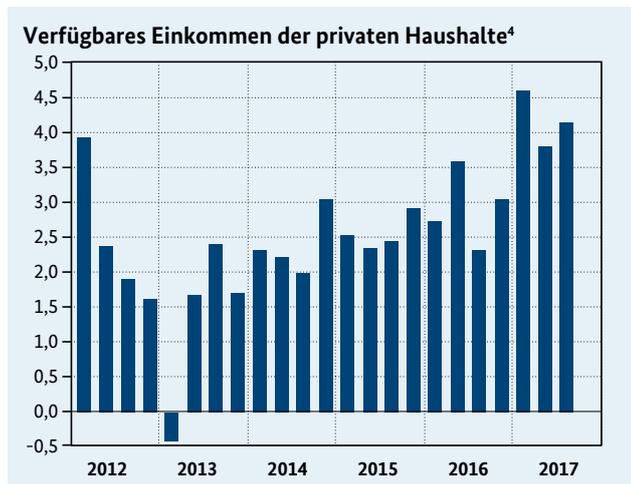
— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal in % (linke Skala)

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹

Bundesrepublik Deutschland



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2014	2015				2016				2017			
	2013	2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %																
Deutschland	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,8	
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,2	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,3	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	
Japan	+ 2,0	+ 0,4	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,6	
USA	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,9	+ 1,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8	
China	+ 7,7	+ 7,2	+ 6,8	+ 6,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,7	

	in % des BIP⁴															
	2013	2014	2015	2016	2016	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
Deutschland	+ 6,8	+ 7,5	+ 8,6	+ 8,2	+ 7,9	+ 8,2	+ 8,4	+ 9,2	+ 8,5	+ 8,6	+ 8,8	+ 7,8	+ 7,7	+ 8,0	+ 7,2	+ 8,2
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,2	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,3	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,7	+ 3,7
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3
Japan	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,0	+ 3,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
USA	- 2,1	- 2,1	- 2,4	- 2,4	- 2,3	- 2,4	- 2,4	- 2,6	- 2,3	- 2,6	- 2,3	- 2,4	- 2,4	- 2,4	- 2,6	-
China	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2

				2016		2017										
	2014	2015	2016	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,0	4,6	4,2	4,0	3,9	3,9	3,8	3,8	3,8	3,8	3,7	3,7	3,7	3,7	3,7	-
Eurozone (EZ 19) ²	11,6	10,9	10,0	9,7	9,6	9,6	9,5	9,4	9,2	9,2	9,0	9,0	9,0	8,9	8,8	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,2	9,4	8,6	8,3	8,2	8,1	8,0	7,9	7,8	7,7	7,6	7,6	7,5	7,5	7,4	-
Japan	3,6	3,4	3,1	3,1	3,1	3,0	2,8	2,8	2,8	3,1	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	-
USA	6,2	5,3	4,9	4,6	4,7	4,8	4,7	4,5	4,4	4,3	4,4	4,3	4,4	4,2	4,1	4,1
China	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	3,6	3,6	3,6	-	-

	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2013	2014	2015	2016	2016	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8
Eurozone (EZ 19) ²	+ 0,4	0,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,6	0,0	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	-
Japan	+ 2,8	+ 0,8	- 0,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,2	-
USA	+ 1,6	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,7	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2
China	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

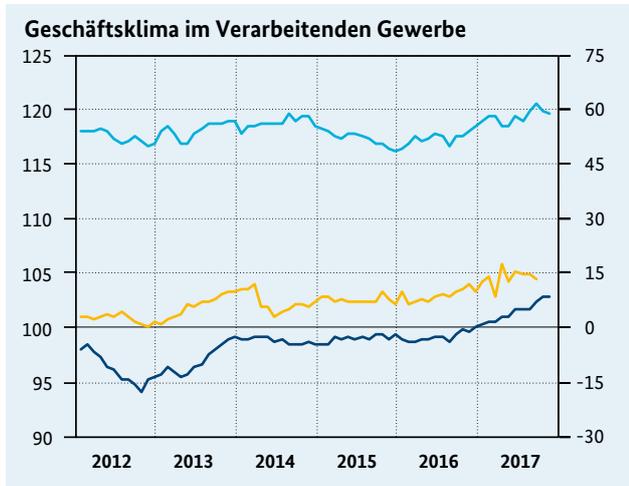
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2017				2017					
	2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	99,8	99,5	-	99,8	99,9	100,1	-	100,0	100,1	100,1	100,2	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	115,1	117,2	-	119,5	121,0	121,8	-	121,4	122,1	122,1	-	-	-
CPB Welthandel ²	113,5	115,1	-	118,6	119,2	120,8	-	120,2	121,1	121,1	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	2852	2225	-	2353	2215	2236	-	2269	2252	2326	2415	2449	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 3,1	- 2,7	-	1,1	3,3	5,4	-	4,5	5,0	6,7	8,0	8,2	-
Industrieproduktion ⁴	103,5	105,0	-	106,1	107,4	108,7	-	107,8	109,4	108,8	109,0	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,2	0,9	-	1,2	1,1	1,1	-	1,2	1,1	1,1	1,1	1,0	-
Konsumentenvertrauen ⁵	- 6,1	- 7,7	-	- 5,5	- 2,7	- 1,5	-	- 1,7	- 1,5	- 1,2	- 1,1	0,1	-
USA													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,4	51,5	-	57,0	55,8	58,6	-	56,3	58,8	60,8	58,7	58,2	-
Industrieproduktion ⁷	104,4	103,1	-	103,7	105,1	105,0	-	105,2	104,7	105,2	106,1	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,1	1,8	-	2,4	2,3	2,2	-	2,3	2,2	2,2	2,4	2,4	-
Konsumentenvertrauen ⁸	98,0	99,8	-	117,5	118,1	120,3	-	120,0	120,4	120,6	126,2	129,5	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,5	102,9	-	103,8	104,9	104,7	-	104,7	104,9	104,4	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,9	97,6	-	100,0	102,0	102,5	-	101,5	103,5	102,6	103,0	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,3	- 0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0
Konsumentenvertrauen ¹¹	41,3	41,7	-	43,4	43,4	43,7	-	43,8	43,3	43,9	44,5	44,9	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	49,9	50,3	-	51,6	51,4	51,8	-	51,4	51,7	52,4	51,6	51,8	-
Industrieproduktion ¹³	+ 6,1	+ 6,1	-	+ 7,0	+ 6,9	+ 6,3	-	+ 6,4	+ 6,0	+ 6,6	+ 6,2	+ 6,1	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,4	2,9	-	3,3	3,5	3,6	-	3,6	3,6	3,6	3,9	4,0	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	105,9	104,4	-	110,9	112,9	116,0	-	114,6	114,7	118,6	123,9	-	-

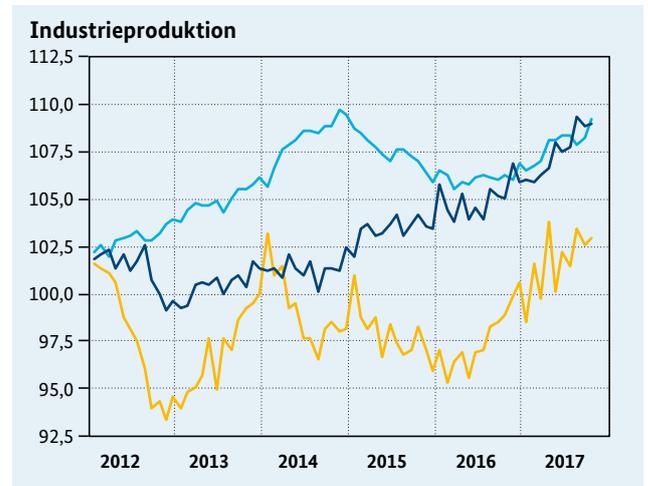
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

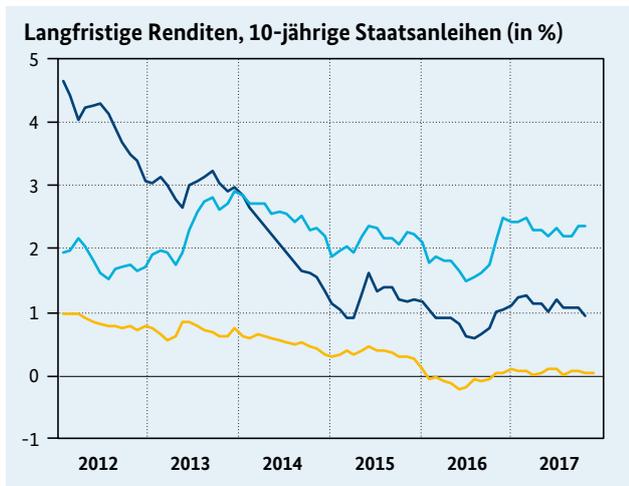
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



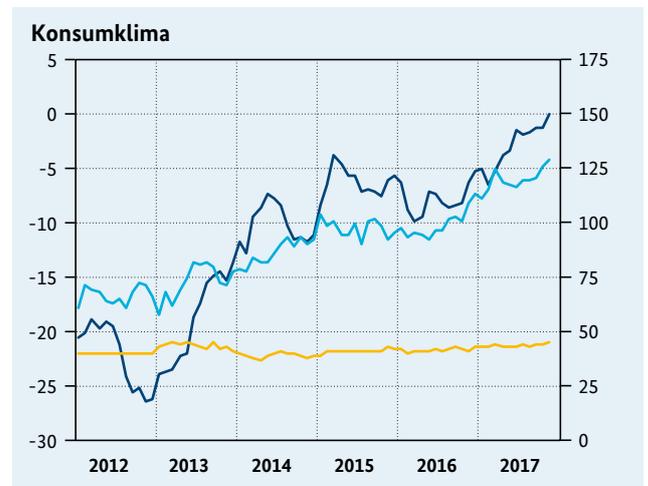
- USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
- Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
- Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



- Eurozone⁶
- USA⁴
- Japan⁵



- Eurozone
- USA
- Japan



- Eurozone (linke Skala)⁹
- USA (rechte Skala)⁷
- Japan (rechte Skala)⁸

Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

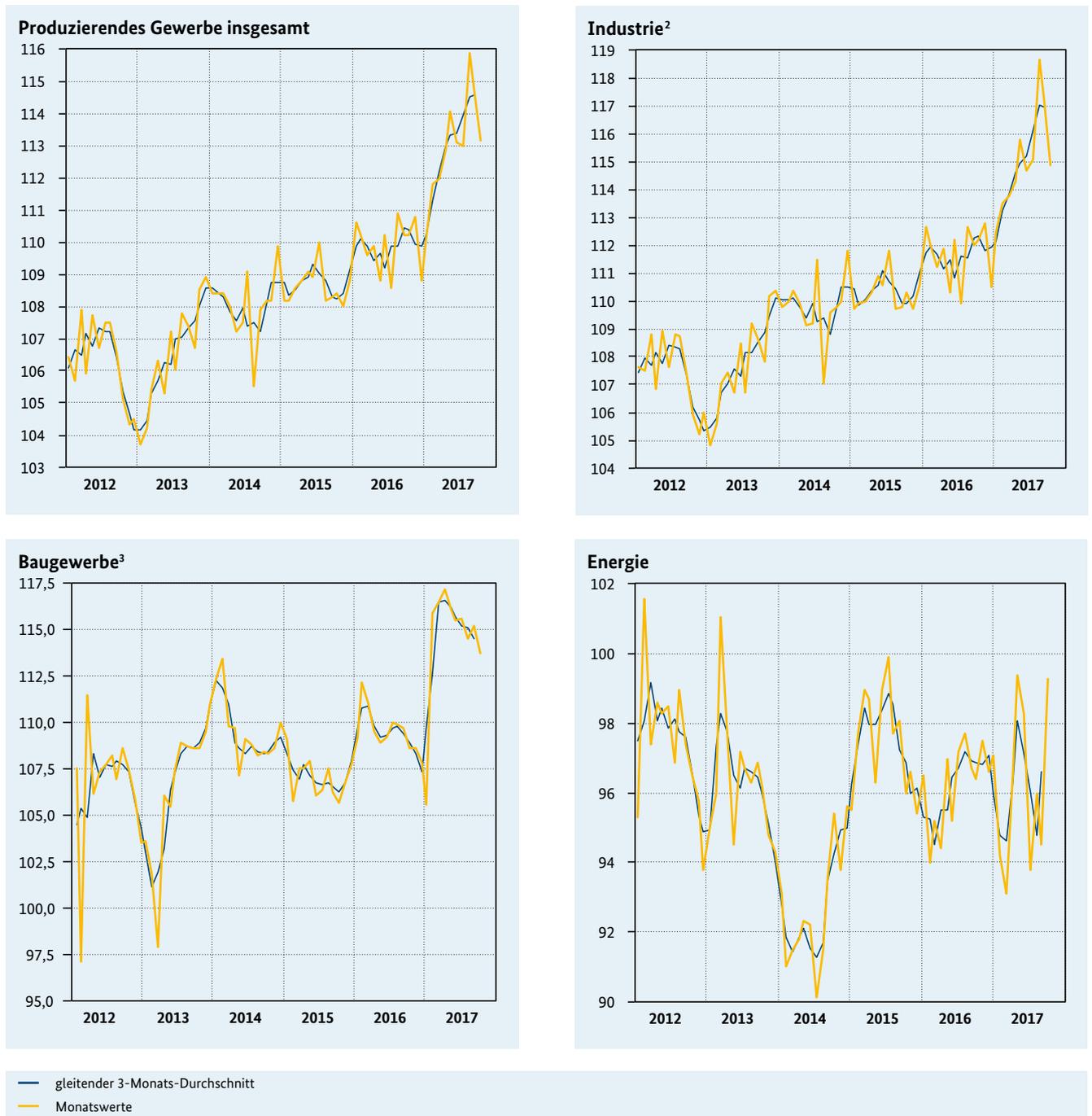
					2016	2017			2017					
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	108,1	108,6	109,9	109,9	111,3	113,4	114,6	114,1	113,1	113,0	115,9	114,8	113,2
	gg. Vp. in %	1,5	0,5	1,2	0,0	1,3	1,9	1,1	1,1	-0,9	-0,1	2,6	-0,9	-1,4
	gg. Vj. in %	1,6	0,5	1,1	1,4	1,1	3,5	4,3	5,0	2,8	4,2	4,6	4,1	2,7
Industrie²	Index	109,8	110,3	111,7	111,8	113,3	114,9	117,0	115,8	114,7	115,1	118,7	117,3	114,9
	gg. Vp. in %	1,9	0,5	1,3	0,3	1,3	1,4	1,8	1,3	-0,9	0,3	3,1	-1,2	-2,0
	gg. Vj. in %	1,9	0,5	1,3	1,4	1,2	3,0	4,9	4,9	2,3	4,8	5,2	4,7	2,5
Vorleistungsgüter	Index	106,3	106,2	107,3	107,7	109,0	111,0	112,9	111,1	110,5	111,9	113,7	113,1	112,0
	gg. Vp. in %	1,7	-0,1	1,0	0,7	1,2	1,8	1,7	-0,3	-0,5	1,3	1,6	-0,5	-1,0
	gg. Vj. in %	1,7	-0,1	1,1	1,5	1,5	3,9	5,4	4,0	3,6	5,7	5,6	5,0	4,4
Investitionsgüter	Index	116,6	117,6	119,3	119,2	120,8	122,6	125,0	124,3	122,4	122,0	127,9	125,0	121,6
	gg. Vp. in %	2,4	0,9	1,4	0,1	1,3	1,5	2,0	2,6	-1,5	-0,3	4,8	-2,3	-2,7
	gg. Vj. in %	2,3	0,9	1,4	1,2	0,9	2,9	4,8	6,6	1,4	4,5	5,7	4,5	1,2
Konsumgüter	Index	101,9	102,1	103,5	103,5	104,8	105,6	107,5	106,3	105,7	106,2	108,1	108,2	105,4
	gg. Vp. in %	1,4	0,2	1,4	-0,2	1,3	0,8	1,8	1,3	-0,6	0,5	1,8	0,1	-2,6
	gg. Vj. in %	1,4	0,1	1,5	2,1	1,6	2,0	3,8	2,8	1,4	3,4	3,4	4,3	1,6
Baugewerbe	Index	109,5	107,1	109,6	108,3	112,7	116,3	115,2	116,1	115,5	115,6	114,6	115,3	113,8
	gg. Vp. in %	2,8	-2,2	2,3	-1,5	4,1	3,2	-0,9	-0,9	-0,5	0,1	-0,9	0,6	-1,3
	gg. Vj. in %	2,9	-2,3	2,4	1,3	2,1	6,4	4,6	6,6	5,6	4,6	4,2	4,7	4,2
Bauhauptgewerbe ³	Index	121,9	121,1	125,9	125,4	130,9	137,6	136,5	137,6	136,4	136,5	136,5	136,6	134,0
	gg. Vp. in %	5,5	-0,7	4,0	-1,4	4,4	5,1	-0,8	-0,9	-0,9	0,1	0,0	0,1	-1,9
	gg. Vj. in %	5,5	-0,7	4,0	3,3	4,7	9,6	6,8	10,0	7,7	6,8	6,8	6,8	5,7
Ausbaugewerbe	Index	98,2	94,3	94,7	92,9	96,1	96,8	95,7	96,5	96,5	96,6	94,7	95,9	95,5
	gg. Vp. in %	0,0	-4,0	0,4	-1,4	3,4	0,7	-1,1	-0,9	0,0	0,1	-2,0	1,3	-0,4
	gg. Vj. in %	0,0	-3,9	0,4	-0,6	-1,2	2,2	1,5	2,2	2,6	1,8	0,9	1,8	2,4
Energie⁴	Index	92,7	97,5	96,2	96,8	94,8	98,1	94,8	99,4	98,3	93,8	96,0	94,5	99,3
	gg. Vp. in %	-3,8	5,2	-1,3	-0,4	-2,1	3,5	-3,4	2,9	-1,1	-4,6	2,3	-1,6	5,1
	gg. Vj. in %	-3,8	5,2	-1,3	0,9	-0,6	2,7	-2,4	2,6	3,3	-3,4	-1,5	-2,4	2,9
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	108,6	110,3	110,9	111,3	112,5	114,5	116,7	114,4	114,9	114,6	118,6	117,0	114,7
	gg. Vp. in %	2,7	1,6	0,5	0,5	1,1	1,8	1,9	0,3	0,4	-0,3	3,5	-1,3	-2,0
	gg. Vj. in %	2,6	1,5	0,6	0,6	1,2	3,7	5,3	3,7	4,2	5,6	5,7	4,7	3,0
Inland	Index	104,5	105,0	105,1	105,1	105,9	107,5	108,4	107,4	108,0	106,5	110,0	108,8	107,6
	gg. Vp. in %	1,3	0,5	0,1	0,6	0,8	1,5	0,8	0,3	0,6	-1,4	3,3	-1,1	-1,1
	gg. Vj. in %	1,3	0,5	0,0	-0,2	0,0	2,8	3,8	2,9	3,3	3,6	4,3	3,3	2,5
darunter: Investitionsgüter	Index	111,0	113,7	114,3	114,1	115,3	116,2	117,7	115,9	117,8	114,2	121,1	117,7	113,8
	gg. Vp. in %	3,2	2,4	0,5	0,8	1,1	0,8	1,3	1,0	1,6	-3,1	6,0	-2,8	-3,3
	gg. Vj. in %	3,1	2,4	0,5	-0,6	-0,1	1,4	3,8	2,5	3,3	3,5	5,6	2,8	-0,7
Ausland	Index	113,0	115,8	117,1	117,9	119,5	121,9	125,6	121,8	122,2	123,3	127,7	125,7	122,3
	gg. Vp. in %	4,1	2,5	1,1	0,4	1,4	2,0	3,0	0,2	0,3	0,9	3,6	-1,6	-2,7
	gg. Vj. in %	4,1	2,5	1,1	1,5	2,4	4,6	6,9	4,3	5,1	7,5	7,2	6,1	3,4
darunter: Eurozone	Index	102,0	106,4	110,2	111,2	113,6	115,5	118,3	116,0	116,1	116,3	120,2	118,4	117,4
	gg. Vp. in %	5,0	4,3	3,6	0,2	2,2	1,7	2,4	1,3	0,1	0,2	3,4	-1,5	-0,8
	gg. Vj. in %	5,0	4,3	3,6	3,0	4,2	5,7	6,5	5,8	6,4	7,7	6,2	5,8	4,9
		2014		2015		2016				2017				
		4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	84,1	84,3	84,4	84,4	84,3	84,9	84,5	84,8	85,6	85,9	86,0	86,7	87,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet, zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2016			2017				2017					
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	109,1	110,2	111,7	115,0	113,8	114,7	118,9	114,9	115,8	115,3	120,0	121,4	122,0
	gg. Vp. in %	2,9	1,0	1,4	4,3	-1,0	0,8	3,7	1,2	0,8	-0,4	4,1	1,2	0,5
	gg. Vj. in %	2,8	1,0	1,4	4,9	2,5	4,1	7,8	3,8	5,1	5,4	8,3	9,7	6,9
Inland	Index	103,4	105,3	105,9	109,5	107,6	108,0	111,5	105,7	110,7	109,1	112,6	112,7	113,2
	gg. Vp. in %	1,6	1,8	0,6	5,8	-1,7	0,4	3,2	-1,8	4,7	-1,4	3,2	0,1	0,4
	gg. Vj. in %	1,6	1,8	0,6	3,8	2,5	2,1	7,7	0,5	4,9	7,4	7,1	8,5	4,8
Ausland	Index	113,7	114,2	116,4	119,5	118,9	120,2	125,0	122,3	120,0	120,4	126,1	128,5	129,1
	gg. Vp. in %	3,9	0,4	1,9	3,2	-0,5	1,1	4,0	3,4	-1,9	0,3	4,7	1,9	0,5
	gg. Vj. in %	3,7	0,4	1,9	5,8	2,4	5,6	7,9	6,3	5,1	3,8	9,4	10,5	8,4
Eurozone	Index	101,7	105,7	110,8	115,3	113,9	116,7	117,4	118,6	115,4	115,2	115,1	121,8	120,3
	gg. Vp. in %	2,8	3,9	4,8	3,5	-1,2	2,5	0,6	2,2	-2,7	-0,2	-0,1	5,8	-1,2
	gg. Vj. in %	2,6	3,8	4,9	9,5	6,0	7,0	5,4	4,6	9,7	4,3	2,2	9,5	5,8
Nicht-Eurozone	Index	122,1	120,1	120,3	122,4	122,4	122,6	130,3	124,8	123,2	124,0	133,8	133,2	135,3
	gg. Vp. in %	4,5	-1,6	0,2	2,9	0,0	0,2	6,3	4,1	-1,3	0,6	7,9	-0,4	1,6
	gg. Vj. in %	4,4	-1,6	0,1	3,4	-0,1	4,7	9,4	7,4	2,5	3,5	14,1	11,2	10,1
Vorleistungsgüter	Index	102,1	101,5	102,8	105,0	106,3	107,1	112,1	106,0	108,6	108,2	116,2	111,9	111,5
	gg. Vp. in %	2,0	-0,6	1,3	3,0	1,2	0,8	4,7	-0,7	2,5	-0,4	7,4	-3,7	-0,4
	gg. Vj. in %	2,0	-0,5	1,3	2,7	4,8	4,3	9,8	3,7	7,2	7,4	13,6	8,8	6,8
Inland	Index	99,8	99,1	98,9	100,6	102,9	101,2	106,9	100,7	101,2	103,4	111,0	106,3	107,6
	gg. Vp. in %	0,5	-0,7	-0,2	3,2	2,3	-1,7	5,6	-1,0	0,5	2,2	7,4	-4,2	1,2
	gg. Vj. in %	0,5	-0,7	-0,2	1,2	4,8	1,6	9,5	2,8	3,4	7,1	12,6	9,2	6,7
Ausland	Index	104,7	104,4	107,4	110,2	110,5	114,1	118,2	112,3	117,3	113,8	122,3	118,4	116,1
	gg. Vp. in %	3,7	-0,3	2,9	2,9	0,3	3,3	3,6	-0,4	4,5	-3,0	7,5	-3,2	-1,9
	gg. Vj. in %	3,8	-0,3	2,8	4,4	4,8	7,3	10,1	4,6	11,4	7,7	14,8	8,3	7,0
Investitionsgüter	Index	114,3	116,4	118,2	122,6	119,2	119,9	124,1	121,1	120,9	120,7	122,8	128,9	130,1
	gg. Vp. in %	3,3	1,8	1,5	5,3	-2,8	0,6	3,5	2,9	-0,2	-0,2	1,7	5,0	0,9
	gg. Vj. in %	3,3	1,8	1,5	7,0	1,0	3,7	6,6	3,8	3,7	4,0	5,0	10,7	6,9
Inland	Index	107,7	112,1	114,1	120,0	113,7	115,9	117,3	111,3	121,6	116,1	115,1	120,6	120,1
	gg. Vp. in %	2,7	4,1	1,8	8,5	-5,3	1,9	1,2	-3,0	9,3	-4,5	-0,9	4,8	-0,4
	gg. Vj. in %	2,8	4,1	1,6	6,8	0,8	2,8	6,0	-1,3	6,4	8,1	1,6	8,2	3,0
Ausland	Index	118,4	119,0	120,7	124,3	122,6	122,3	128,4	127,1	120,4	123,5	127,5	134,1	136,3
	gg. Vp. in %	3,9	0,5	1,4	3,6	-1,4	-0,2	5,0	6,4	-5,3	2,6	3,2	5,2	1,6
	gg. Vj. in %	3,7	0,5	1,5	7,2	1,1	4,2	7,0	6,9	2,1	1,8	7,1	12,1	9,3
Konsumgüter	Index	107,3	109,7	110,3	110,9	113,2	116,0	116,2	114,6	116,0	112,9	119,7	116,0	116,7
	gg. Vp. in %	3,7	2,2	0,5	1,7	2,1	2,5	0,2	-2,5	1,2	-2,7	6,0	-3,1	0,6
	gg. Vj. in %	3,6	2,2	0,5	-0,7	2,2	5,3	6,4	3,6	5,2	4,9	8,1	6,3	6,3
Inland	Index	99,3	101,4	99,1	99,8	99,4	101,3	103,7	101,7	102,5	101,3	106,6	103,3	105,7
	gg. Vp. in %	1,5	2,1	-2,3	3,0	-0,4	1,9	2,4	2,0	0,8	-1,2	5,2	-3,1	2,3
	gg. Vj. in %	1,5	2,1	-2,4	-1,1	0,7	0,2	6,9	-1,8	2,8	4,5	9,9	6,5	7,3
Ausland	Index	114,1	116,8	119,9	120,4	125,0	128,7	126,9	125,6	127,6	122,8	130,9	126,9	126,1
	gg. Vp. in %	5,3	2,4	2,7	0,8	3,8	3,0	-1,4	-5,4	1,6	-3,8	6,6	-3,1	-0,6
	gg. Vj. in %	5,3	2,3	2,7	-0,5	3,1	9,0	6,0	7,6	6,9	5,2	6,7	6,2	5,5
Industrie ohne Großaufträge²	Index	108,4	109,9	111,1	114,1	113,8	115,2	119,6	114,6	116,2	117,2	120,3	121,3	120,1
	gg. Vp. in %	3,2	1,4	1,1	3,5	-0,3	1,2	3,8	-0,1	1,4	0,9	2,6	0,8	-1,0
	gg. Vj. in %	3,2	1,4	1,1	3,9	3,0	5,0	8,4	4,4	5,2	7,5	9,0	8,8	5,4

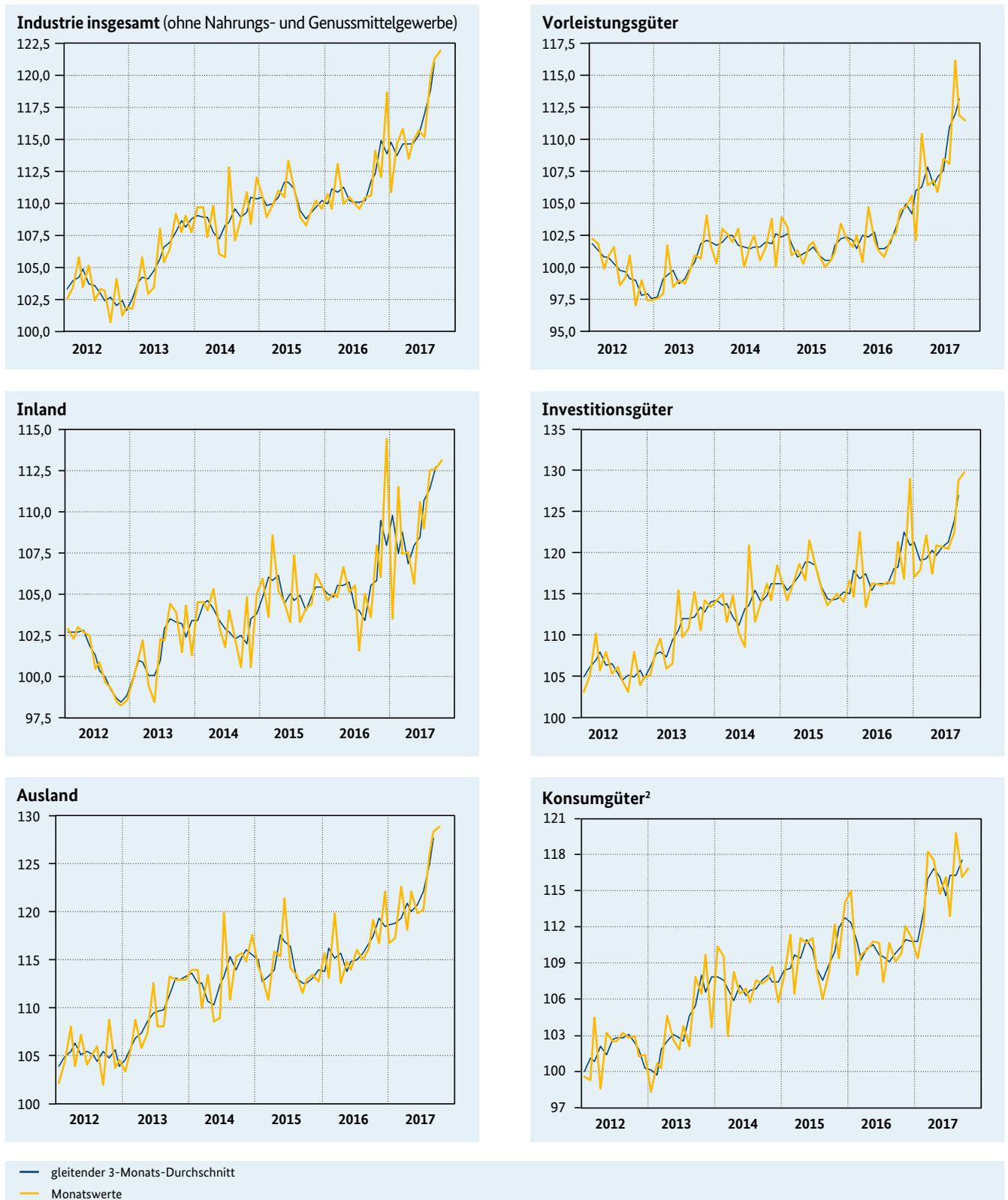
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

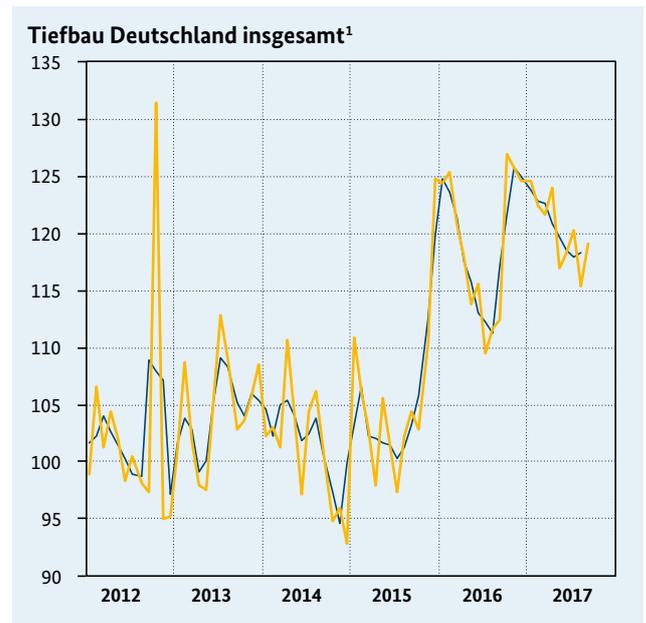
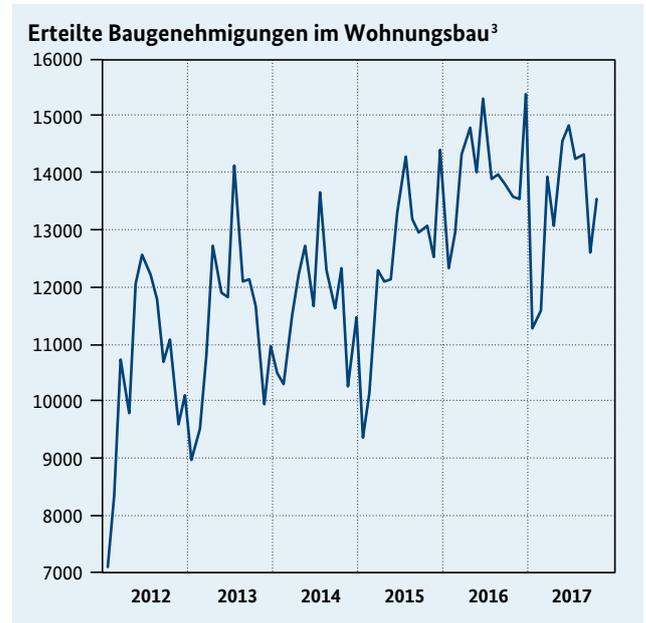
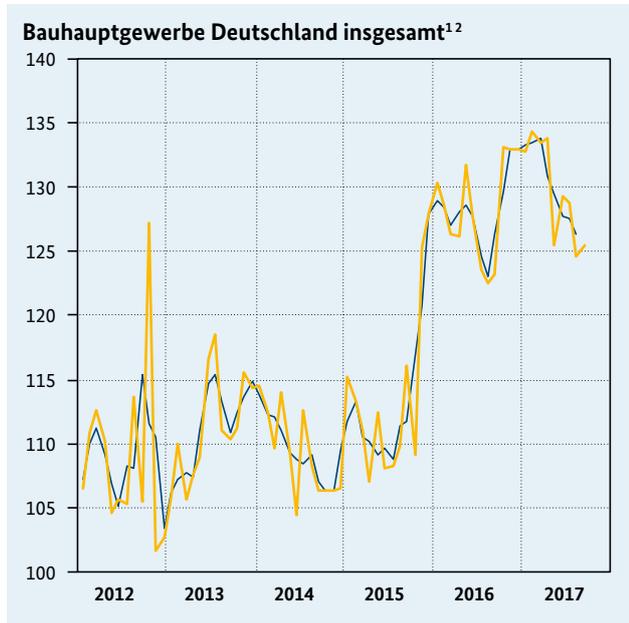
					2016	2017			2017					
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Auftragseingang¹														
Bauhauptgewerbe														
	Index	109,3	113,7	128,4	133,1	133,7	129,6	126,4	125,5	129,4	128,8	124,7	125,6	-
	gg. Vp. in %	-1,8	4,0	12,9	8,0	0,5	-3,1	-2,5	-6,3	3,1	-0,5	-3,2	0,7	-
	gg. Vj. in %	-1,9	3,8	13,1	10,1	4,6	0,9	2,2	-4,4	1,3	3,9	1,0	1,5	-
Hochbau														
	Index	117,4	121,9	137,7	140,4	144,3	139,4	134,4	134,2	140,5	137,2	134,1	132,0	-
	gg. Vp. in %	-0,5	3,8	13,0	3,9	2,8	-3,4	-3,6	-6,5	4,7	-2,3	-2,3	-1,6	-
	gg. Vj. in %	-0,8	3,8	13,3	9,3	8,8	-1,4	-0,9	-10,3	0,5	-0,5	-0,3	-1,8	-
Wohnungsbau														
	Index	135,0	150,0	172,3	174,7	179,0	170,9	163,2	166,4	179,0	168,1	166,4	155,0	-
	gg. Vp. in %	3,1	11,1	14,9	1,8	2,5	-4,5	-4,5	-0,5	7,6	-6,1	-1,0	-6,9	-
	gg. Vj. in %	2,5	11,4	15,0	13,8	5,0	-0,3	-5,4	-6,2	3,5	1,6	-2,5	-13,9	-
Hochbau ohne Wohnungsbau														
	Index	108,7	108,0	120,5	123,4	127,1	123,8	120,2	118,2	121,4	121,9	118,1	120,6	-
	gg. Vp. in %	-2,6	-0,6	11,6	5,5	3,0	-2,6	-2,9	-10,4	2,7	0,4	-3,1	2,1	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,8	12,1	6,4	11,5	-2,0	2,4	-13,0	-1,5	-2,0	1,2	8,4	-
Tiefbau														
	Index	101,1	105,5	119,1	125,8	122,9	119,8	118,3	116,9	118,4	120,4	115,4	119,2	-
	gg. Vp. in %	-3,3	4,4	12,9	13,1	-2,3	-2,5	-1,3	-5,8	1,3	1,7	-4,2	3,3	-
	gg. Vj. in %	-2,9	3,6	12,8	11,0	0,2	3,7	5,9	3,0	2,1	9,1	2,4	5,7	-
Straßenbau														
	Index	98,8	100,9	120,1	126,5	130,3	122,2	113,4	116,5	121,1	121,0	107,6	111,6	-
	gg. Vp. in %	-4,4	2,1	19,0	11,6	3,0	-6,2	-7,2	-9,7	3,9	-0,1	-11,1	3,7	-
	gg. Vj. in %	-3,5	1,4	17,5	27,2	5,4	7,0	0,1	5,6	4,6	4,6	-3,3	-2,1	-
Tiefbau ohne Straßenbau														
	Index	102,5	108,4	118,5	125,4	118,5	118,3	121,3	117,1	116,7	120,1	120,1	123,8	-
	gg. Vp. in %	-2,7	5,8	9,3	14,1	-5,5	-0,2	2,5	-3,4	-0,3	2,9	0,0	3,1	-
	gg. Vj. in %	-2,7	5,0	10,1	4,2	-2,6	1,4	9,8	1,3	0,5	12,5	6,3	10,4	-
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)														
	Index	112,9	112,8	123,9	128,9	130,3	123,1	123,6	117,8	119,3	127,4	120,7	122,7	-
	gg. Vp. in %	-1,1	-0,1	9,8	9,2	1,1	-5,5	0,4	-10,9	1,3	6,8	-5,3	1,7	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,3	10,4	7,3	9,4	-5,3	4,5	-14,0	-6,7	4,1	1,4	7,9	-
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)														
	Index	95,3	100,1	115,4	120,7	118,8	119,7	114,4	117,0	119,9	114,5	112,0	116,8	-
	gg. Vp. in %	-5,1	5,0	15,3	10,7	-1,6	0,8	-4,4	-4,3	2,5	-4,5	-2,2	4,3	-
	gg. Vj. in %	-4,7	4,1	15,0	11,5	-0,6	8,5	4,4	7,8	8,9	5,0	2,6	5,7	-
Baugenehmigungen (Neubau)²														
Hochbau (veranschlagte Kosten)														
	Mio. €	78378	83667	98125	25625	21462	25587	26441	8453	9340	8944	9419	8078	8278
	gg. Vj. in %	2,5	6,7	17,3	12,0	-2,9	0,5	6,0	4,7	5,2	12,1	12,9	-6,2	2,3
Wohngebäude														
	Mio. €	46466	51206	58976	15093	13177	15434	15132	5354	5332	5195	5251	4686	5045
	gg. Vj. in %	6,4	10,2	15,2	7,8	-3,4	0,3	1,9	9,4	-1,7	4,0	5,9	-4,3	4,3
Nichtwohngebäude														
	Mio. €	31913	32461	39149	10532	8286	10153	11309	3099	4008	3749	4168	3392	3233
	gg. Vj. in %	-2,7	1,7	20,6	18,7	-2,1	0,8	12,2	-2,5	16,0	25,8	23,1	-8,6	-0,7
gewerbliche Auftraggeber														
	Mio. €	24145	24355	29235	7988	6194	7489	8351	2359	2908	2778	3085	2488	2370
	gg. Vj. in %	2,2	0,9	20,0	18,9	-2,0	-0,9	13,3	-3,2	14,4	33,2	19,9	-8,2	-5,2
öffentliche Auftraggeber														
	Mio. €	7768	8106	9915	2544	2092	2665	2959	740	1099	971	1084	904	863
	gg. Vj. in %	-15,4	4,3	22,3	17,9	-2,4	6,0	9,1	-0,4	20,2	8,6	33,0	-9,9	14,0
Wohngebäude (Rauminhalt)³														
	Mio. m ³	141	150	168	42,7	36,9	42,6	41,3	14,6	14,9	14,3	14,4	12,6	13,6
	gg. Vj. in %	2,8	6,7	12,2	6,4	-7,0	-3,8	-1,2	4,0	-3,2	2,6	2,4	-8,7	-0,4
	gg. Vp. in %	3,1	5,9	12,4	8,6	-7,8	2,1	-2,6	0,0	3,6	-4,1	0,2	-2,7	7,8
ifo Konjunkturtest⁴														
Kapazitäts- und Geräteauslastung														
	Salden	74,3	74,0	76,2	81,1	65,4	79,9	83,7	82,3	83,4	83,8	83,8	83,3	82,8
witterungsbedingte Baubehinderungen														
	Salden	8,6	13,8	15,0	6,0	47,3	13,0	4,3	3,0	2,0	6,0	5,0	7,0	6,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2017				2017					
		2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	9,2	9,6	-	15,4	21,4	24,1	-	24,8	24,5	23,1	26,0	27,5	-
Geschäftslage	Salden	15,5	17,5	-	25,7	34,3	37,2	-	39,1	37,3	35,2	37,4	36,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	3,2	2,1	-	5,5	9,1	11,9	-	11,5	12,5	11,7	15,3	18,7	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	11,5	10,1	-	17,6	24,6	29,3	-	29,8	30,0	28,1	31,1	33,1	-
Geschäftslage	Salden	19,0	18,7	-	28,9	38,5	43,6	-	45,9	44,2	40,7	43,3	42,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	1,8	-	6,9	11,5	15,8	-	14,7	16,6	16,1	19,5	23,6	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	12,4	11,0	-	19,1	25,1	29,6	-	28,9	29,7	30,3	32,6	34,0	-
Geschäftslage	Salden	18,1	19,2	-	31,6	39,7	42,9	-	44,7	43,0	41,1	43,6	46,6	-
Geschäftserwartungen	Salden	6,8	3,2	-	7,3	11,3	17,1	-	14,2	17,2	20,0	22,1	22,1	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,6	8,7	-	18,4	25,9	32,7	-	34,1	33,8	30,1	39,0	38,9	-
Geschäftslage	Salden	18,6	18,3	-	29,3	40,3	48,8	-	52,1	49,9	44,3	53,0	47,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	2,9	-0,3	-	8,0	12,3	17,6	-	17,4	18,8	16,7	25,8	30,4	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	9,7	9,6	-	12,5	16,8	17,9	-	20,7	17,9	15,1	7,7	14,6	-
Geschäftslage	Salden	19,4	17,6	-	22,0	27,5	29,3	-	32,3	28,8	26,8	19,5	22,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	0,4	2,0	-	3,3	6,6	7,1	-	9,7	7,6	4,0	-3,4	6,7	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-2,9	5,4	-	9,4	12,6	16,8	-	14,5	17,4	18,4	20,2	17,2	-
Geschäftslage	Salden	-4,3	9,4	-	17,1	23,6	26,8	-	24,1	27,9	28,3	27,7	25,3	-
Geschäftserwartungen	Salden	-1,4	1,4	-	2,0	2,2	7,3	-	5,4	7,5	8,9	13,0	9,4	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	28,6	29,7	-	28,7	26,8	31,2	-	30,2	31,7	31,8	33,3	32,6	-
Geschäftslage	Salden	38,9	40,8	-	43,0	42,2	46,4	-	47,4	46,6	45,2	47,0	44,0	-
Geschäftserwartungen	Salden	18,8	19,2	-	15,2	12,4	17,0	-	14,2	17,7	19,2	20,3	21,7	-
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	57,0	55,2	84,1	77,0	84,0	87,0	88,4	86,4	86,7	87,9	87,0	88,8	89,3
Konjunkturerwartungen	Salden	31,5	6,7	16,4	13,3	19,6	14,8	17,9	17,5	10,0	17,0	17,6	18,7	17,4

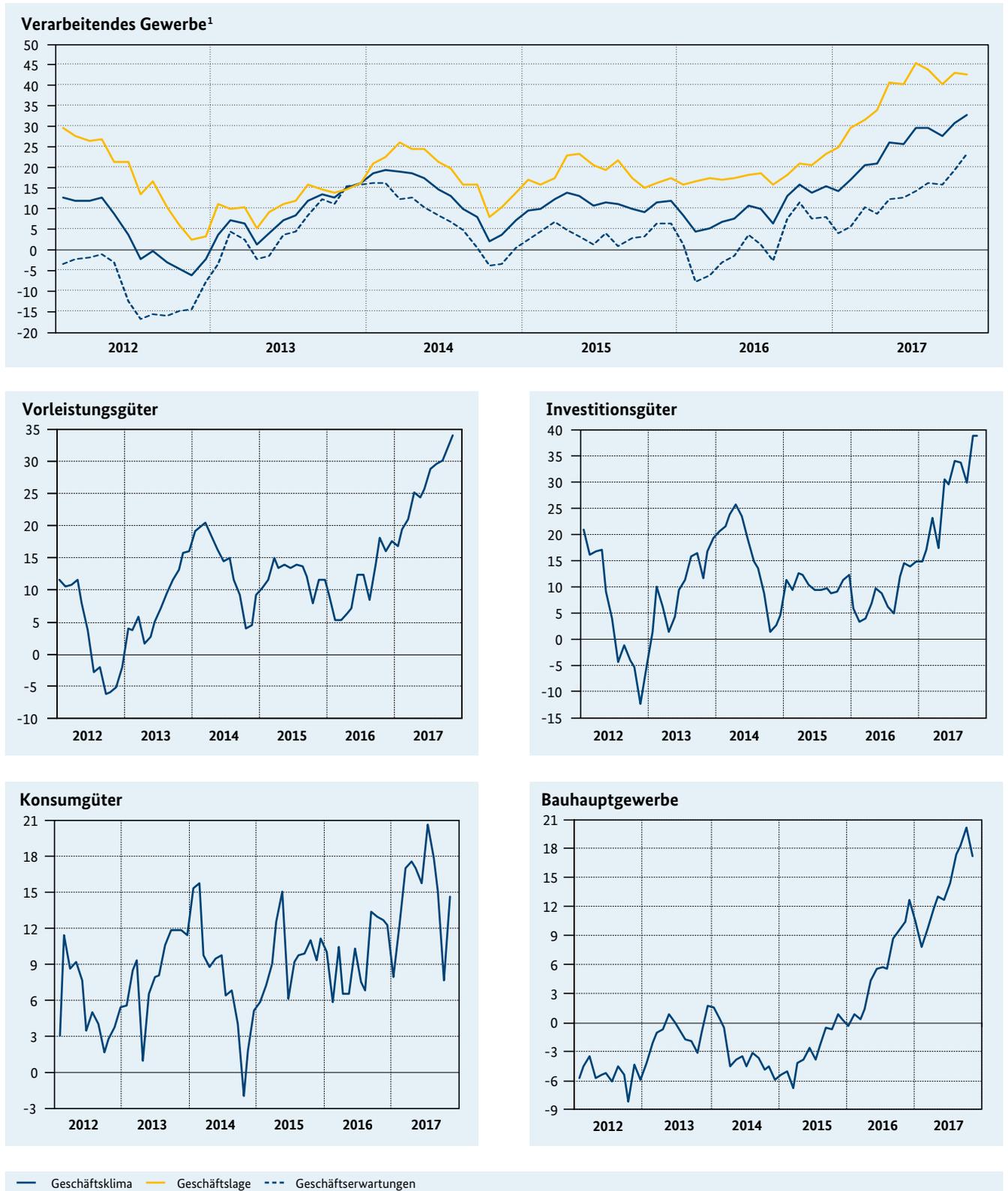
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2015			2016			2017			
		2014	2015	2016	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	104,3	106,1	108,3	105,8	106,4	107,0	107,6	107,8	108,2	108,9	109,8	110,8	110,7
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	1,0	1,7	2,1	0,3	0,6	0,6	0,6	0,2	0,4	0,6	0,8	0,9	-0,1
	gg. Vj. in %	1,0	1,7	2,1	1,4	1,6	2,1	2,0	2,9	1,7	1,7	2,3	2,2	2,1
Verfügbare Einkommen	in Mrd. €	1710	1754	1805	437	441	444	445	449	451	458	464	469	471
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,4	2,6	2,9	1,0	0,8	0,7	0,2	0,9	0,5	1,5	1,3	1,1	0,5
	gg. Vj. in %	2,4	2,6	2,9	2,3	2,5	2,9	2,7	3,6	2,3	3,1	4,6	3,8	4,2
Einzelhandelsumsätze¹														
		2015	2016	2017	2016				2017					
		2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Einzelhandel	Index	106,6	108,8	-	110,8	112,2	112,4	-	112,4	112,0	112,9	111,8	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. in %	3,8	2,1	-	0,2	1,3	0,2	-	-0,4	-0,4	0,8	-1,0	-	-
	gg. Vj. in %	3,9	2,0	-	2,7	4,0	3,5	-	2,9	2,6	4,9	0,7	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	104,9	106,2	-	106,7	108,9	108,9	-	108,8	108,4	109,4	107,5	-	-
	gg. Vp. in %	2,3	1,2	-	-0,1	2,1	0,0	-	0,0	-0,4	0,9	-1,7	-	-
	gg. Vj. in %	2,2	1,2	-	1,0	3,4	1,9	-	1,7	1,2	2,7	0,6	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	99,2	97,9	-	101,4	101,0	102,6	-	100,6	102,6	104,7	100,7	-	-
	gg. Vp. in %	-0,6	-1,3	-	-1,6	-0,4	1,6	-	-2,1	2,0	2,0	-3,8	-	-
	gg. Vj. in %	-0,5	-1,0	-	7,2	2,9	7,3	-	1,4	3,9	17,5	-7,0	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	126,7	126,7	-	134,5	134,9	139,5	-	138,9	141,6	137,9	138,5	-	-
	gg. Vp. in %	4,0	0,0	-	2,0	0,3	3,4	-	1,7	1,9	-2,6	0,4	-	-
	gg. Vj. in %	3,9	0,2	-	9,0	7,7	11,0	-	11,0	11,2	10,7	4,4	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	100,8	101,4	-	101,7	103,0	102,2	-	103,6	101,4	101,7	101,0	-	-
	gg. Vp. in %	1,9	0,6	-	0,2	1,3	-0,8	-	-0,2	-2,1	0,3	-0,7	-	-
	gg. Vj. in %	1,9	0,6	-	0,4	1,3	1,1	-	1,5	-0,1	2,0	-0,3	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	111,4	117,6	-	121,4	122,5	123,7	-	123,4	123,5	124,1	-	-	-
	gg. Vp. in %	6,6	5,6	-	1,6	0,9	1,0	-	-1,0	0,1	0,5	-	-	-
	gg. Vj. in %	6,7	5,5	-	4,4	5,4	4,9	-	6,6	4,2	3,7	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	102,3	102,7	-	104,3	104,7	103,6	-	104,1	103,0	103,6	-	-	-
	gg. Vp. in %	0,6	0,4	-	1,9	0,4	-1,1	-	-0,7	-1,1	0,6	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,7	0,6	-	1,1	2,1	-0,1	-	0,8	0,1	-1,1	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	3206	3352	-	845	942	825	-	283	254	288	273	303	-
	gg. Vj. in %	5,6	4,5	-	6,7	0,0	0,3	-	1,5	3,5	-3,3	3,9	9,4	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1098	1173	-	282	336	303	-	101	99	102	102	111	-
	gg. Vj. in %	-0,1	6,8	-	9,0	-2,3	2,4	-	1,9	6,0	-0,3	9,9	15,9	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	106,9	107,4	-	108,6	108,9	109,5	-	109,4	109,5	109,6	109,6	109,9	-
	gg. Vj. in %	0,2	0,5	-	1,9	1,7	1,7	-	1,7	1,8	1,8	1,6	1,8	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	0,8	0,8	-	3,3	2,3	3,1	-	2,7	3,0	3,6	4,3	3,2	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,2	-	1,6	1,7	1,7	-	1,8	1,7	1,7	1,6	1,7	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-5,5	-4,5	-	2,7	1,0	1,4	-	0,7	1,4	2,0	1,2	2,7	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-2,6	-1,3	-	5,1	2,8	2,4	-	1,8	2,7	2,8	1,3	2,6	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	7,0	8,1	-	5,9	13,7	8,0	-	11,1	5,2	7,8	16,1	13,0	-
Geschäftslage	Salden	15,7	17,9	-	15,8	24,4	20,8	-	25,0	16,8	20,6	28,6	18,7	-
Geschäftserwartungen	Salden	-1,2	-1,2	-	-3,5	3,6	-3,9	-	-1,9	-5,7	-4,2	4,3	7,5	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	9,7	9,8	10,4	10,0	10,1	10,8	10,7	10,6	10,8	10,9	10,8	10,7	10,7
Anschaffungsneigung	Punkte	54,7	52,8	-	52,1	55,9	56,8	-	56,5	56,9	57,1	57,6	57,8	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

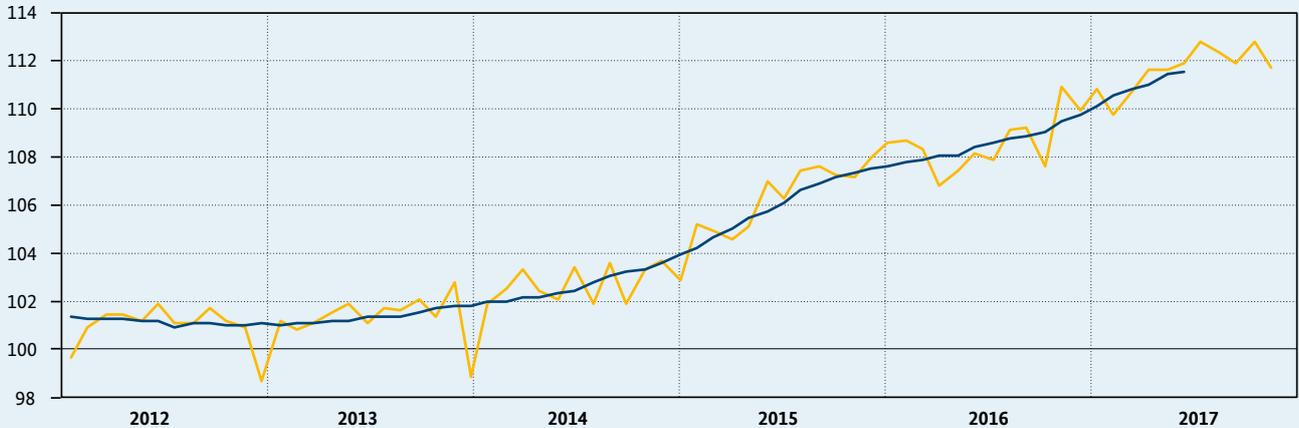
2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils

prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Bundesrepublik Deutschland

Einzelhandelsumsätze insgesamt (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)¹



— gleitender 12-Monats-Wert — Monatswerte

Geschäftsklima Einzelhandel – Salden (ifo Institut)²



GfK – Indikator Konsumklima (Indikatorpunkte, reale Änderung gegen Vorjahresmonat in %)³



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

Bundesrepublik Deutschland

		2016			2017				2017					
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	221	261	258	61	64	59	68	19,7	23,5	21,5	23,5	22,6	19,6
	gg. Vp. in %	15,4	18,1	-1,3	-0,7	6,0	-8,9	15,1	27,9	19,2	-8,7	9,2	-3,5	-13,4
Warenhandel	in Mrd. €	230	259	265	62	66	65	69	21,0	23,4	22,3	23,2	23,1	21,3
	gg. Vp. in %	7,2	12,6	2,4	-6,0	7,0	-1,6	5,1	0,7	11,2	-4,5	4,0	-0,6	-7,5
Ausfuhr	in Mrd. €	1120	1176	1187	301	312	315	319	106,3	104,9	105,5	107,3	106,4	105,6
	gg. Vp. in %	3,2	5,0	0,9	1,7	3,6	1,1	1,2	2,1	-1,3	0,5	1,7	-0,8	-0,7
Einfuhr	in Mrd. €	890	917	921	239	246	250	251	85,3	81,6	83,2	84,1	83,3	84,3
	gg. Vp. in %	2,2	3,1	0,5	3,9	2,7	1,8	0,2	2,4	-4,4	2,0	1,0	-0,9	1,2
Dienstleistungen	in Mrd. €	-25	-19	-20	-4	-5	-5	-5	-2,1	-0,8	-2,0	-1,2	-1,7	-1,8
	gg. Vp. in %	-38,1	-26,2	7,6	-19,6	16,1	4,0	-7,0	-7,8	-60,8	144,6	-43,3	47,8	7,1
Einnahmen	in Mrd. €	224	245	254	64	65	66	68	21,7	22,9	22,4	23,1	22,0	23,0
	gg. Vp. in %	9,1	9,2	3,5	1,3	0,5	2,4	2,0	0,4	5,9	-2,2	2,9	-4,9	4,5
Ausgaben	in Mrd. €	250	264	274	69	70	71	72	23,8	23,8	24,5	24,3	23,7	24,8
	gg. Vp. in %	1,3	5,6	3,8	-0,3	1,5	2,5	1,3	-0,4	-0,1	2,9	-0,9	-2,4	4,6
Primäreinkommen	in Mrd. €	56	59	52	14	14	16	16	4,5	5,7	5,9	4,5	5,3	4,6
	gg. Vp. in %	-5,7	5,4	-11,9	8,3	1,1	17,1	-2,3	-22,3	26,8	3,0	-23,4	16,8	-12,7
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-40	-39	-40	-10	-11	-17	-12	-3,7	-4,7	-4,7	-3,1	-4,0	-4,5
	gg. Vp. in %	-4,3	-3,3	2,5	-11,8	1,3	64,5	-31,9	-59,0	28,9	-0,6	-33,8	28,9	13,2

Außenhandel nach Ländern²

Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1124	1194	1204	306	319	319	317	110,5	107,2	103,1	103,0	110,4	107,9
	gg. Vj. in %	3,3	6,2	0,9	1,9	8,6	3,8	6,4	14,2	1,0	7,6	7,3	4,5	6,8
EU-Länder	in Mrd. €	649	693	706	176	188	189	183	64,1	63,9	59,7	58,6	65,0	64,5
	gg. Vj. in %	4,8	6,8	1,9	0,8	6,4	4,5	6,0	12,0	2,6	6,7	8,5	3,2	8,7
Eurozone ¹	in Mrd. €	411	434	441	111	117	119	115	40,7	39,9	37,9	35,9	40,8	40,4
	gg. Vj. in %	2,0	5,6	1,5	1,8	6,9	5,4	7,0	13,6	3,1	7,0	10,3	4,2	8,6
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	238	259	265	65	70	70	69	23,4	24,0	21,9	22,7	24,2	24,1
	gg. Vj. in %	10,1	8,9	2,4	-0,7	5,6	3,1	4,4	9,2	1,7	6,4	5,7	1,6	9,1
Drittländer	in Mrd. €	475	501	498	130	132	130	133	46,4	43,3	43,4	44,4	45,4	43,4
	gg. Vj. in %	1,2	5,4	-0,5	3,4	11,9	2,9	7,1	17,5	-1,2	8,9	5,9	6,5	4,1
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	910	949	955	247	259	257	254	88,7	85,1	84,4	82,9	86,3	89,1
	gg. Vj. in %	2,2	4,3	0,6	3,0	10,1	8,3	7,7	16,3	3,7	9,6	8,2	5,4	8,3
EU-Länder	in Mrd. €	595	622	632	163	170	169	167	57,9	56,2	55,8	53,7	57,6	59,6
	gg. Vj. in %	3,4	4,5	1,7	3,1	9,0	6,2	7,8	13,3	1,8	8,7	10,6	4,6	10,1
Eurozone	in Mrd. €	411	426	429	109	115	114	112	39,3	37,8	37,9	35,8	38,1	39,8
	gg. Vj. in %	2,3	3,7	0,6	2,1	8,1	5,3	6,8	12,9	-0,5	7,1	10,2	3,6	9,3
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	184	196	204	53	55	55	55	18,6	18,4	17,9	17,9	19,5	19,8
	gg. Vj. in %	6,0	6,2	4,1	5,2	10,9	8,0	9,9	14,2	7,0	12,0	11,4	6,6	11,9
Drittländer	in Mrd. €	315	328	323	84	90	88	87	30,8	28,8	28,6	29,2	28,7	29,4
	gg. Vj. in %	0,0	3,9	-1,5	2,8	12,2	12,7	7,5	22,3	7,5	11,6	4,2	7,1	4,9

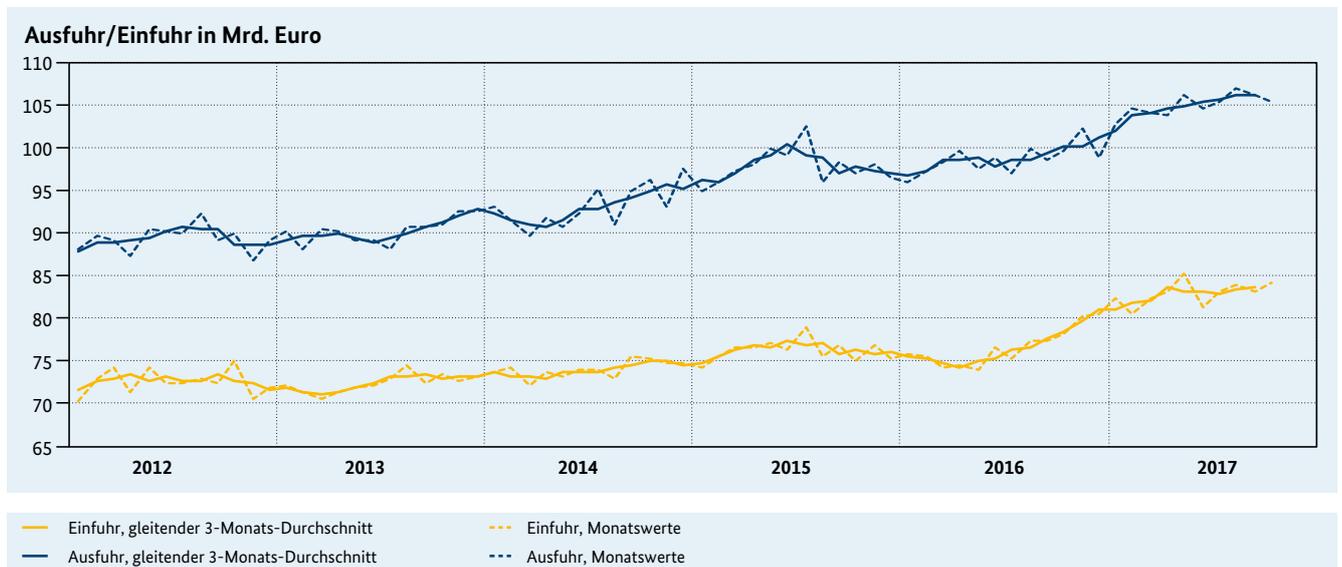
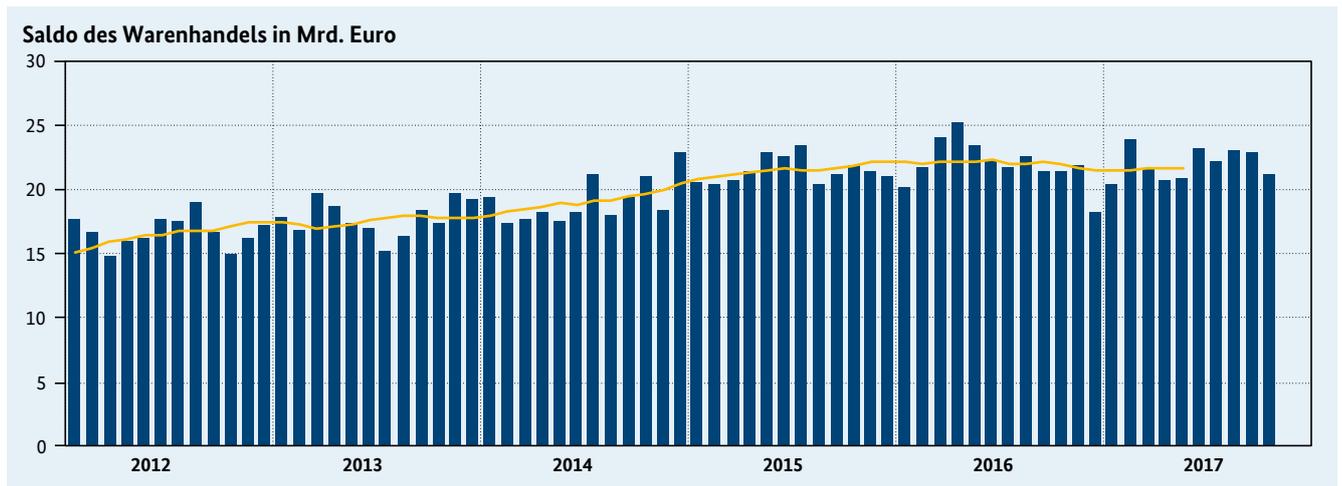
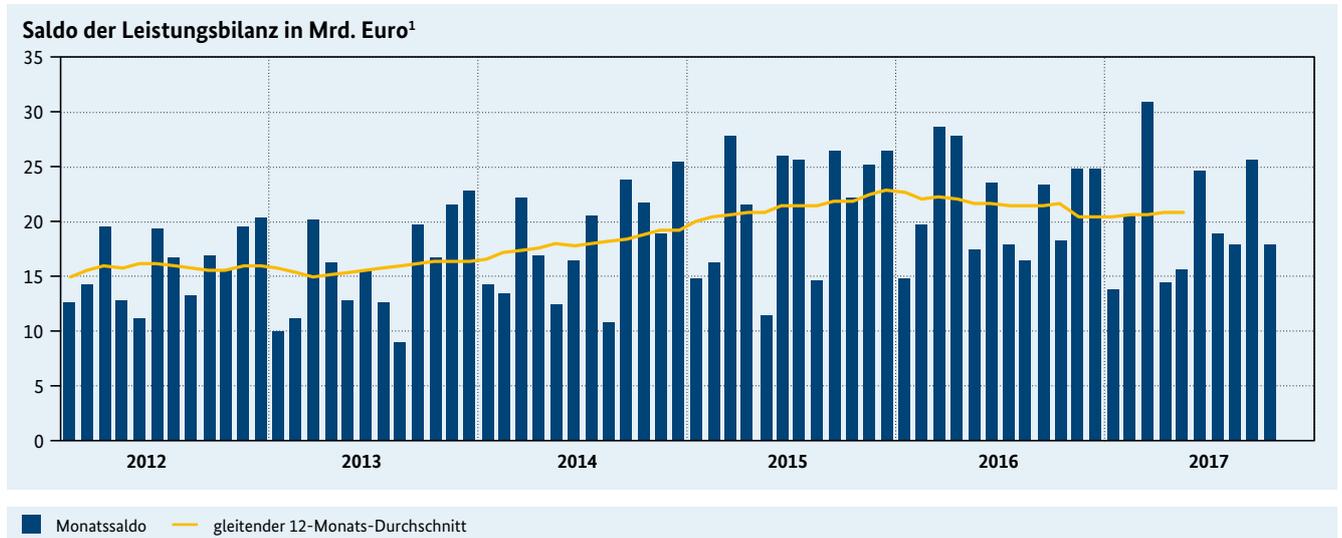
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

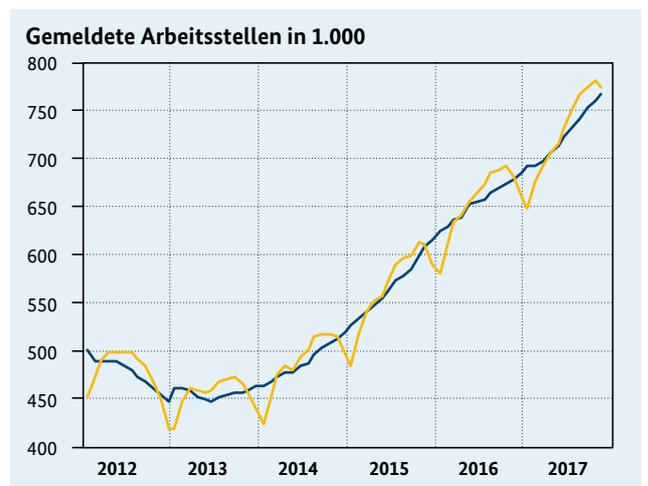
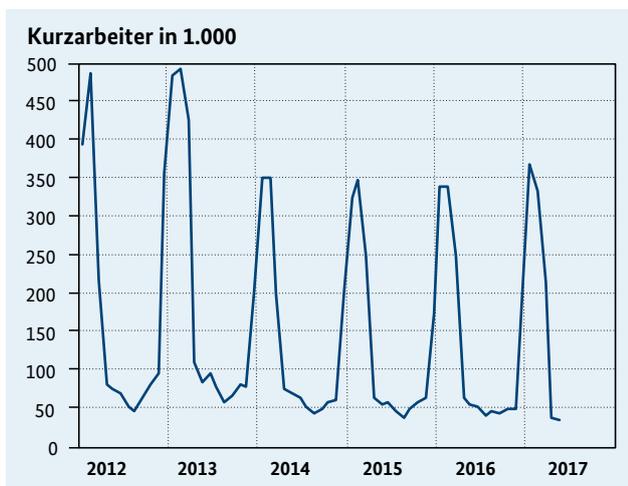
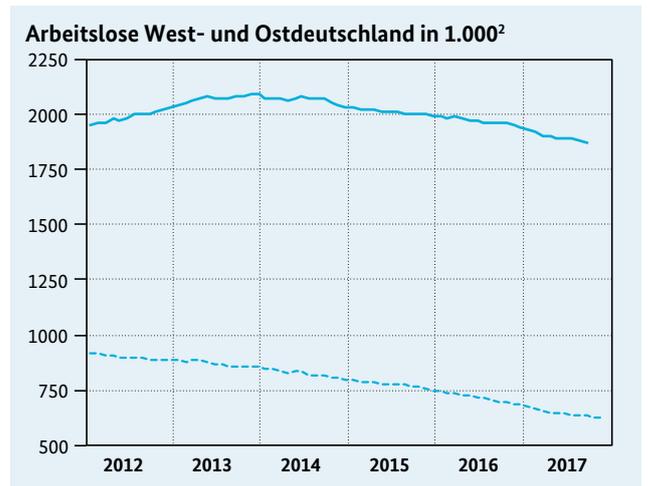
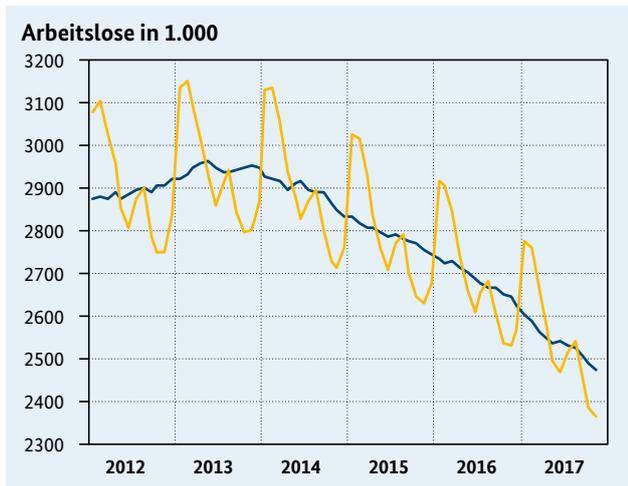
					2016	2017			2017					
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42672	43069	43638	44066	43750	44225	44500	44387	44372	44474	44654	44736	-
	gg. Vj. in Tsd.	+353	+398	+569	+591	+654	+667	+668	+680	+683	+667	+655	+650	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	30218	30853	31514	31988	31805	32109	32424	32180	32129	32408	32737	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+490	+635	+662	+691	+733	+753	+783	+807	+871	+750	+727	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2090	1950	1774	1630	1761	1622	1547	1550	1531	1596	1515	1604	-
	gg. Vj. in Tsd.	-92	-140	-176	-268	-179	-171	-185	-250	-278	-171	-106	-92	-
Erwerbslosenquote	in %	5,0	4,6	4,1	3,8	4,1	3,8	3,6	3,6	3,6	3,7	3,5	3,7	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2898	2795	2691	2547	2734	2513	2504	2473	2518	2545	2449	2389	2368
	gg. Vj. in Tsd.	-52	-104	-104	-108	-158	-161	-147	-142	-143	-139	-159	-151	-164
SGB II	in Tsd.	1965	1936	1869	1781	1747	1690	1671	1677	1675	1690	1648	1617	1596
	gg. Vj. in Tsd.	-16	-29	-67	-99	-213	-202	-172	-184	-180	-165	-172	-167	-180
SGB III	in Tsd.	933	859	822	766	987	822	833	796	842	855	800	772	772
	gg. Vj. in Tsd.	-36	-75	-37	-9	+54	+41	+25	+42	+37	+25	+13	+15	+16
Westdeutschland	in Tsd.	2075	2021	1979	1888	2020	1882	1889	1857	1897	1923	1847	1797	1779
	gg. Vj. in Tsd.	-6	-54	-42	-42	-74	-81	-81	-71	-74	-75	-95	-92	-99
Ostdeutschland	in Tsd.	824	774	712	659	713	631	615	616	621	622	602	592	590
	gg. Vj. in Tsd.	-46	-50	-62	-66	-84	-80	-66	-71	-70	-65	-64	-60	-65
Arbeitslosenquote	in %	6,7	6,4	6,1	5,8	6,2	5,6	5,6	5,5	5,6	5,7	5,5	5,4	5,3
Westdeutschland	in %	5,9	5,7	5,6	5,3	5,6	5,2	5,2	5,1	5,2	5,3	5,1	5,0	4,9
Ostdeutschland	in %	9,8	9,2	8,5	7,8	8,5	7,5	7,3	7,3	7,4	7,4	7,1	7,0	7,0
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	637	626	642	645	683	592	637	531	650	670	591	606	629
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	647	633	651	658	652	656	645	556	605	643	687	667	650
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	49	44	42	36	41	25	17	22	19	15	18	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-27	-5	-2	-10	-9	-22	-18	-20	-12	-23	-18	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3803	3631	3577	3515	3711	3530	3461	3482	3500	3477	3406	3367	3359
	gg. Vj. in Tsd.	-99	-171	-54	+30	+23	-26	-89	-40	-60	-90	-118	-129	-149
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	490	569	655	677	671	717	763	731	750	765	773	780	772
	gg. Vj. in Tsd.	+33	+78	+87	+72	+61	+64	+81	+66	+76	+80	+86	+88	+91
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+353	+397	+568	+185	+212	+138	+134	+57	+28	+58	+43	+41	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+490	+634	+661	+252	+202	+154	+174	+61	+46	+76	+35	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-83	-151	-158	-72	-25	-38	-59	-22	-22	-18	-13	-12	-
Erwerbslosenquote	in %	5,0	4,6	4,2	3,9	3,9	3,8	3,7	3,8	3,7	3,7	3,6	3,6	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-53	-103	-104	-30	-58	-42	-22	+5	-10	-7	-23	-12	-18
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-16	-28	-68	-26	-106	-35	-10	-1	-5	+3	-15	-11	-15
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-37	-76	-35	-4	+48	-7	-12	+6	-5	-10	-8	0	-3
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-6	-54	-42	-11	-34	-24	-14	+4	-6	-5	-17	-7	-10
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-46	-50	-62	-18	-25	-19	-7	+2	-4	-2	-6	-4	-8
Arbeitslosenquote	in %	6,7	6,4	6,1	6,0	5,9	5,7	5,7	5,7	5,7	5,7	5,6	5,6	5,6
Westdeutschland	in %	5,9	5,7	5,5	5,5	5,4	5,3	5,2	5,3	5,2	5,2	5,2	5,2	5,1
Ostdeutschland	in %	9,7	9,2	8,4	8,1	7,8	7,6	7,5	7,6	7,6	7,5	7,5	7,4	7,3
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-100	-171	-52	+6	-38	-22	-38	+1	-13	-24	-19	-12	-21
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+33	+78	+87	+15	+15	+19	+29	+9	+11	+9	+10	+7	+8
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,8	108,4	109,2	111,1	110,3	111,1	111,9	111,0	112,1	111,2	112,3	112,0	113,2
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	102,7	103,1	103,3	103,7	104,2	104,3	103,9	104,1	103,8	103,8	104,2	104,9	104,9
BA-X Stellenindex	Index	168,7	192,2	216,4	223,3	227,3	232,7	241,0	235,0	239,0	240,0	244,0	246,0	249,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 - - - Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

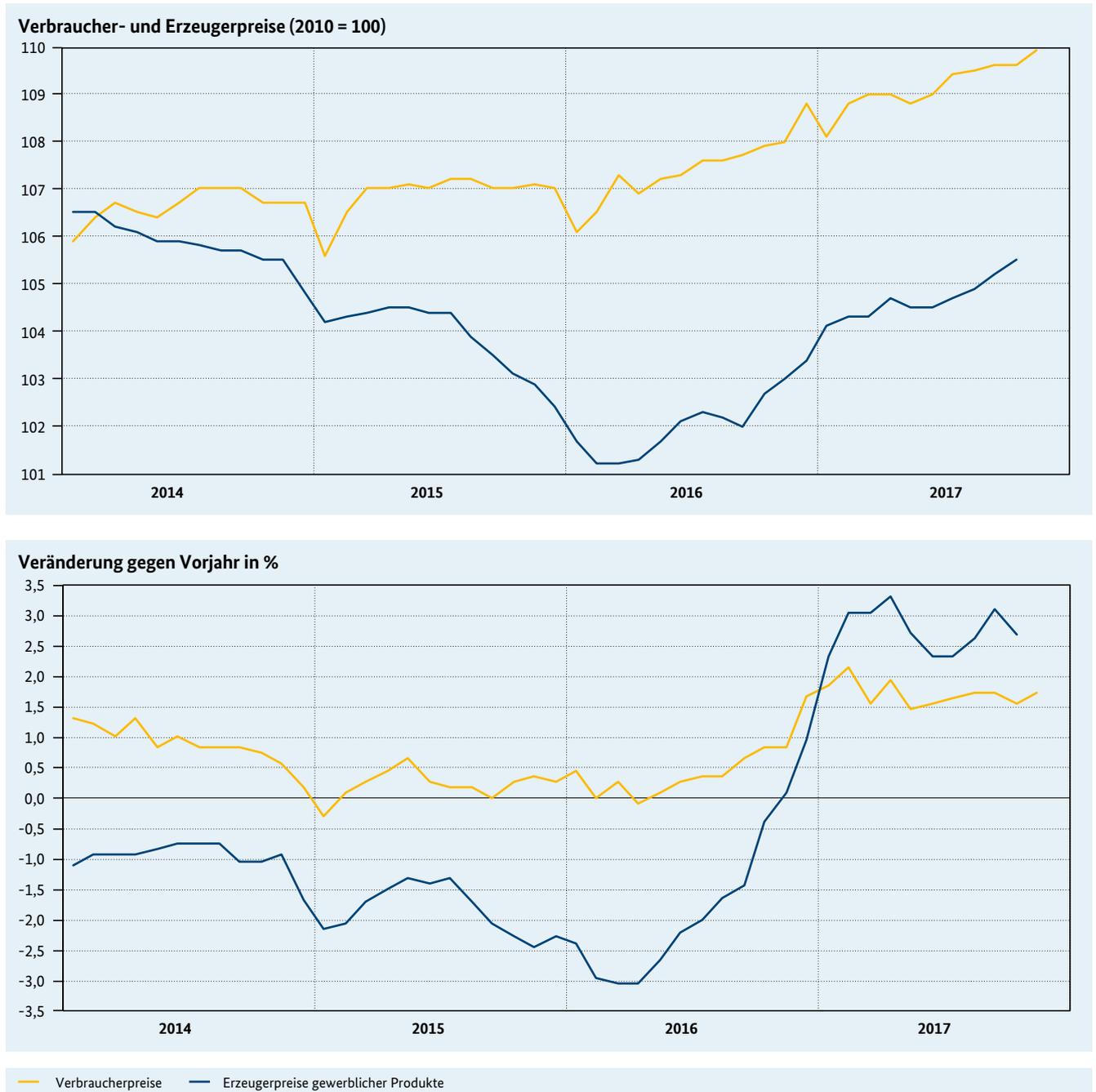
					2016	2017			2017					
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	106,6	106,9	107,4	108,2	108,6	108,9	109,5	109,0	109,4	109,5	109,6	109,6	109,9
	gg. Vj. in %	+0,9	+0,3	+0,5	+1,1	+1,9	+1,7	+1,8	+1,6	+1,7	+1,8	+1,8	+1,6	+1,8
Waren	Index	107,9	107,0	106,6	107,7	108,5	108,7	108,5	108,3	108,0	108,2	109,2	109,5	109,9
	gg. Vj. in %	+0,2	-0,8	-0,4	+0,8	+2,8	+1,8	+2,0	+1,5	+1,7	+2,0	+2,2	+1,9	+2,1
Verbrauchsgüter	Index	111,7	110,0	108,8	109,9	111,5	111,2	111,3	110,9	111,0	111,1	111,7	112,1	112,7
	gg. Vj. in %	+0,2	-1,5	-1,1	+0,8	+3,5	+2,1	+2,3	+1,5	+1,8	+2,3	+2,6	+2,4	+2,8
darunter:	Index	111,5	112,4	113,3	114,0	116,8	115,9	116,2	115,8	116,1	115,9	116,6	117,5	117,8
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+1,0	+0,8	+0,8	+1,2	+3,3	+2,4	+3,1	+2,8	+2,7	+3,0	+3,6	+4,3	+3,2
darunter:	Index	119,5	112,8	107,8	108,7	109,8	109,2	109,0	108,5	108,6	108,8	109,6	109,9	110,7
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	-0,9	-5,6	-4,4	-1,5	+2,7	+1,1	+1,4	-0,1	+0,7	+1,4	+2,0	+1,2	+2,7
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	104,8	105,5	106,3	108,3	106,2	108,5	107,0	107,1	105,4	106,3	109,2	109,9	109,6
	gg. Vj. in %	+0,7	+0,7	+0,8	+1,1	+1,3	+1,6	+1,7	+1,6	+1,5	+1,9	+1,5	+1,0	+0,9
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	96,9	97,3	98,4	98,7	99,0	99,4	99,4	99,4	99,5	99,3	99,5	99,5	99,6
	gg. Vj. in %	-0,5	+0,4	+1,1	+0,9	+0,8	+1,0	+1,0	+1,0	+1,2	+0,8	+1,0	+0,9	+0,8
Dienstleistungen	Index	105,5	106,8	108,2	108,7	108,8	109,1	110,5	109,7	110,7	110,7	110,1	109,6	109,9
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,2	+1,3	+1,3	+1,1	+1,5	+1,6	+1,7	+1,7	+1,6	+1,6	+1,2	+1,5
darunter:	Index	105,4	106,7	108,0	108,6	109,1	109,6	109,9	109,7	109,8	109,9	110,1	110,2	110,4
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,5	+1,2	+1,2	+1,4	+1,6	+1,8	+1,7	+1,8	+1,8	+1,7	+1,7	+1,6	+1,7
Insgesamt ohne Energie	Index	105,6	106,8	108,1	108,8	109,1	109,5	110,2	109,7	110,1	110,2	110,2	110,2	110,4
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,1	+1,2	+1,3	+1,5	+1,6	+1,8	+1,8	+1,7	+1,8	+1,7	+1,6	+1,7
Energie	Index	115,5	107,4	101,6	103,4	105,3	104,3	103,7	103,3	103,0	103,5	104,7	104,6	106,0
	gg. Vj. in %	-2,1	-7,0	-5,4	-0,6	+6,1	+2,3	+2,0	0,0	+0,9	+2,3	+2,7	+1,2	+3,7
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	106,6	106,9	107,4	108,2	108,8	109,0	109,5	109,0	109,3	109,4	109,7	109,6	110,0
	gg. Vj. in %	+0,9	+0,3	+0,5	+1,1	+2,1	+1,6	+1,8	+1,4	+1,7	+1,8	+1,9	+1,5	+1,9
HVPI⁴	Index	99,9	100,0	100,4	101,1	101,5	101,7	102,3	101,8	102,2	102,4	102,4	102,3	102,6
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,1	+0,4	+1,0	+1,9	+1,6	+1,7	+1,5	+1,5	+1,8	+1,8	+1,5	+1,8
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	105,8	103,9	102,1	103,0	104,2	104,6	104,9	104,5	104,7	104,9	105,2	105,5	-
	gg. Vj. in %	-1,0	-1,8	-1,7	+0,2	+2,8	+2,9	+2,6	+2,4	+2,3	+2,6	+3,1	+2,7	-
Vorleistungsgüter	Index	103,5	102,3	100,8	101,4	103,4	104,3	104,3	104,1	104,1	104,3	104,6	105,0	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,2	-1,5	+0,2	+3,2	+3,8	+3,3	+3,2	+3,0	+3,3	+3,6	+4,1	-
Investitionsgüter	Index	103,5	104,2	104,8	105,0	105,5	105,8	106,0	105,8	106,0	106,0	106,1	106,1	-
	gg. Vj. in %	+0,5	+0,7	+0,6	+0,6	+0,9	+1,1	+1,0	+1,0	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1	-
Konsumgüter	Index	109,0	108,1	108,8	109,8	110,7	111,7	112,5	112,1	112,3	112,5	112,6	112,4	-
	gg. Vj. in %	+0,6	-0,8	+0,6	+1,5	+2,3	+3,3	+3,3	+3,6	+3,3	+3,3	+3,1	+2,6	-
Gebrauchsgüter	Index	105,7	107,1	108,4	108,6	109,3	109,6	109,7	109,6	109,7	109,7	109,8	109,9	-
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,3	+1,2	+1,1	+1,1	+1,1	+1,0	+1,0	+1,1	+1,0	+1,1	+1,2	-
Verbrauchsgüter	Index	109,5	108,3	108,8	110,0	110,9	111,9	112,9	112,4	112,7	112,9	113,0	112,7	-
	gg. Vj. in %	+0,5	-1,1	+0,5	+1,6	+2,4	+3,5	+3,6	+3,9	+3,7	+3,6	+3,4	+2,8	-
Energie	Index	108,5	102,6	96,6	98,5	99,7	99,0	99,5	98,7	98,9	99,3	100,3	100,8	-
	gg. Vj. in %	-3,1	-5,4	-5,8	-1,2	+4,6	+3,0	+3,0	+1,6	+1,9	+2,7	+4,6	+2,8	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	109,4	111,1	113,4	114,1	115,4	116,4	117,2	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,8	+1,6	+2,1	+2,2	+2,6	+2,8	+3,1	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	110,3	111,4	112,4	113,1	114,6	116,2	117,4	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,0	+0,9	+1,3	+2,6	+3,7	+4,2	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise

Bundesrepublik Deutschland



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2016	2017			2017					
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	172,4	100,1	87,4	100,9	106,7	98,7	101,2	93,3	96,6	100,9	106,1	108,5	116,5
	gg. Vj. in %	-7,1	-41,9	-12,7	+18,9	+52,4	+12,3	+11,5	-0,7	+7,2	+11,0	+16,3	+8,6	+22,1
Nahrungs- und Genussmittel	Index	121,6	100,0	102,1	104,4	104,7	97,9	97,9	96,7	100,2	96,6	96,8	96,8	96,6
	gg. Vj. in %	-1,5	-17,7	+2,1	+8,5	+11,9	-7,0	-6,8	-13,0	-6,1	-7,1	-7,2	-8,2	-8,3
Industrie-Rohstoffe	Index	135,2	100,1	97,3	108,8	123,1	110,4	118,9	106,3	113,3	121,6	121,7	118,3	120,1
	gg. Vj. in %	-13,4	-26,0	-2,8	+23,9	+40,4	+16,0	+21,9	+14,3	+16,6	+23,0	+26,1	+19,3	+8,8
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	179,2	100,1	85,5	99,8	105,3	97,7	99,8	91,9	94,8	99,2	105,3	108,3	117,5
	gg. Vj. in %	-6,8	-44,1	-14,6	+19,2	+57,6	+13,5	+11,9	-1,2	+7,2	+11,2	+17,1	+8,8	+25,9
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	103,6	100,9	97,8	99,8	102,5	101,3	100,1	100,2	99,8	99,8	100,7	101,3	-
	gg. Vj. in %	-2,2	-2,6	-3,1	+1,0	+6,5	+4,2	+2,4	+2,5	+1,9	+2,1	+3,0	+2,6	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	111,9	112,7	112,4	114,9	117,6	115,2	113,4	114,2	113,3	113,0	113,9	114,2	-
	gg. Vj. in %	-0,6	+0,7	-0,3	+2,8	+6,1	+3,5	+0,9	+2,1	+1,2	+0,5	+1,0	+0,4	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	102,8	99,7	96,3	98,3	101,0	99,8	98,7	98,7	98,4	98,5	99,3	100,0	-
	gg. Vj. in %	-2,4	-3,0	-3,4	+0,9	+6,5	+4,3	+2,6	+2,4	+2,1	+2,4	+3,2	+2,9	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	109,0	88,3	77,1	84,5	92,2	87,6	85,9	84,1	83,9	85,2	88,6	90,6	-
	gg. Vj. in %	-7,7	-19,0	-12,7	+6,1	+30,9	+15,7	+10,6	+8,0	+8,0	+9,7	+14,0	+11,3	-
Fertigwaren	Index	100,9	103,3	102,2	102,6	103,7	103,7	102,8	103,3	103,0	102,6	102,7	102,9	-
	gg. Vj. in %	-0,4	+2,4	-1,1	-0,4	+1,3	+1,7	+0,7	+1,2	+0,7	+0,6	+0,7	+0,8	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,0	104,9	104,0	104,8	105,9	106,0	105,7	105,8	105,7	105,6	105,8	105,9	-
	gg. Vj. in %	-0,3	+0,9	-0,9	+0,4	+2,2	+2,2	+1,6	+1,8	+1,5	+1,5	+1,7	+1,5	-
Terms of Trade	Verhältnis	100,4	103,9	106,4	105,0	103,3	104,7	105,6	105,6	105,9	105,8	105,1	104,5	-
	gg. Vj. in %	+1,9	+3,5	+2,4	-0,6	-4,1	-1,9	-0,7	-0,6	-0,4	-0,6	-1,1	-1,1	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,11	1,11	1,08	1,06	1,10	1,17	1,12	1,15	1,18	1,19	1,18	1,17
	gg. Vj. in %	+0,1	-16,5	-0,3	-1,5	-3,4	-2,6	+5,2	0,0	+4,0	+5,3	+6,3	+6,6	+8,7
in Yen	Kurs	140,4	134,3	120,3	117,9	121,0	122,3	130,4	124,6	129,5	129,7	131,9	132,8	132,4
	gg. Vj. in %	+8,3	-4,3	-10,4	-11,3	-4,7	+0,3	+14,0	+5,2	+12,3	+14,3	+15,5	+16,0	+13,2
in Pfund-Sterling	Kurs	0,81	0,73	0,82	0,87	0,86	0,86	0,90	0,88	0,89	0,91	0,89	0,89	0,89
	gg. Vj. in %	-5,0	-10,0	+12,8	+20,4	+11,6	+9,3	+5,6	+11,0	+5,4	+6,5	+5,0	-0,4	+2,2
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	101,4	91,7	94,4	94,5	93,8	95,2	98,6	96,3	97,6	99,0	99,0	98,6	98,5
	gg. Vj. in %	+0,4	-9,5	+2,8	+2,9	+0,2	+0,8	+3,9	+2,0	+3,2	+4,4	+4,2	+3,7	+4,2
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	97,2	87,6	89,5	89,6	89,0	90,3	93,2	91,3	92,4	93,6	93,6	93,1	93,1
	gg. Vj. in %	-0,5	-9,9	+2,2	+2,3	+0,3	+0,6	+3,6	+1,7	+2,9	+4,0	+3,8	+3,1	+3,9
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,2	94,1	94,7	94,9	94,5	95,3	97,0	95,9	96,6	97,2	97,4	97,1	97,2
	gg. Vj. in %	+0,1	-4,1	+0,7	+1,1	+0,2	+0,5	+2,2	+1,5	+1,8	+2,3	+2,4	+1,8	+2,6
56 Länder	Index	90,7	85,8	87,0	86,8	86,2	86,9	89,0	87,6	88,5	89,2	89,4	89,0	89,0
	gg. Vj. in %	+0,7	-5,4	+1,4	+0,9	-0,8	-0,4	+2,3	+0,5	+1,9	+2,5	+2,5	+2,2	+2,6

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

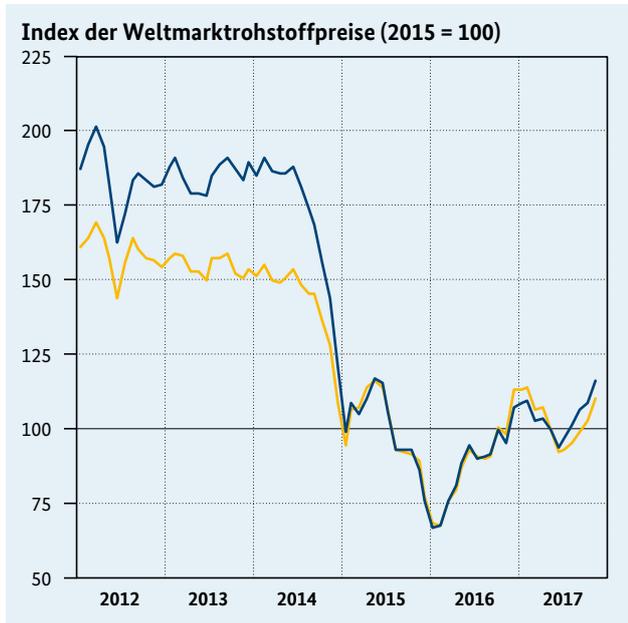
2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

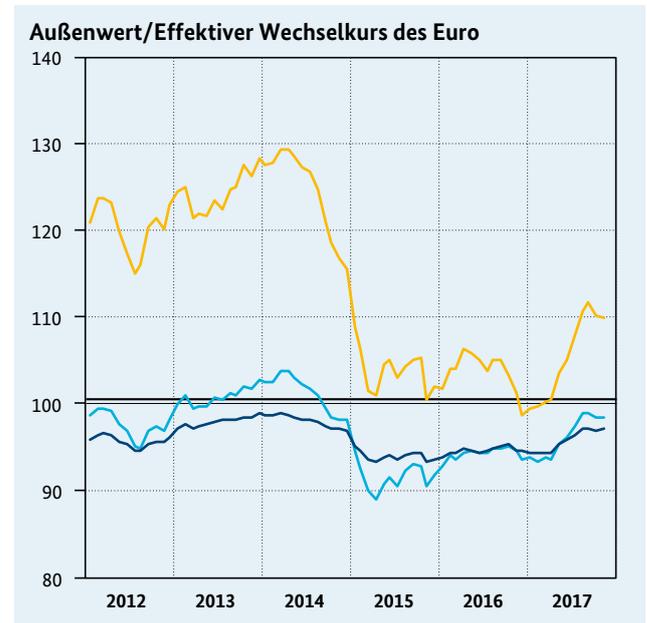
4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

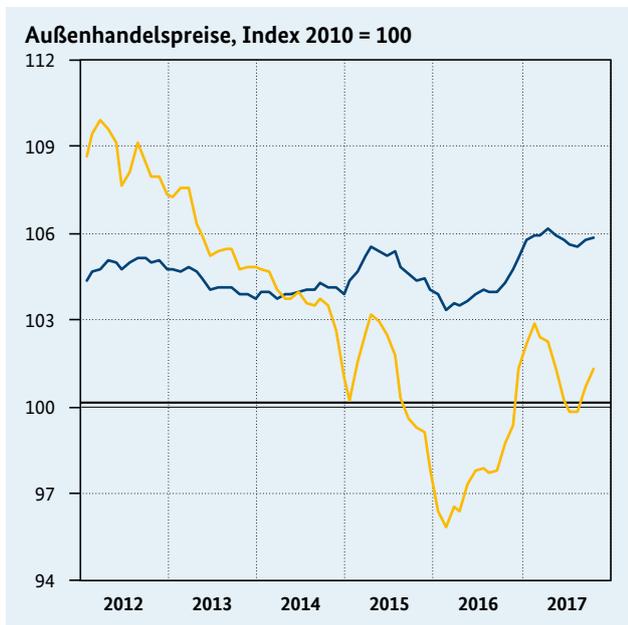
Bundesrepublik Deutschland



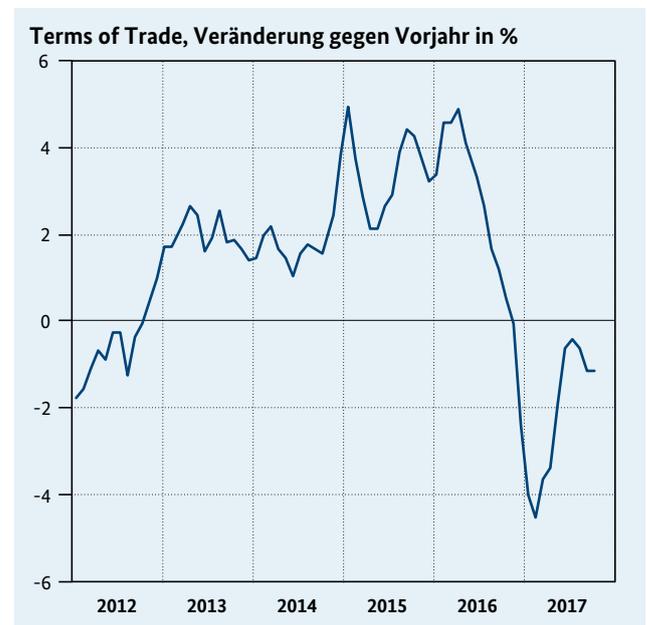
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro 1;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit 2



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2016	2017			2017					
		2014	2015	2016	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)														
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	0,12	-0,13	-0,37	-0,39	-0,41	-0,42	-0,43	-0,43	-0,42	-0,43	-0,43	-0,41	-0,42
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,21	-0,02	-0,26	-0,31	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,31	0,05	-0,16	-0,21	-0,24	-0,26	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,48	0,17	-0,04	-0,07	-0,10	-0,13	-0,16	-0,15	-0,15	-0,16	-0,17	-0,18	-0,19
Differenz														
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	0,09	0,11	0,11	0,08	0,08	0,09	0,10	0,10	0,09	0,10	0,10	0,08	0,10
Umlaufrendite														
3–5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,22	-0,12	-0,51	-0,57	-0,58	-0,55	-0,44	-0,53	-0,36	-0,48	-0,49	-0,45	-0,49
Umlaufrendite														
5–8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,64	0,13	-0,28	-0,27	-0,20	-0,20	-0,07	-0,21	0,00	-0,10	-0,11	-0,08	-0,13
Umlaufrendite														
9–10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,16	0,50	0,09	0,15	0,29	0,27	0,39	0,25	0,46	0,35	0,35	0,37	0,31
Geldmenge (Euroraum)														
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	6,0	10,6	9,1	8,4	8,6	9,4	9,5	9,6	9,1	9,5	9,8	9,4	-
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	2,6	4,8	5,1	4,8	4,9	5,1	5,2	5,3	4,9	5,4	5,4	5,4	-
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	1,9	4,7	5,0	4,7	4,9	4,9	4,9	4,9	4,5	5,0	5,2	5,0	-
Wachstum der Geldmenge M3														
3-Monats-Durchschnitt ²	gg. Vj. in %	1,9	4,7	4,9	4,7	4,8	4,8	4,9	4,8	4,8	4,9	5,1	-	-
Kredite														
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-2,0	+0,4	+1,6	+2,3	+2,5	+2,7	+2,4	+2,8	+2,6	+2,3	+2,5	+2,6	-
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,6	+0,6	+1,4	+1,9	+1,8	+1,9	+1,9	+2,0	+1,7	+1,8	+2,0	+2,4	-
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+1,0	+2,5	+2,8	+3,3	+3,4	+3,4	+3,8	+3,7	+3,7	+3,8	+3,8	+3,8	-
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,8	+2,1	+3,0	+3,3	+3,4	+3,4	+3,8	+3,6	+3,7	+3,8	+3,8	+4,0	-
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	-0,2	-0,6	+2,1	+2,4	+2,5	+3,2	+4,1	+3,6	+4,1	+4,2	+4,1	+4,2	-
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-2,9	-0,8	+0,1	-0,7	-3,2	-2,7	+1,7	-1,0	+0,4	+2,1	+2,6	+3,9	-
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	+1,1	-1,5	+2,3	+3,6	+2,4	+2,4	+2,6	+2,5	+3,2	+2,7	+2,0	+1,6	-
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	-0,4	+2,5	+2,8	+3,8	+4,7	+5,0	+4,9	+5,1	+4,9	+4,8	+4,8	-
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,2	+2,1	+2,9	+2,9	+3,0	+3,1	+3,2	+3,2	+3,2	+3,2	+3,2	+3,2	-
darunter:														
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,2	+3,4	+3,7	+3,7	+3,8	+4,1	+4,2	+4,2	+4,1	+4,2	+4,3	+4,2	-
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)														
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	9537	10969	10196	10813	11804	12529	12344	12716	12397	12154	12480	13017	13159
	gg. Vp. in %	+14,8	+15,0	-7,1	+4,7	+9,2	+6,1	-1,5	+0,5	-2,5	-2,0	+2,7	+4,3	+1,1
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	3145	3445	3005	3093	3340	3546	3481	3548	3484	3451	3507	3615	3601
	gg. Vp. in %	+12,6	+9,5	-12,8	+4,0	+8,0	+6,2	-1,8	-1,5	-1,8	-0,9	+1,6	+3,1	-0,4
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1931	2061	2093	2186	2324	2396	2467	2434	2453	2456	2492	2557	2594
	gg. Vp. in %	+17,6	+6,7	+1,5	+1,1	+6,3	+3,1	+3,0	+1,6	+0,8	+0,1	+1,5	+2,6	+1,4
Nikkei 225 ⁵	Index	15475	19166	16924	17935	19245	19491	19882	20046	20048	19673	19924	21241	22526
	gg. Vp. in %	+14,3	+23,8	-11,7	+8,7	+7,3	+1,3	+2,0	+1,8	0,0	-1,9	+1,3	+6,6	+6,0

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate;

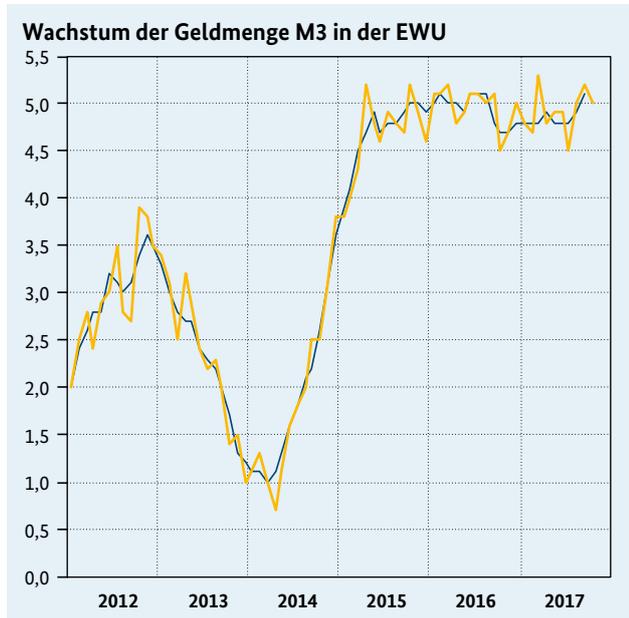
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

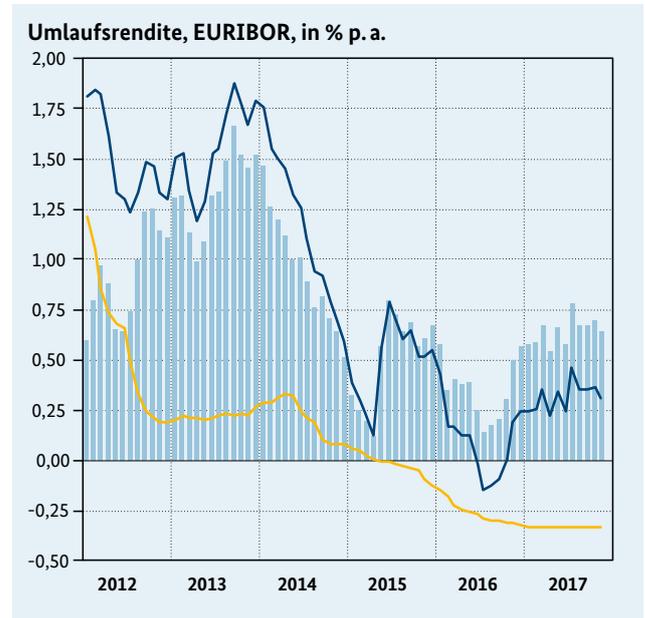
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

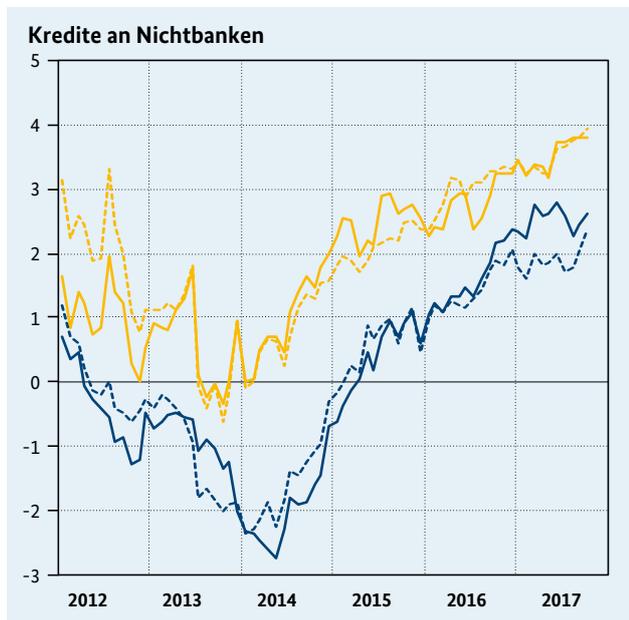
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



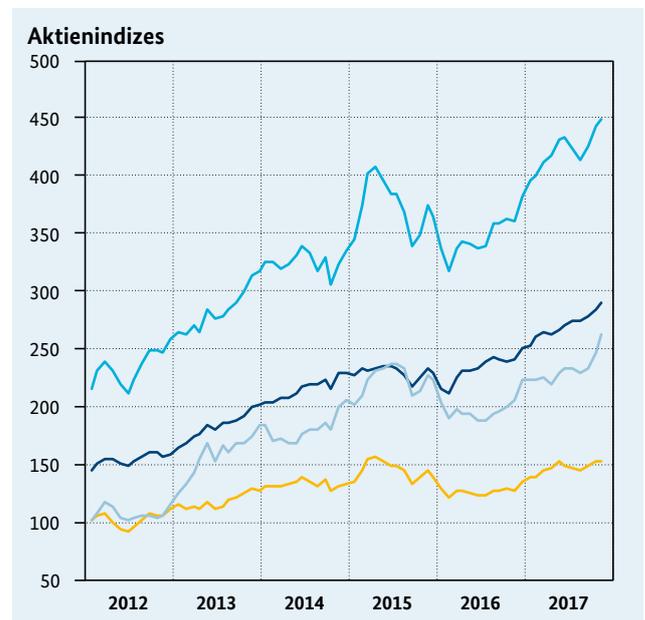
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monats-Durchschnitt



— EURIBOR 3-Monats-Geld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem so weit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. Ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Januar 2017	Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917 – 1990 Offenheit zahlt sich aus – aus der Arbeit von Willkommenslotsen Internationaler Klimaschutz: Jetzt geht es ums Kleingedruckte
Februar 2017	Der Jahreswirtschaftsbericht 2017: Für inklusives Wachstum in Deutschland und Europa Energiewende – Fortschritte und Herausforderungen Das EEG wird europäischer
März 2017	Innovative Beschaffung – ein Weg zu mehr Innovationen in Deutschland Wissenschaftlicher Beirat: Internationale Klimaverhandlungen sollten CO ₂ -Mindestpreis zum Ziel haben Stärkere Fokussierung beim Ökodesign
April 2017	Eine digitale Ordnungspolitik für die Plattformökonomie Wege zu einem inklusiveren Wirtschaftswachstum Energiesteuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff wird bis Ende 2026 verlängert Bessere Datengrundlage für die amtliche Energiestatistik
Mai 2017	Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Lichte der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen G20-Digitalministertreffen für eine digitale Zukunft Deutsche Wirtschaft wächst solide – trotz einiger Unwägbarkeiten Das Nationale Reformprogramm 2017 Umweltbonus: Erste Zwischenbilanz zur Kaufprämie für Elektrofahrzeuge Beschäftigungsmotor Gesundheitswirtschaft: Bedeutung der Branche für die deutsche Wirtschaft wächst
Juni 2017	Neue Regeln für den Wettbewerb im digitalen Zeitalter: Die 9. GWB-Novelle Neuer Schwung für weniger Bürokratie – das Bürokratieentlastungsgesetz II „Strom 2030 – Langfristige Trends, Aufgaben für die kommenden Jahre“ Grünbuch Energieeffizienz – Ergebnisse der öffentlichen Konsultation für eine mittel- bis langfristige Effizienzpolitik 40 Jahre Energieforschungsprogramm der Bundesregierung „Der Mittelstand muss die Schwelle ins 4.0-Zeitalter überschreiten“ Demografischer Wandel in Japan, China und Deutschland
Juli 2017	Wie reagieren Betriebe auf Fachkräfteverknappung? Safety und Security bei Mittelstand-Digital: Sicherheit in kleinen und mittleren Unternehmen
August 2017	Das neue Wettbewerbsregister Mieter an der Energiewende beteiligen – das Mieterstromgesetz SMARD: die neue Strommarkt-Plattform für mehr Transparenz ist online Kann die EU allein Freihandelsabkommen mit Drittstaaten abschließen?
September 2017	Die Reform des Unterschwellenvergaberechts 2017 Transparenz im Rohstoffsektor
Oktober 2017	Zukunft der Europäischen Union – Von der Diskussion zu konkreten Handlungsempfehlungen und Maßnahmen Aktuelle Entwicklungen im Investitionsprüfungsrecht Neue Perspektiven für den Einzelhandel Produktivität in Deutschland – Messbarkeit und Entwicklung

Ausgabe	Fachartikel
November 2017	Manifest für „Frauen in der Wirtschaft“ Deutsche Wirtschaft in Schwung Die Nachhaltigkeitsstrategie des BMWi Weg frei für offenes WLAN Der Rückgang von Korrespondenzbankbeziehungen: Eine Herausforderung für die Weltwirtschaft
Dezember 2017	Industrie 4.0 schafft neue Wertschöpfungsnetzwerke Modernisierung der Wirtschaftsstatistik Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) hat eine neue Strategie



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter

www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Monatsbericht/monatsbericht.html
